Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Jahresbericht

2014

Fachhochschule
für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Schleidtalstraße 3
53902 Bad Münstereifel

Telefon: 02253 / 318 – 0
Telefax: 02253 / 318 – 146
E-Mail: poststelle@fhr.nrw.de
Homepage: <http://www.fhr.nrw.de>

Tagungshaus der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Hermann-Pünder-Straße 2
53902 Bad Münstereifel

Telefon: 02253 / 9505 – 0
Telefax: 02253 / 9505 – 133
E-Mail: tagungshaus@fhr.nrw.de

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Nebenstelle Langscheid

Irmgardweg 1
53902 Bad Münstereifel – Langscheid

Telefon: 02253 / 54409 - 0
Telefax: 02253 / 54409 – 82

Inhaltsübersicht:

	Seite
Vorwort	1
1. Organigramm	3
2. Senat und Fachbereichsräte	4
2.1 Zusammensetzung des Senats	4
2.2 Zusammensetzung des Fachbereichsrats Rechtspflege	7
2.3 Zusammensetzung des Fachbereichsrats Strafvollzug	8
3. Mitglieder der Fachhochschule	9
3.1 Leitung	9
3.2 Professoren, Dozentinnen und Dozenten	9
3.3 Personalveränderungen im Bereich der hauptamtlich Lehrenden	9
3.4 Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10
3.5 Studierende	10
4. Gleichstellungsbeauftragte	12
5. Personalvertretungen	13
5.1 Personalrat der Dozentinnen und Dozenten	13
5.2 Personalrat der Fachhochschule	13
6. Sozialer Ansprechpartner	14
7. Studienberatung	15
8. Pädagogisch-didaktische Angelegenheiten	16
8.1 Pädagogisch-didaktische Schulungen	16
8.2 Newsletter Lehren und Lernen	16
8.3 Teilnahme an einer Tagung zur rechtswissenschaftlichen Fachdidaktik	17
9. Fachbereich Rechtspflege	18
9.1 Grundlagen des Studienbetriebes	18
9.2 Studienleistungen	18
9.3 Übungen, Wahlkurse und Wahlpflichtkurse	20
9.4 Alternative Lehrveranstaltungen	23
9.5 Praxiswoche	24
9.6 Seminare	24
9.7 Informationstechnik	27

9.8	Lehrmaterial	28
9.9	Evaluation	28
9.10	Abstimmung fachwissenschaftlicher und fachpraktischer Studienzeiten	29
9.11	Fachausschuss Rechtspflegerausbildung	29
9.12	Sonstiges	30
10.	Fachbereich Strafvollzug	31
10.1	Grundlagen des Studienbetriebes	31
10.2	Wahlpflichtveranstaltungen	31
10.3	Übungen	32
10.4	Praxisbegleitende Lehrveranstaltungen	32
10.5	Studienbegleitende Lehrveranstaltungen	33
10.6	Informationstechnik	34
10.7	Evaluation	34
10.8	Sonstiges	34
11.	Amtsanwaltsausbildung	36
11.1	Grundlagen des Studienbetriebes	36
11.2	Lehrplan	36
11.3	Studienbegleitende Veranstaltungen	37
11.4	Lehrmaterial	37
11.5	Erfahrungen und Prüfungsergebnisse	37
12.	Prüfungsergebnisse, Diplomierungsfeier	38
12.1	Prüfungsergebnisse	38
12.2	Diplomierungsfeier	39
13.	Zentrum für Betriebswirtschaft	42
13.1	Aus- und Fortbildung	42
14.	Zentrum für Informationstechnik	47
14.1	IT und Lehre	47
14.2	E-Learning	48
14.3	Homepages	50
14.4	Websites der Gerichte und Behörden	51
14.5	Bürgerservice	55
14.6	Podcast	56
14.7	Justiz-Intern	57

14.8	Verfahrenspflegestelle IT-MobiV (Leitung der Verfahrenspflegestelle)	57
14.9	Verfahrenspflegestelle IT-ZVG	58
14.10	Verfahrenspflegestelle RASYS	61
14.11	Betreuungsverbund	63
15.	Forschungsprojekte, Veröffentlichungen	64
15.1	Forschungsprojekte	64
15.2	Veröffentlichungen und Vorträge	64
16.	Fort- und Weiterbildung	70
16.1	Arbeit der Fort- und Weiterbildungskommission	70
16.2	Fort- und Weiterbildungstagungen	70
17.	Internationale Kontakte	72
17.1	Studienfahrten	72
18.	Mitwirkung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Verbänden und Arbeitsgruppen	79
18.1	Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst	79
18.2	Kanzlertagung der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst	79
18.3	Fachausschuss Rechtspflegerausbildung	80
18.4	Sonstiges	88
19.	Veranstaltungen in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen	82
19.1	Plakatausstellung „Das Jahrhundert der Extreme“	82
19.2	Rechtsausschuss zu Besuch in Bad Münstereifel	93
20.	Sport	95
21.	Verein der „Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.“	88
22.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	89
22.1	Pressemitteilungen	89
22.2	Pressespiegel	95

Anlage 1:	Professoren, Dozentinnen und Dozenten	97
Anlage 2:	Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	102
Anlage 3:	Grußwort von Herrn Staatssekretär Karl-Heinz Krems anlässlich der Diplomierungsfeier 2014	105
Anlage 4:	IT-Ausbildung im fachwissenschaftlichen Studium der Rechtspflege	112
Anlage 5:	Schriftenreihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen	113
Anlage 6:	Neue Medien-Reihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen	117
Anlage 7:	Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen - Eigene Veranstaltungen der Fachhochschule -	119
Anlage 8:	Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen im Auftrag der Justizakademie Nordrhein-Westfalen	121

Anhang:

Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen		123
1. Organisation		123
2. Zuständigkeiten		125
3. Lehrgänge		125
3.1	Gemeinsamer Gerichtsvollzieherlehrgang 2013/2014	126
3.2	Vorgeschalteter Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn	128
3.3	Qualifizierungslehrgang für Vollziehungsbeamte	128
3.4	Justizwachtmeisterlehrgang	128
3.5	Entwicklung der Anwärterzahlen 2014	129
4. Sonstiges		130
4.1	Reform der Sachaufklärung	130
4.2	Arbeitsgruppen	130
4.3	Verein der Freunde und Förderer des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen, Nebenstelle Monschau	130

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2014 brachte einige personelle Veränderungen für die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen mit sich: 139 Studierende haben in diesem Jahr ihr Studium unserer Fachhochschule begonnen, 102 im Fachbereich Rechtspflege und 37 im Fachbereich Strafvollzug. Im selben Jahr haben 162 Studierende des Fachbereichs Rechtspflege und 38 Studierende im Fachbereich Strafvollzug ihr Diplom erhalten und die Fachhochschule verlassen. 322 Anwärtinnen und Anwärter durchliefen in diesem Zeitraum einen der Ausbildungsgänge beim Justizausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen an den Standorten Bad Münstereifel und Monschau. Im Bereich der Dozentinnen und Dozenten folgten zu Beginn des Studienjahres eine Dozentin aus dem Rechtspflegerdienst und ein Dozent aus dem Richterdienst zwei zuvor ausgeschiedenen Kollegen nach. Und schließlich habe ich am 1. Juli 2014 aus der Hand von Herrn Justizminister Thomas Kutschaty die Ernennungs-urkunde zum Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen unter gleichzeitiger Bestellung zum Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen erhalten.

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders Frau Ulrike Cürten, meiner Vertreterin sowohl in der Leitung der Fachhochschule als auch in der Leitung des Ausbildungszentrums, danken, die in der halbjährigen Vertretung in beispielhafter Weise ein doppeltes Pensum getragen hat und sich über die Maßen für die Belange von Fachhochschule und Ausbildungszentrum engagiert hat. In diesen Dank schließe ich ebenso unsere Geschäftsleiterin, Frau Heike Romeike, ein, die mir ebenso wie Frau Cürten den Start in die neuen Aufgaben leicht und angenehm gemacht und mich tatkräftig bei meinen ersten Schritten unterstützt hat.

Des Weiteren danke ich den Professoren, Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule sowie den Lehrkräften des Ausbildungszentrums sehr für ihr großes Engagement für die Lernenden an beiden Einrichtungen. In gleicher Weise danke ich den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Einrichtungen in Bad Münstereifel und Monschau herzlich für die Arbeit, die sie für Ausbildung, Fortbildung und Wohlergehen der uns anvertrauten Menschen geleistet haben.

Bad Münstereifel, im Mai 2015

Der Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Björn Liba". The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

1.

Organigramm

(Stand: 31. Dezember 2014)

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Schleidtalstraße 3
53902 Bad Münstereifel
Telefon: 02253 / 318 - 0

2.

Senat und Fachbereichsräte

2.1

Senat

Dem Senat der Fachhochschule gehörten am 20. Dezember 2014 folgende Mitglieder an:

I. Der Leiter der Fachhochschule als Vorsitzende:

Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Dr. Benjamin Limbach

II. Aus der Gruppe der Professoren, Dozentinnen und Dozenten:

Aus dem Fachbereich Rechtspflege:

Prof. Dr. Matthias Becker

Prof. Dr. Frank Els

Justizoberamtsrat Hans-Dieter Klos

Professor Dr. Christoph Neukirchen

Oberregierungsrat Robert Ramm

Professor Dr. Kai Schulte-Bunert

Oberregierungsrätin Elfriede Walter

Oberregierungsrätin Margret Wiesel (zugleich Gleichstellungsbeauftragte)

Aus dem Fachbereich Strafvollzug:

Professor Dr. Peter Münster

Prof. Dr. Frederik Roentgen

III. Aus der Gruppe der Studierenden:

Aus dem Fachbereich Rechtspflege

Rechtspflegeranwärterin Stephanie Bedra

Rechtspflegeranwärterin Elisabeth Kurth

Rechtspflegeranwärterin Aline Niesen

Rechtspflegeranwärterin Jella Schiewerling

Rechtspflegeranwärter Lukas Seland

Aus dem Fachbereich Strafvollzug

Regierungsinspektorenanwärterin Lena Ehlering

IV. Aus der Gruppe der hauptberuflichen sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Oberregierungsrätin Heike Romeike

Justizamtsinspektor Heinz Heck

V. Mitglieder mit beratender Stimme:

Richter am Oberlandesgericht Dr. Marc Hunke,

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Leitende Regierungsdirektorin Ulrike Cürten,

Ständige Vertreterin der Direktorin der Fachhochschule

Oberregierungsrat Ulrich Thimm,

Sprecher des Fachbereichsrats Strafvollzug

Justizoberamtsrätin Marianne Brückner,

Deutscher Beamtenbund

Justizoberinspektorin Jutta Dünnes,

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Der Senat tagte an folgenden Tagen zu folgenden Themen:

- 28.01.2014**
1. Bericht der stellv. Direktorin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
 2. Stellungnahme zum Entwurf des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 2015
 - a. Sach- und Investitionshaushalt
 - b. Personalhaushalt
 3. Verschiedenes
- 20.05.2014**
1. Bericht der stellvertretenden Direktorin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
 2. Vorstellung des Bewerbers auf die im Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen vom 01.01.2014 ausgeschriebene Planstelle für die Direktorin/den Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
 3. Beschlussfassung über die Besetzung der vorgenannten Planstelle

4. Beratung des Entwurfs der Fragebögen für die Abschlussevaluation für die Fachbereiche Rechtspflege und Strafvollzug sowie für die Evaluation der Studienbedingungen
5. Beschlussfassung über den Entwurf der Fragebögen für die Abschlussevaluation für die Fachbereiche Rechtspflege und Strafvollzug sowie für die Evaluation der Studienbedingungen
6. Verschiedenes

26.06.2014

1. Bericht der stellv. Direktorin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
2. Bericht der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Abordnungsstelle für eine Dozentin oder einen Dozenten aus dem richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Dienst (JMBl. 01.05.2014)
3. Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Abordnungsstelle für eine Dozentin oder einen Dozenten aus dem richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Dienst (JMBl. 01.05.2014)
4. Bericht der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Abordnungsstelle für eine Dozentin oder einen Dozenten aus dem gehobenen Justizdienst (JMBl. 01.05.2014)
5. Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Abordnungsstelle für eine Dozentin oder einen Dozenten aus dem gehobenen Justizdienst (JMBl. 01.05.2014)
6. Stellungnahme zum Jahresbericht der stellv. Direktorin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
7. Vorschlag zur Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten
8. Verschiedenes

18.12.2014

1. Konstituierung des Senats
2. Bericht des Direktors der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
3. Berichte über die durchgeführten Evaluationen an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen (§§ 5 bis 9 EvaluationsO FHR NRW)
4. Bestellung der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten
5. Verschiedenes

2.2

Fachbereichsrat Rechtspflege

Dem Fachbereichsrat Rechtspflege gehörten am 31. Dezember 2014 folgende Mitglieder an:

Aus der Gruppe der Professoren, Dozentinnen und Dozenten:

Professor Dr. Kai Schulte-Bunert (Sprecher)

Professor Dr. Matthias Becker

Professor Dr. Frank Els

Professor Dr. Christoph Neukirchen

Oberregierungsrat Robert Ramm

Oberregierungsrätin Elfriede Walter

Aus der Gruppe der Studierenden:

Rechtspflegeranwärter Lukas Seland

Rechtspflegeranwärterin Stephanie Bedra

Rechtspflegeranwärterin Jella Schiewerling

Rechtspflegeranwärterin Aline Niesen

Vertreter der bei den Ausbildungskörperschaften tätigen Ausbildungsleiter oder Ausbilder:

Justizamtmann Marco Vogt, Amtsgericht Düsseldorf

Der Fachbereichsrat Rechtspflege tagte am 17. Dezember 2014, wobei er sich neu konstituierte (Wahl des Sprechers des Fachbereichsrats und seines Stellvertreters).

2.3

Fachbereichsrat Strafvollzug

Dem Fachbereichsrat Strafvollzug gehörten am 31. Dezember 2014 folgende Mitglieder an:

Aus der Gruppe der Professoren, Dozentinnen und Dozenten:

Oberregierungsrat Ulrich Thimm (Sprecher)
Oberregierungsrat Dr. Stefan Cassone
Professor Dr. Peter Münster
Regierungsdirektorin Beate Nolte-Gehlen
Professor Dr. Frederik Roentgen
Regierungsoberamtsrat Michael Schäfersküpfer

Gruppe der Studierenden:

Regierungsinspektorenanwärter Christian Amos
Regierungsinspektorenanwärter Sascha Bär
Regierungsinspektorenanwärter Roman Malasewski
Regierungsinspektorwärter Hans Jürgen Prümm

Der Fachbereichsrat Strafvollzug tagte am 17. Dezember 2014, wobei er sich neu konstituierte (Wahl des Sprechers des Fachbereichsrats und seines Stellvertreters).

3.

Mitglieder der Fachhochschule

3.1

Leitung

Leiter: Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Dr. Benjamin Limbach

Ständige Vertreterin: Leitende Regierungsdirektorin Ulrike Cürten

3.2

Professoren, Dozentinnen und Dozenten

Die Professoren, Dozentinnen und Dozenten, die der Fachhochschule am 31. Dezember 2014 angehörten, ergeben sich aus der *Anlage 1*. Die Dozentinnen und Dozenten sind teilweise nur mit einem Teil der vollen Arbeitskraft tätig.

3.3

Personalveränderungen im Bereich der hauptamtlich Lehrenden:

3.3.1

Beförderungen:

Auf Planstellen der Fachhochschule wurde Regierungsrätin Heike Romeike zur Oberregierungsrätin (1. Januar 2014) ernannt. Auf einer Planstelle des Oberlandesgerichts Köln wurde Justizamtfrau Aloisia Theißen-Fuß zur Justizamtsrätin (25. August 2014) befördert. Die Genannte ist Diplom-Rechtspflegerin (FH) .

3.3.2

Abordnungen:

Ihre Tätigkeit als hauptamtliche Dozenten bzw. als hauptamtliche Dozentin haben im Rahmen von Abordnungsverhältnissen am 1. September 2014 Richter Dr. Maximilian Friedrich vom Amtsgericht Königswinter und Justizinspektorin Diplom-Rechtspflegerin (FH) Jennifer Ulhaas vom Amtsgericht Euskirchen aufgenommen. Beendet haben ihre Tätigkeit als hauptamtliche Dozenten am 31. Juli 2014 Richter am Amtsgericht Dr. Thorsten Ehlers und am 30. August 2014 Justizoberinspektorin Stefanie Lenze-Müller.

3.4

Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die hauptberuflichen sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule am 31. Dezember 2014 ergeben sich aus der Anlage 2. Sie sind teilweise nur mit einem Teil der vollen Arbeitszeit tätig.

3.5

Studierende

Die Studierendenzahlen in den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug stellten sich bezogen auf die jeweiligen fachwissenschaftlichen Studienabschnitte im Jahr 2014 wie folgt dar:

Fachbereich Rechtspflege		Fachbereich Strafvollzug	
Studium I 2013/14	153	Studium I 2013/14	34
Studium II 2014	164	Studium II 2014	41
Studium III 2014	168	Studium III 2014	38
Studium I 2014/15	102	Studium I 2014/15	37

In der Gesamtschau haben sich die Studierenden- und Absolventenzahlen in den Jahren 2005 bis 2014 wie folgt entwickelt:

Entwicklung der Studierendenzahlen:

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Studienanfänger Rechtspflege	55	52	92	98	122	169	168	173	172	153	102
Studienanfänger Strafvollzug	18	14	20	30	20	28	42	43	42	34	37

Entwicklung der Zahlen derjenigen, die sich nach dreijährigem Studium der Prüfung gestellt haben:

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Prüflinge Fachbereich Rechtspflege	20 (20)	24 (22)	55 (52)	53 (50)	49 (49)	84 (75)	95 (83)	112 (102)	149 (139)	155 (138)	173 (162)
Prüflinge Fachbereich Strafvollzug	38 (38)	41 (40)	31 (30)	17 (17)	14 (13)	18 (18)	28 (27)	20 (20)	28 (28)	40 (40)	38 (38)

(In Klammern die Zahl derjenigen, die die Prüfung bestanden haben).

4.

Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten an der Fachhochschule wurden im Berichtszeitraum von ORR` in Wiesel wahrgenommen. Ihre Stellvertreterin ist Justizamtsinspektorin Sigel.

Die Gleichstellungsbeauftragte gehört der Personalkommission des Senats an und wirkte in den Sitzungen des Senats als gewähltes Senatsmitglied mit. Auch hat sie an den Besprechungen nach § 63 LPVG teilgenommen. Im Rahmen der Interessenvertretung der an der Fachhochschule beschäftigten und studierenden Frauen suchte sie zusammen mit ihrer Stellvertreterin das Gespräch mit den weiblichen Bediensteten und den studierenden Frauen. Die Gleichstellungsbeauftragte widmete sich auch der Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer. Die Themen Frauenförderung und Frauenförderplan an der Fachhochschule wurden durch regelmäßige Besprechungen mit der Leitung der Fachhochschule aktualisiert.

Die Gleichstellungsbeauftragte hat an der Dienstbesprechung der Gleichstellungsbeauftragten der Mittelbehörden und des Justizministeriums sowie an einer Fortbildungsveranstaltung für Gleichstellungsbeauftragte teilgenommen.

5.

Personalvertretungen

5.1

Personalrat der Dozentinnen und Dozenten

Der Personalrat setzte sich im Berichtszeitraum wie auch im Vorjahr aus Oberregierungsrätin Marlies Rokitta-Liedmann als Vorsitzende, Justizoberamtsrat Manfred Steffen sowie Justizamtmann Kai Achenbach zusammen.

Schwerpunkte des Interesses der Personalratsarbeit waren im Berichtszeitraum wie auch bereits in den vergangenen Jahren unter anderem insbesondere die Personalsituation an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen. Außerdem war ebenfalls wie in den Vorjahren auch weiterhin von besonderem Interesse die Ausgestaltung des Lehrbetriebes vor dem Hintergrund weiterhin hoher Studierenden- sowie Anwärterzahlen im Bereich weiterer Studien- und Ausbildungsgänge, die an der Fachhochschule sowie dem angegliederten Ausbildungszentrum der Justiz angeboten werden. Besonderes Augenmerk lag dabei auch auf den Auswirkungen auf die Arbeit der Dozenten wie insbesondere die Tatsache, dass die Durchführung des Lehrbetriebes auch im Berichtsjahr weiterhin an vier verschiedenen Standorten erfolgte.

5.2

Personalrat der Fachhochschule

Der Personalrat der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen setzte sich wie im Vorjahr aus Justizamtsinspektor Heinz Heck als Vorsitzendem, Justizbeschäftigter Gina Cerniglia und Justizbeschäftigtem Rolf-Peter Behrend zusammen.

Neben dem Tagesgeschäft lag der Schwerpunkt der Personalratsarbeit im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Darüber hinaus beschäftigte sich der Personalrat - wie bereits in den vergangenen Jahren - intensiv mit der angespannten Personalsituation und den gleichzeitig steigenden Arbeitsanforderungen.

6.

Sozialer Ansprechpartner

Die Aufgaben des Sozialen Ansprechpartners (SAP) nahm im Jahr 2014 wie im Vorjahr Justizbeschäftigte Angelika Hein wahr.

Die Arbeit der Sozialen Ansprechpartnerin wurde mehrfach, auch außerhalb der Dienstzeiten, in Anspruch genommen. Dabei ging es um dienstliche sowie auch private Belange. Ziel der Gespräche sollte sein, gemeinsam mit der Klientin bzw. dem Klienten eine Problemlösung zu erarbeiten. In den meisten Fällen gelang dies, teilweise auch unter Inanspruchnahme der nachstehend genannten sozialen Dienste.

Dem Sozialen Ansprechpartner stehen viele Hilfsstellen, auch außerhalb der Justiz, offen. Dazu gehören u.a. Caritas, Frauenhaus, Weißer Ring, Blaues Kreuz und Arbeiterwohlfahrt. Zu diesen Institutionen unterhält Frau Hein regen Kontakt, um in Notfällen auf diese Dienste zurückgreifen zu können. Bei Vortrags- und Diskussionsabenden dieser Einrichtungen, zu denen die soziale Ansprechpartnerin regelmäßig eingeladen wird und die sie gerne besucht, erhält sie Einblicke in die verschiedensten sozialen Bereiche. Diese ermöglichen ihr eine bessere Grundlage bei der Bewältigung von Problemfällen. Praxisbezogene Lösungen erleichtern ihr die Arbeit als Soziale Ansprechpartnerin.

Die bei der jährlichen Supervision in der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen erörterten und aufgearbeiteten Themen helfen dem Sozialen Ansprechpartner bei der Bewältigung anstehender Problemfälle sehr. Viele Themen und Bereiche werden erörtert, Fallbeispiele bearbeitet und Lösungen erarbeitet. Der Austausch mit anderen Sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern ist wichtig und hilft, Probleme aus einem anderen Blickwinkel zu sehen und zu erkennen.

7.

Studienberatung

Die Studienberatung an der Fachhochschule wurde von Diplompsychologin Nolte-Gehlen in Form wöchentlicher Sprechstunden durchgeführt. Sie wurde von den Studierenden der Fachbereiche Rechtspflege und Strafvollzug regelmäßig wahrgenommen und fand in Form individuell vereinbarter Sprechstunden statt.

Je nach Frage- oder Problemstellung wurden Einzel- oder Gruppenberatungen durchgeführt. Dabei wurden sowohl studienspezifische Themen behandelt, wie die unzureichende eigene Leistungsfähigkeit, defizitär erlebte Arbeits- und Lernstrategien, Prüfungsängste etc. als auch persönliche Problemstellungen, wie die Trennung vom Partner, Beziehungsstörungen in der Herkunftsfamilie etc.

Meist erstreckten sich die Beratungsgespräche über mehrere Termine. Insbesondere bei Prüfungs- und Versagensängsten erwiesen sich Entspannungsverfahren als hilfreich.

8.

Pädagogisch-didaktische Angelegenheiten

Die Aufgaben des Beauftragten für die pädagogisch-didaktischen Angelegenheiten nahm auch im Jahr 2014 Justizoberamtsrat Diplom-Rechtspfleger Ralf Pannen M.A. wahr.

8.1

Pädagogisch-didaktische Schulungen

Die Studierendenzahlen gingen im Jahr 2014 leicht zurück, so dass lediglich zwei neue Lehrkräfte im 2. Halbjahr ihre Arbeit an der FHR begonnen haben. Eine pädagogisch-didaktische Grundschulung soll daher erst im Jahre 2015 wieder angeboten werden. Zur Vertiefung der pädagogischen Kenntnisse und Fertigkeiten auch langjähriger Lehrkräfte war zunächst eine pädagogische (Vertiefungs-) Schulung geplant. Dies ließ sich jedoch aus organisatorischen Gründen und wegen einer zeitweise gültigen Haushaltssperre nicht verwirklichen.

Die in den Vorjahren begonnenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung methodischer Kompetenzen wurden durch Schulungen des IT-Zentrums zum Umgang mit der Lernplattform „ILIAS“ und zu Präsentationstechniken fortgesetzt.

8.2

NEWSLETTER LEHREN UND LERNEN

der Fachhochschule für Rechtspflege NRW

Auch im Jahr 2014 sind die Lehrenden durch eine Ausgabe des „Newsletter Lehren und Lernen“ über aktuelle pädagogische Themen informiert worden. Die kleine, aber regelmäßige Dosis Methodik und Didaktik soll helfen, die eigene Lehre zu reflektieren, stetig zu verbessern und damit optimales Lernen der Studierenden zu ermöglichen und zu unterstützen.

Themen des **fünften Newsletters (September 2014)** waren:

1.

Vorstellung ausgewählter Aspekte aus der zweiten Veröffentlichung der Studie des neuseeländischen Erziehungswissenschaftlers John Hattie („Visible Learning“) in ihrer deutschen Übersetzung („Lernen sichtbar machen für Lehrpersonen“) nebst einer Übersicht mit weiterführenden Links zum Feedback im eigenen Unterricht.

2.

Bericht über die Tagung zur rechtswissenschaftlichen Fachdidaktik „Selbstlernkompetenzen im Jurastudium“ am 20./21. Februar 2014 an der Uni Konstanz.

3.

Buchempfehlung/Rezension (insbesondere) für Studierende: Böss-Ostendorf/Senft, Alles wird gut – Ein Lern- und Prüfungscoach, Verlag Barbara Budrich 2014.

4.

Zusammenfassung eines Beitrages zur Behaltensleistung im Zusammenhang mit Power-Point-Präsentationen (aus der Zeitschrift „Forschung & Lehre“ 7/2014).

5.

Hinweis auf neue Beiträge im NHHL („Neues Handbuch Hochschullehre“).

Der 5. Newsletter wurde auszugsweise den Studierenden, Anwärtinnen und Anwärtern zur Verfügung gestellt. Die Newsletter nebst Anlagen werden nun auch in der Lernplattform „ILIAS“ digital archiviert, so dass sie allen Lehrkräften jederzeit (auch vom heimischen Rechner aus) zur Verfügung stehen.

8.3

Teilnahme an einer Tagung zur rechtswissenschaftlichen Fachdidaktik

Der Beauftragte für pädagogisch-didaktische Angelegenheiten erhielt die Gelegenheit, am 20./21. Februar 2014 an der Tagung „Selbstlernkompetenzen im Jurastudium“ an der Universität Konstanz teilzunehmen. Die Tagung zeigte in gelungener Weise Theorie und Praxis zum derzeitigen Stand von Lernen und Lehren in juristischen Studiengängen und konnte auch Lehrenden an verwaltungsinternen Fachhochschulen interessante Anregungen für die Weiterentwicklung von Lehre und Lernen bieten. Die Information der Lehrenden an der FHR erfolgte über den Newsletter (vgl. Nr. 8.2) und über eine Veröffentlichung in den Rechtspflegerstudienheften (vgl. Nr. 15.2.2).

9.

Fachbereich Rechtspflege

9.1

Grundlagen des Studienbetriebs

Durch Neufassung der Rechtspflegerausbildungs- und Prüfungsordnung Nordrhein-Westfalen (RpflAO NRW) vom 19. Mai 2003 (GV. NRW S. 293 ff) ist die nordrhein-westfälische Rechtspflegerausbildung nach dem sog. 21/15-Modell (21 Monate fachwissenschaftliche Studienzeiten an der Fachhochschule und 15 Monate fachpraktische Ausbildung bei den nordrhein-westfälischen Gerichten und Staatsanwaltschaften) grundlegend reformiert worden. Die darauf basierende Studienordnung der Fachhochschule mit den zugehörigen Studienplänen in der Fassung 2011 für das Studium I 2013/14, 2014/15, das Studium II 2014 sowie das Studium III 2014 war im Berichtszeitraum Grundlage des Studienbetriebs der fachwissenschaftlichen Studien.

9.2

Studienleistungen

Die mit der Ausbildungsreform 2003 eingeführte Neustrukturierung der Studienleistungen und deren Bewertung – insbesondere die Einführung bewertungsrelevanter Referate und Prüfungsgespräche sowie die Leistungsbewertung mit einer nach Punktwerten abgestuften mathematisierten Benotung – hat sich weiterhin bewährt. Dies gilt auch für die erstmals ab dem Studium II/2005 als neue bewertungsrelevante Studienleistung anzufertigende Hausarbeit. Dabei haben sich im Berichtszeitraum erneut die die Hausarbeiten und Referate begleitenden und unterstützenden Maßnahmen bewährt. Den Studierenden wurde eine auf der ILIAS-Lernplattform eingestellte aktualisierte Fassung des Leitfadens für die Anfertigung der Hausarbeit und des Referats (Stand: März 2014) mit umfassenden formalen und methodischen Arbeitshinweisen zur Verfügung gestellt. Überdies werden den Studierenden spezielle Begleitkurse zum IT- und Medieneinsatz (ITM) durch hauseigene Lehrkräfte in die Internet-/Intranet-Recherche (JURIS, beck-online u.a.) sowie in die Besonderheiten der Textverarbeitung und die Nutzung der ILIAS-Plattform bei der Hausarbeitserstellung angeboten. Ähnlich der Hausarbeit wird auch das bewertungsrelevante Referat

im Verlauf des Studiums u.a. durch IT-Schulungen – Textverarbeitung, Online-Recherche (JURIS, beck-online), Präsentationstechniken (Powerpoint) – vorbereitet. Aus organisatorischen Gründen – insbesondere mit Rücksicht auf die erfreulicherweise insgesamt nach wie vor hohen Studierendenzahlen und die daraus resultierende temporäre Raumnot – fand die Anfertigung der Hausarbeiten – wie schon im Jahre 2013 – erneut auch für das Studium II 2014 zu Beginn des Studiums II statt. Die Studierenden waren hierauf wie schon im Vorjahr am Ende des Studiums I 2012/13 hingewiesen worden. Zugleich hatten die Studierenden schon damals das Lehrfach ihrer Hausarbeit aus den Bereichen Allgemeines Bürgerliches Recht, Grundbuchrecht und Kostenrecht ausgewählt. Als nachteilig erwies sich erneut die mit dieser Vorverlegung zwingend verbundene Einschränkung der Themenbereiche und Leistungsanforderungen, weil Grundlage der Aufgabenstellungen nur der Stoffstand des Studiums I sein konnte und somit sämtliche Lehrfächer des noch ausstehenden Studiums II außer Betracht bleiben mussten. Gleichwohl hatten die Studierenden Gelegenheit, die besonderen Anforderungen dieser Studienleistung in anspruchsvollen Aufgaben aus den angebotenen Lehrfächern zu erfüllen. Während der lehrveranstaltungsfreien Bearbeitungszeit konnten die Studierenden zwar erneut aus Platzgründen nicht in der Fachhochschule übernachten, sie hatten aber Zugang zur Bücherei. Zudem hat sich die Übung bewährt, die Bibliotheken der Gerichte – auch durch eine entsprechende Studien- und Aufgabenbescheinigung der Fachhochschule – um Unterstützung der fachwissenschaftlichen Arbeit der Studierenden zu bitten. Die Gesamtergebnisse der Hausarbeiten und Referate waren – auch im Vergleich mit den Vorjahren – normgerecht.

Die im Rahmen der Änderung der Studienordnung erstmals für das Studium I 2007/08 eingeführte Anpassung der Struktur und Bewertung der Studienleistungen des ersten Studienabschnitts hat sich weiterhin bewährt. Das gilt sowohl für die veränderte Gewichtung der einzelnen Studienleistungen mit gewachsener Bedeutung der Klausurergebnisse als auch für die Wiedereinführung eines „Blockversagens“ bei den Aufsichtsarbeiten des Studiums I. Dadurch ergibt sich ein ausgewogeneres Gesamtleistungsbild des ersten Studienabschnitts, das zugleich eine aussagefähige Grundlage für eine Erfolgsprognose und notfalls für eine frühzeitige Entscheidung zur Beendigung des Studiums bzw. einen Studienwechsel darstellt.

9.3

Übungen, Wahlkurse und Wahlpflichtkurse

Auch im Jahr 2014 konnte den Studierenden aller Studien ein umfassendes Wahllehrveranstaltungsprogramm sowie Übungen zu Themen aus allen Stoffgebieten angeboten werden.

I. Wahl(pflicht)kurse Studium II 2014:

Die seit dem Studium II/2005 im zweiten fachwissenschaftlichen Studienabschnitt durchgeführten **10-stündigen Wahlpflichtkurse** mit einem abschließenden, von der jeweiligen Fachlehrkraft durchgeführten **Prüfungsgespräch** als bewertungsrelevante Studienleistung haben sich erneut bewährt. Darüber hinaus konnten die Studierenden auch erneut überschneidungsfrei an bis zu zwei weiteren nicht bewertungsrelevanten Wahlkursen teilnehmen. Die Ergebnisse der Prüfungsgespräche waren normgerecht. Es hat sich einmal mehr bestätigt, dass die Verknüpfung der Wahlpflichtkurse mit einem abschließenden Prüfungsgespräch nicht nur die engagierte Kursteilnahme fördert, sondern von den Studierenden auch als Gelegenheit zur Leistungskontrolle in einer dem späteren mündlichen Examen vergleichbaren Prüfungssituation empfunden wird.

Das Kursangebot erstreckte sich erneut auf alle Lehrfächer mit fachübergreifenden Bezügen und wurde von den Studierenden gut angenommen – auch als Gelegenheit zur Vertiefung und Wiederholung examensrelevanten Lehrstoffs. Es sind Kurse – teilweise auch mehrfach – mit folgenden Themen angeboten worden:

- Grundlagen des Entstehens der Rechtsanwaltsgebühren
- „Quer Beet durch das Strafvollstreckungsrecht“
- Abteilung III aus grundbuch- und zwangsversteigerungsrechtlicher Sicht
- Die verschiedenen Gläubigergruppen im Insolvenzverfahren und die Behandlung von (laufenden) Verträgen
- Registerrechtliche Behandlung von Personengesellschaften
- Teilungsversteigerung
- Rund um das Straf- und Strafprozessrecht
- Immobiliarsachenrecht mit besonderen Bezügen zu Zwangsvollstreckung und Insolvenz

- Materiell-rechtliche und registerrechtliche Problemstellungen im Rahmen des Gesellschaftsrechts
- Gerichtliche Genehmigungen im Grundbuchverfahren
- Vertiefung des materiellen Strafrechts
- Grundlagen der Maßregeln der Besserung und Sicherung
- Familienrechtliche Vertretungen und Genehmigungsprobleme
- Anwartschaftsrecht, Kreditsicherung und Eigentumsvorbehalt
- Zahlung mit Wechsel und Scheck und Eigentumsvorbehalt
- Zivilprozess- und Vollstreckungsrecht: Einstweiliger Rechtsschutz
- Kostenrecht: Einzelfragen im familiengerichtlichen Verfahren unter Einbeziehung der Verfahrenskostenhilfe und der Streitgenossenschaft
- Der Pfändungsschutz des Girokontos und der Altersvorsorge
- Gesellschaftsrecht mit Schwerpunkt GmbH
- Gewillkürte Erbfolge, insbesondere gemeinschaftliches Testament und Erbvertrag sowie die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen
- Das Insolvenzverfahren aus der Sicht des Grundbuchrechtspflegers
- Betreuung mit Auslandsbezug

II. Wahlkurse Studium III 2014:

Im Studium III 2014 sind Wahlkurse mit den folgenden Themen angeboten worden, wobei die Kurse auch teilweise mehrfach abgehalten wurden:

- FamFG: Allgemeiner Teil und Verfahren in Familiensachen
- Straftatbestände im Erkenntnisverfahren / Strafprozess- und Strafvollstreckungsrecht rund um die Rechtskraft
- Grundlagen des Entstehens der Rechtsanwaltsvergütung (allgemein, im Hinblick auf ein vorangegangenes Mahnverfahren, Auswirkungen eines Versäumnisurteils ...) und Erstattungsfähigkeit anwaltlicher Reisekosten und Kosten mehrerer Rechtsanwälte
- Problemstellungen bei Anmeldungen zum Handelsregister anhand von Beispielfällen
- Das Insolvenzverfahren aus der Sicht des Grundbuchrechtspflegers
- Wiederholung Straf- und Strafprozessrecht

- Rund um die Gesamtstrafe
- Problemstellungen bei Anmeldungen zum Handelsregister anhand von Beispielfällen
- Die Zuschlagsentscheidung im Zwangsversteigerungsverfahren
- Nachlassrecht: Wiederholung und Vertiefung an Hand von Übungsfällen und Fragestellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (ohne Internationales Privatrecht) sowie das FamFG in Bezug auf Nachlasssachen
- Kostenfestsetzung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Prozesskostenhilfe
- Die besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung
- Gerichtliche Genehmigungen im Grundbuchverfahren
- Bürgerliches Recht:
 1. Entstehung und Übertragung von Anwartschaftsrechten an beweglichen Sachen
 2. Pfändung von Anwartschaftsrechten
 3. Fälle und Voraussetzungen des lastenfreien Erwerbs von beweglichen Sachen
 4. Nachlassrecht – Auslegung letztwilliger Verfügungen
 5. Nachlassrecht – Abwicklung von Erbengemeinschaften (Vertretung und Genehmigung bei Beteiligung Minderjähriger)
 6. Die Vertretung Minderjähriger in erbrechtlichen Genehmigungsfällen (insbesondere unter Berücksichtigung der Rechtsstellung von Ergänzungspfleger und Verfahrensbeistand nach FamFG)
- Grundstücksgeschäfte unter Beteiligung Minderjähriger und Betreuer
- Zwangsvollstreckung in Rechte der Abt. II und III des Grundbuchs
- Das Kostenfestsetzung – auch unter Berücksichtigung von PKH und der Beteiligung von Streitgenossen
- Grundbuch und Zwangsvollstreckung
- Grundlagen und wichtige Probleme der Zwangsvollstreckung und des Klauselverfahrens
- Vollstreckungsverbote im Insolvenzverfahren
- Strafdelikte: Ausgefallene Fälle aus dem materiellen Strafrecht.

9.4

Alternative Lehrveranstaltungen

Im Rahmen zusätzlich zu den Nettostundenansätzen der Studienpläne zur Verfügung stehender Zeitkontingente wurden auch im Berichtszeitraum in allen Lehrbereichen alternative Lehrveranstaltungen durchgeführt. Einige in den vergangenen Jahren durchgeführte alternative Lehrveranstaltungen im fachwissenschaftlichen Studium I sind allerdings aufgrund der Durchführung der Praxiswoche (s. 9.5) im Rahmen des fachwissenschaftlichen Studiums I entfallen. Folgende alternativen Lehrveranstaltungen wurden durchgeführt:

- Besuch eines Versteigerungstermins beim AG Euskirchen
- Besuch des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln
- Aula-Vortrag zum Thema: „Jugend und Nationalsozialismus“
- Aula-Vortrag zum Thema: „Rechtsextremismus und Jugend heute“
- Aula-Vortrag eines Mitarbeiters des Kreises Euskirchen, Abteilung Jugend und Familie, über die „Tätigkeit des Jugendamts und die Schnittstellen zur gerichtlichen Tätigkeit“
- Aula-Vortrag eines Notars zum Thema: „Nachlassrecht aus der Sicht eines Notars“
- Seminaristische Gruppenarbeit (u.a. Besprechung neuer Rechtsprechung, Fallbearbeitung)
- Internetrecherche
- Einführung in Juris
- Rollenspiel – Simulation einer Vereinsgründung
- Vorstellung des Online-Mahnverfahrens

Zu den alternativen Lehrveranstaltungen fand in der Regel unter der Leitung der Betreuungslehrkräfte jeweils eine Vor- und Nachbereitung mit den Studierenden statt. Die alternativen Lehrformen trafen bei den Studierenden erneut auf eine insgesamt positive Resonanz und wurden als förderliche Ergänzung des Lehrbetriebs empfunden.

9.5

Praxiswoche

Zum dritten Mal wurde im fachwissenschaftlichen Studium I (in der 48. Kalenderwoche) eine Praxiswoche durchgeführt. Im Rahmen dieser Woche sollen die Studierenden schon während des fachwissenschaftlichen Studiums I mit der Praxis an den Gerichten in Kontakt kommen. Damit werden die Gerichtshospitationen bzw. Exkursionen zu den Gerichten, welche bislang als alternative Lehrformen verteilt über das elfmonatige fachwissenschaftliche Studium I durchgeführt wurden, in der Praxis für eine Woche konzentriert. Die Studierenden sollen in dieser Woche mit den Arbeitsabläufen sowie Aufgaben und Funktionen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte vertraut gemacht werden. So sollen sie z.B. den Postein-/ausgang bei der Wachtmeisterei sowie den Postumlauf innerhalb des Gerichts kennenlernen. Ferner sollten beispielsweise Bezüge zum Kostenrecht vermittelt werden. Insgesamt geht es aber nicht um die Thematisierung theoretischer Grundlagen sondern um die praktischen Gegebenheiten wie Aktenanlegung inklusive Bedeutung der Aktenzeichen, Akteninhalte mit entsprechenden Antragschriften, Verfügungen und Entscheidungen, Verwahrung von Verfügungen von Todes wegen, Hinterlegung von Wertgegenständen, Einsicht in Grundbücher und Handelsregister u.s.w. Es sollen alle beteiligten Professionen der Gerichte in den Blick genommen werden und somit Geschäftsstellen-, Gerichtsvollzieher-, Rechtspfleger- und Richtertätigkeit, wenngleich der Schwerpunkt natürlich auf dem Bezug zum Rechtspflegerdezernat liegt. Dabei wurden die Studierenden im Rahmen ihrer OLG-Bezirke auf die Amtsgerichte verteilt und in Kleingruppen betreut. An einem Tag fanden die Hospitationen bei den Oberlandesgerichten Düsseldorf, Hamm und Köln statt.

Die Durchführung der Praxiswoche ist bei den Studierenden auf eine sehr positive Resonanz getroffen und soll auch im nächsten Jahr wieder stattfinden.

9.6

Seminare

In allen Studiengruppen des fachwissenschaftlichen Studiums II/2014 sind als Wahlpflichtveranstaltungen Wochenseminare in folgenden Gebieten mit den angegebenen Themenschwerpunkten durchgeführt worden:

I. Strafvollstreckungsrecht

§§ 35, 36 Betäubungsmittelgesetz (BtMG)

- Zurückstellung gem. § 35 BtMG:
 - Zuständigkeit
 - Voraussetzungen
- Zurückstellung gem. § 35 BtMG:
 - Zurückstellungsentscheidung
 - Widerruf der Zurückstellung
 - Rechtsmittel
- Aussetzung und Anrechnung gem. § 36 BtMG
 - Zuständigkeit
 - Obligatorische Anrechnung
 - Aussetzung ohne Anrechnung
 - Fakultative Anrechnung
 - Verfahren
 - Rechtsmittel

II. Öffentliches Recht

- Der Plenarbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2012 (2 PBvU 1/11) zum Einsatz der Streitkräfte (Bundeswehr) im Inneren (Luftsicherheitsgesetz).
- Die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 (1 BvL 16/11) und vom 19. Juni 2012 (2 BvR 1397/09) zur Ungleichbehandlung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern im Grunderwerbssteuerrecht und beim beamtenrechtlichen Familienzuschlag.
- Das Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 25. August 2005 (2 BvE 4/05 und 2 BvE 7/05) zur Auflösung des Bundestages über eine manipulierte Vertrauensfrage.
- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. November 2011 (2 BvC 4/10, 2 BvC 6/10 und 2 BvC 8/10) zur Verfassungswidrigkeit der Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht.

- Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Februar 2011 (2 BvR 1596/10 und 2 BvR 2346/10) zur Frage eines Beweisverwertungsverbots wegen Verstoßes gegen den Richtervorbehalt bei Anordnung einer Blutentnahme.
- Inwieweit können sich durch die beamtenrechtlichen Pflichten Grundrechtseinschränkungen ergeben?

III. Straf- und Strafprozessrecht

- „Massenprügelei-Fall“ (vgl. BGH 1 StR 585/12 96) zur Einwilligung bei Körperverletzungsdelikten – Abgrenzung zu OLG Düsseldorf 2 Ss 147/97 „Auto-Surfen“ / BGH 2 StR 505/03 „Sadomasochistische Sexualpraktiken“ und LG Köln 151 Ns 169/11 „Religiös motivierte Beschneidung“
- „Sportwetten-Fall“ (vgl. BGH 4 StR 55/12 unter Fortführung von BGH 5 StR 181/06) zu Problemen der Strafbarkeit
- "Rückkehr der Folter?" (vgl. BGH 2 StR 35/04 – „Der Fall Jakob von Metzler“ und Daschner-Prozess“)
- "Mord ohne Leiche" (vgl. BGH 2 StR 509/10) zu prozessualen Problemen des Strafrechts
- „Handyspeicher-Fall“ (vgl. BGH 3 StR 392/11) zu Abgrenzungsproblemen zwischen Raub, Diebstahl, Nötigung sowie zur Problematik der Absicht der rechtswidrigen Zueignung

IV. Internationales Privatrecht

- Betreuung mit Auslandsbezug, insbesondere ErwSÜ:
 - Materielles Recht:
(insb.) Art. 13-21 ErwSÜ (inkl. Anwendungsbereich, Art. 1-4 ErwSÜ)
 - Formelles Recht:
(insb.) Art. 5-12, 22-27 ErwSÜ
- EU-Erbrechtsverordnung:
 - Erbstatut und gerichtliche Zuständigkeiten
 - Das Europäische Nachlasszeugnis (Art. 62-73 EUErbVO)

V. Bürgerliches Recht

- Das Gewährleistungsrecht beim Kaufvertrag

- Das Gewährleistungsrecht beim Mietvertrag sowie besitzschutzrechtliche Ansprüche des Mieters gegen den Vermieter bei Wohnungsentzug (einschließlich Möglichkeiten der schnellen Durchsetzung)
- Die Grundschuld im Lichte des „Risikobegrenzungsgesetzes“
- Das neue Widerrufsrecht im Fernabsatz nach dem Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechte-Richtlinie

VI. Insolvenzrecht

- Die Vorbereitung und Durchführung von Gläubigerversammlungen im Regelinsolvenzverfahren (Berichtstermin, Prüfungstermin und Schlusstermin) anhand von Originalberichten von Insolvenzverwaltern

VII. Zwangsversteigerungsrecht

- Der Zuschlag im Versteigerungsverfahren eines Grundstücks

Die Seminare gaben den Studierenden Gelegenheit, sich mit einzelnen Themen anhand von Literatur und Rechtsprechung in Arbeitsgruppen eingehend auseinanderzusetzen sowie im Plenum zu referieren und zu diskutieren.

9.7

Informationstechnik

Die Studierenden verfügen inzwischen durchweg über solide Grundkenntnisse in der Informationstechnik. Dieses Basiswissen wird in verschiedenartigen Lehrveranstaltungen ausgebaut und vertieft. In diesen IT-Lehrveranstaltungen werden die Studierenden an die unterschiedlichen Berührungspunkte der Informationstechnik mit der PC-Anwendungspraxis, dem Lehrbetrieb und den Lehrinhalten sowie den Fachanwendungsprogrammen der Justizpraxis herangeführt.

Wegen der weiteren Einzelheiten hierzu wird auf den Berichtsbeitrag des Zentrums für Informationstechnik (Nr. 14) verwiesen.

9.8

Lehrmaterial

Die Fachhochschule bietet den Studierenden seit Jahren nach Möglichkeit eine auf die Ausbildung und die fachpraktischen Aufgaben der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zugeschnittene Literatur durch eigene Veröffentlichungen der Lehrkräfte an. Diese nahezu alle Lehrbereiche abdeckenden Veröffentlichungen werden zum Teil auf der Homepage der Fachhochschule präsentiert als

- Allgemeine Beiträge zu grundsätzlichen Status- und Entwicklungsfragen
- Aktuelle und archivierte Fachbeiträge mit Skripten, Aufsätzen, Rezensionen u.a.
- Neue Medien Reihe u. a. mit E-Learning-Programmen der Fachhochschule, DVD-Fallstudien aus der Rechtsantragsstelle, aktualisierte RASYS-Formularsammlung
- Im Jahre 1991 begonnene Schriftenreihe.

Diese Veröffentlichungen sind den Studierenden entweder unmittelbar als Download zugänglich oder sie werden ihnen als Skriptum oder Lehrbuch in Form eines Kopierexemplars für die jeweilige Studiengruppe zur Verfügung gestellt bzw. können käuflich erworben werden.

Darüber hinaus erhalten die Studierenden nach wie vor studienbegleitende Materialien, Übersichten, Aufbauschemata, Fallsammlungen und Muster-Übungsklausuren, die sie ggf. auch über die ILIAS-Lernplattform abrufen können.

Über einen ständigen Intranet-/Internet-Zugang können die Studierenden jederzeit die Möglichkeiten der juristischen Online-Recherche nutzen.

Wegen der Veröffentlichungen (Internet/Intranet und Printmedien) und der Schriftenreihe wird verwiesen auf das *Kapitel 15* und die *Anlage 5*.

9.9

Evaluation

Nach einem festgelegten Zeitplan wurden alle Lehrfächer studienbegleitend im Wege einer Datenerhebung und Datenauswertung über EVASYS mittels eines Papierfragebogens evaluiert. Die Evaluation findet bereits während der laufenden Lehrveranstaltungen statt, um den jeweiligen Lehrkräften Gelegenheit zur kurzfristigen Umset-

zung der Befragungsergebnisse zu geben. Nur die jeweils betroffene Lehrkraft erhält Kenntnis vom Ergebnis der Evaluation.

9.10

Abstimmung fachwissenschaftlicher und fachpraktischer Studienzeiten

Die Fachleiterinnen und Fachleiter des Fachbereichs Rechtspflege stehen im ständigen Kontakt und Erfahrungsaustausch mit der Ausbildungspraxis und den in den begleitenden Lehrveranstaltungen zur Praxisausbildung eingesetzten Lehrkräften. Mit diesen findet eine regelmäßige Rücksprache zur Abklärung des Abstimmungsbedarfs sowie ggf. zur Abgleichung und Anpassung der Lehrinhalte statt.

9.11

Fachausschuss Rechtspflegerausbildung

Im Jahresrhythmus und am jährlich wechselnden Ort einer Fachhochschule findet eine Sitzung von Vertreterinnen und Vertretern der Fachbereiche Rechtspflege aller deutschen Fachhochschulen für (Verwaltung und) Rechtspflege statt (Fachausschuss Rechtspflegerausbildung). Gastgeber der Tagung vom 26. bis 28. Mai 2014 war die Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege des Landes Baden-Württemberg. Als Vertreter der Fachhochschule hat der Sprecher des Fachbereichs Rechtspflege Prof. Dr. Schulte-Bunert an der Tagung teilgenommen.

Tagungsordnungspunkte waren:

- TOP 1 Aktuelle Entwicklungen an den Fachhochschulen/Fachbereichen
- TOP 2 Vergleich der fachpraktischen Studienabschnitte, insbesondere
 - a) Verzahnung der Theorie- und Praxisabschnitte (begleitende Lehrveranstaltungen?)
 - b) Bestellung eines Praxiskoordinators seitens der Hochschule
 - c) Bewertung und Zeugnisse für die fachpraktischen Studienabschnitte
- TOP 3 Verlängerung des Rechtspflegestudiums auf 8 Semester / 4 Jahre?
- TOP 4 Fortsetzung des Erfahrungsaustausches der Fachdozierenden
- TOP 5 Umgang mit Evaluationsergebnissen
- TOP 6 Ringtausch der Diplomklausuren

- TOP 7 Gewinnung von qualifizierten Studienanfängerinnen und -anfängern
- TOP 8 Änderung der Leistungsfähigkeit der Studierenden und ggf. erforderliche Reaktionen
- TOP 9 Umgang mit steigenden Studierendenzahlen, insbesondere Ausnutzung der Hörsaalkapazitäten
- TOP 10 Einsatz von IT-Fachanwendungen während des Studiums
- TOP 11 Umgang mit studentischen Fehlzeiten während des Studiums (insbesondere im unmittelbaren Umfeld von Klausuren)
- TOP 12 Ggf. Vertiefung des Vergleichs Studienpläne (Fortführung der Diskussion der letzten Sitzung)
- TOP 13 Sonstiges, insbesondere
- Nichtraucherchutz auf dem Campus
 - Übernahmechancen der Absolventinnen und Absolventen
 - Gemeinsame Sportveranstaltungen

9.12

Sonstiges

9.12.1

Hospitation von Lehrenden

Richter am Amtsgericht Dr. Roland Schlüter nahm im April 2014 an einer Kurzzeithospitation in Bordeaux und Paris teil.

9.12.2

Informationsveranstaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen

Wie in den Vorjahren fand auch im Jahr 2014 eine Informationsveranstaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen für die Studierenden des Studiums II statt, in denen die Besonderheiten dieser Gerichtsbarkeit und die sich daraus ergebenden besonderen Anforderungen an Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in den dortigen Berufsfeldern dargestellt wurde.

10.

Fachbereich Strafvollzug

10.1

Grundlagen des Studienbetriebs

Der Studienbetrieb im Jahr 2014 wurde in den fachwissenschaftlichen Studien I 2013/2014, I 2014/2015, II 2014 und III 2014 auf Grundlage der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen (VAPgVVD NRW) vom 19. April 2004 (GV.NRW.S.744), zuletzt geändert am 20. Juli 2013 (GV.NRW.S.450), sowie auf Basis der Studienordnung und den Studienplänen für den Studiengang Strafvollzug organisiert und durchgeführt.

10.2

Wahlpflichtveranstaltungen

Für interessierte Studierende des Studiums I ist erneut im Rahmen einer Wahllehrveranstaltung zum Thema „*Teilnehmende Beobachtung und Befragung des Miteinanderlebens und Miteinanderarbeitens der Bediensteten mit den Gefangenen im Zwangskontext einer Justizvollzugsanstalt*“ ein Besuch der Justizvollzugsanstalt Siegburg im April 2014 organisiert worden. Die Studierenden wurden auf die Thematik des Besuchs im Rahmen einer Lehrveranstaltung theoretisch vorbereitet. Dabei hatten sie sich mit der Justizvollzugsanstalt als totale Institution, Reaktanz als Reaktion auf den Freiheitsentzug sowie mit der Arbeit im Zwangskontext befasst. So vorbereitet, wurden sie am Tag des Besuchs in Gruppen aufgeteilt und den verschiedenen Vollzugsbereichen zugewiesen. In diesen Gruppen hatten sie dann vor Ort die Gelegenheit, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Dienste sowie untereinander zu diskutieren. Die nach der Veranstaltung gestaltete gemeinsame Reflexion des Erlebten ermöglichte den Studierenden, neue Denkanstöße in Bezug auf ihre künftige Tätigkeit im Zwangskontext des Strafvollzuges zu finden.

Als weitere Wahlpflichtveranstaltung ist den Studierenden auch in 2014 die Möglichkeit geboten worden, im Rahmen der Bearbeitung einer Excel-basierten Fallstudie zur Kostenrechnung die Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Produktpreiskalkulation

in Verbindung mit der Aneignung von grundlegenden IT-Kenntnissen von MS-Excel[®] anwendungsorientiert zu vertiefen.

10.3

Übungen

Wie in den Vorjahren wurden auch 2014 von den Lehrkräften Übungen zur Wiederholung und Vertiefung des Lehrstoffes sowie Gruppen- und Einzelgespräche zu unterschiedlichen Themen angeboten.

10.4

Praxisbegleitende Lehrveranstaltungen

Im Jahr 2014 sind in zeitlichem und sachlich-thematischem Zusammenhang zu den Inhalten der praktischen Ausbildungsabschnitte praxisbegleitende Lehrveranstaltungen durchgeführt worden. Hierfür konnten bezüglich aller Fachgebiete auch Referentinnen und Referenten aus der Praxis, in der Regel aus den großen Ausbildungsanstalten, aber auch aus anderen Landesbehörden, gewonnen werden. Die Zusammenarbeit der Lehrkräfte der Fachhochschule mit den externen Fachkräften sowie die in diesem Zusammenhang praktizierte inhaltliche Abstimmung hat sich erneut gut bewährt.

In der fachpraktischen Ausbildung I zwischen den fachwissenschaftlichen Studiengängen I und II) haben 120 Lehrveranstaltungen (einschließlich vier zweistündiger Leistungskontrollen) in fünf Wochenblöcken zu folgenden Themenschwerpunkten stattgefunden:

- Sicherheit
- Vollstreckungsangelegenheiten, Datenverarbeitung / Datenschutz
- EPOS.NRW, Produktionssteuerung, Preisbildung
- Investitionshaushalt und Baumaßnahmen / Sozialversicherungsrecht / Unfallschutz
- Korruptionsprävention / Kassenaufsicht / Umweltschutz in Betrieben

Die Begleitveranstaltungen zur fachpraktischen Ausbildung II zwischen den fachwissenschaftlichen Studiengängen II und III haben ebenfalls fünf Wochenblöcke mit ins-

gesamt 120 Lehrveranstaltungsstunden (einschl. vier zweistündiger Leistungskontrollen) umfasst. Es sind die folgenden Themen behandelt worden:

- Führungskommunikation / Organisation einer Vollzugsabteilung
- Vollzugslockerungen / Beschwerden und Anträge
- Vollzugs- und Behandlungsmaßnahmen /Eignungsprognose und Krisenintervention / Medizinische Behandlung der Gefangenen
- Personalhaushalt und Gesundheitsmanagement
- Dienstliche Beurteilungen / Stellenbeschreibung und –bewertung / Disziplinarangelegenheiten

10.5

Studienbegleitende Lehrveranstaltungen

Dr. Martin Kessen, Richter am Oberlandesgericht Köln und derzeit an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe abgeordnet, referierte am 30. März 2014 über die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts mit besonderem Blick auf den Strafvollzug. Richter am Oberlandesgericht Dr. Kessen ist im zweiten Senat (Revisionen in Strafsachen, Strafrecht, Haftbeschwerden u.a.) als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Nach dem Vortrag nutzten Lehrende wie Studierende rege die Möglichkeit zum Gespräch mit dem Referenten.

Am 26. März 2014 hielt Prof. Dr. Frank Neubacher, Direktor des kriminologischen Institut der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, vor Lehrenden und Studierenden einen Vortrag zum Thema „Gewalt unter jungen Gefangenen“. Im Vordergrund standen die Ergebnisse eines kriminologischen Forschungsprojektes, durchgeführt in der Zeit von Mai 2011 bis Februar 2012 vor allem in Form von Befragungen junger Gefangener der Justizvollzugsanstalten Ichttershausen / Weimar (Thüringen) sowie Heinsberg und Herford (Nordrhein-Westfalen).

Die Veranstaltung wurde im Studienfach Kriminologie mit den Studierenden des Fachbereichs vor- und nachbereitet.

10.6

Informationstechnik

Die Studierenden verfügen inzwischen durchweg über solide Grundkenntnisse, teilweise sogar über gute bis ausgezeichnete Kenntnisse der Standard-Office-Software. Es bestand im Berichtszeitraum Gelegenheit, dieses Wissen zu vertiefen und Kenntnisse in den einschlägigen Fachanwendungen zu erlangen bzw. zu erweitern

10.7

Evaluation

Die Lehrveranstaltungen im Fachbereich Strafvollzug werden seit In-Kraft-Treten der Evaluationsordnung in einem festgelegten Zeitplan studienbegleitend unter Einsatz des Evaluationsprogramms EvaSys evaluiert.

Den Studierenden wurden auch im Berichtszeitraum Fragebögen in Papierform ausgehändigt, die sie ausfüllten. Die Auswertung der Fragebögen erfolgte elektronisch. Die Ergebnisse wurden (ausschließlich) der jeweils betroffenen Lehrkraft zugeleitet. Die Evaluation fand etwa nach Ablauf der Hälfte der Laufzeit des Lehrfaches statt, um den Lehrkräften Gelegenheit zu geben, die Ergebnisse der Evaluation ggf. kurzfristig in den noch verbleibenden Lehrveranstaltungen umzusetzen.

Unabhängig davon haben offene Evaluationsgespräche zwischen den für die Evaluation im Fachbereich zuständigen Lehrenden und den Studierenden zu verschiedenen Aspekten stattgefunden. Die Erkenntnisse aus der studentischen Lehrveranstaltungskritik sowie aus den Evaluationsgesprächen sind in die regelmäßig stattfindenden Beratungen des Fachbereichs eingeflossen.

10.8

Sonstiges

Am 23. und 24. April 2014 tagten die *Mitglieder des beim niedersächsischen Justizministerium gebildeten Prüfungsausschusses für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst* – wie bereits verschiedentlich in den Vorjahren – in der Fachhochschule.

Die Landesvereinigung des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes e. V. richtete am 22. August 2014 in der Aula der Fachhochschule für Rechtspflege

Nordrhein-Westfalen ihre Jubiläumsveranstaltung zu ihrem 25jährigen Bestehen aus. Mitglieder des Fachbereichs Strafvollzug begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und nutzten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

11.

Amtsanwaltsausbildung

11.1

Grundlagen des Studienbetriebs

Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, die Freie Hansestadt Bremen, die Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben durch Staatsvertrag einen gemeinsamen Studiengang für den Amtsanwaltsdienst eingerichtet und für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung in Nordrhein-Westfalen ein Gemeinsames Prüfungsamt errichtet. Das Land Nordrhein-Westfalen führt seit jeher den gemeinsamen Studiengang durch.

Grundlagen der Amtsanwaltsausbildung sind die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie ein Lehrplan, der mit allen an der Ausbildung beteiligten Bundesländern abgestimmt ist. Hiernach beginnt das fachwissenschaftliche Studium I am 1. Januar und endet am 30. April eines jeden Jahres. Das Studium II beginnt am 1. Februar des Folgejahres und mündet Ende März desselben Jahres in den schriftlichen Teil des Examens, der aus vier Aufsichtsarbeiten besteht.

Das fachwissenschaftliche Studium I ist im Jahr 2014 von 46 Studierenden aufgenommen worden. Das Studium II haben im Jahr 2014 insgesamt 33 Studierende absolviert.

11.2

Lehrplan

Der Lehrplan sieht im Studium I 183 Lehrveranstaltungsstunden im materiellen Strafrecht, 84 Lehrveranstaltungsstunden im Straßenverkehrsrecht und 123 Lehrveranstaltungsstunden im Strafprozessrecht vor. Außerdem haben die Studierenden in diesem Ausbildungsabschnitt fünf Aufsichtsarbeiten zu schreiben. Im Studium II werden – vor allem zur Wiederholung und Vertiefung – noch einmal 70 Lehrveranstaltungsstunden im materiellen Strafrecht, 40 Lehrveranstaltungsstunden im Straßenver-

kehrrecht und ebenfalls 40 Lehrveranstaltungsstunden im Strafprozessrecht erteilt. In diesem Studienabschnitt müssen die Studierenden drei Aufsichtsarbeiten schreiben.

11.3

Studienbegleitende Veranstaltungen

Das fachwissenschaftliche Studium I ist im Jahr 2014 ergänzt worden durch folgende studienbegleitende Veranstaltungen:

- 6 Stunden Vernehmungslehre (Regierungsdirektorin Nolte-Gehlen)
- Vortrag „Alkohol im Straßenverkehr aus der Sicht des Gerichtsmediziners“ (Referent Dr. med. Gabriel, Institut für Rechtsmedizin der Universität Düsseldorf)
- Teilnahme an einer Strafrichtersitzung bei einem Amtsgericht
- Vorbereitungskurs „Aktenvorträge“
- Besuch der DEKRA Bonn
- Vortrag „Waffenrecht“ (Justizoberamtsrat Coenen)

11.4

Lehrmaterial

Die Aushändigung von Skripten und Lehrmaterial erfolgt durch die einzelnen Lehrkräfte selbst. Die Aktualisierung der Skripte trägt Gesetzesnovellierungen, neuen Gerichtsentscheidungen oder neuen didaktischen Erkenntnissen Rechnung.

11.5

Erfahrungen und Prüfungsergebnisse

Die Erfahrungen mit dem seit 2007 geltenden Ausbildungsrecht sind weiterhin positiv; die Ausbildungsstruktur ist angemessen, die Lehrinhalte sind ausgewogen. Die Studierenden waren wie in den Vorjahren hoch motiviert und leistungsstark, was sich nicht zuletzt in den Prüfungsergebnissen widerspiegelt: Alle Studierende haben das Amtsanwaltsexamen 2014 bestanden, davon knapp 60 Prozent mit einer Prädikatsnote. Wegen der Ergebnisse im Einzelnen wird auf *Kapitel 12* Bezug genommen.

12.

Prüfungsergebnisse, Diplomierungsfeier

12.1

Prüfungsergebnisse

Im Jahr 2014 haben im Fachbereich Rechtspflege 163 von 174 Studierenden, im Fachbereich Strafvollzug alle 20 Studierenden und in der Amtsanwaltsausbildung alle 33 Amtsanwaltsanwärterinnen und –anwärter das Examen bestanden. Im Einzelnen stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar:

Rechtspflegerexamen 2014		
	Personen	Prozent
sehr gut	9	5,17 %
gut	16	9,20 %
vollbefriedigend	66	37,93 %
befriedigend	46	26,44 %
ausreichend	26	14,94 %
nicht bestanden	11	6,32 %
Gesamt	174	100,00 %

Strafvollzugsexamen 2014		
	Personen	Prozent
sehr gut	0	0 %
gut	8	21,05 %
vollbefriedigend	10	26,32 %
befriedigend	19	50,00 %
ausreichend	1	2,63 %
nicht bestanden	0	0 %
Gesamt	38	100 %

Amtsanwaltsexamen 2014		
Note	Personen	Prozent
sehr gut	0	0,00 %
gut	4	12,12 %
vollbefriedigend	16	48,49 %
befriedigend	12	36,36 %
ausreichend	1	3,03 %
nicht bestanden	0	0,00 %
Gesamtergebnis	33	100,00%

12.2

Diplomierungsfeier

Den Absolventinnen und Absolventen der Studiengänge Rechtspflege und Strafvollzug, die im Jahr 2014 die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt hatten, wurden am 27. November 2014 im Rahmen einer Feierstunde in der Heinz-Gerlach-Halle in Bad Münstereifel ihre Diplommurkunden ausgehändigt.

Programm

Diplomierungsveranstaltung
der Fachhochschule für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen
27. November 2014

Eröffnung

„As wonderful (Gershwin)“
Andreas Orwat und Begleitung

Begrüßung

Direktor
der Fachhochschule für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin Limbach

Grußwort

Bürgermeister
der Stadt Bad Münstereifel
Alexander Büttner

Ansprache

Staatssekretär im Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Karl-Heinz Krens

Grußworte

Jessica Ufken

Fachbereich Rechtspflege

Markus Bäumken

Fachbereich Strafvollzug

„They can´t take that away from me“
Andreas Orwat und Begleitung

Aushändigung der Urkunden

Bestenehrung

Vorsitzender des Vereins der Freunde und
Förderer der Fachhochschule für
Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.
Prof. Dr. Christoph Neukirchen

Ausklang

„What a difference a day made“
Andreas Orwat und Begleitung

Den Festvortrag hielt im Rahmen dieser Veranstaltung Herr Staatssekretär im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Karl-Heinz Krems.

Der Vortrag ist als Anlage 3 beigefügt.

(Jessica Ufken)

(Markus Bäumker)

Diplom-Rechtspfleger Tobias Beuker, Diplom-Rechtspfleger Stephan Florenz, Diplom-Rechtspflegerin Kathrin Gierthmühlen, Diplom-Rechtspflegerin Jane Grieß, Diplom-Rechtspflegerin Eva Happe, Diplom-Rechtspflegerin Verena Hensen, Diplom-Rechtspflegerin Eva Kintrup, Diplom-Rechtspflegerin Tanja Leesch und Diplom-Rechtspflegerin Nele Motzek, die ihre Prüfung mit der Note „sehr gut“ abgeschlossen hatten, wurden von dem Vorsitzenden des „Vereins der Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen“, Professor Dr. Neukirchen, mit einem Präsent ausgezeichnet.

Im Anschluss an die Diplomierungsfeier fand ein Fest in den Räumen der Fachhochschule statt.

13.

Zentrum für Betriebswirtschaft

Im Jahr 2000 wurde das Zentrum für Betriebswirtschaft (ZfB) an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein Westfalen (FHR NRW) eingerichtet. Es führt Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen für den Fachbereich Rechtspflege und den Fachbereich Strafvollzug durch und unterstützt die Justiz NRW bei besonderen Projekten. Das ZfB wird seit seiner Gründung von Prof. Dr. André Tauberger geleitet. Darüber hinaus gehören Prof. Dr. Frederik Roentgen und Oberregierungsrat Michael Birx dem ZfB an.

13.1

Aus- und Fortbildung

Im oben genannten Berichtszeitraum führte das ZfB zwei Modullehrgänge für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger mit mehrjähriger Berufserfahrung durch.

Der Modullehrgang „Organisation und Organisationsentwicklung“ richtete sich an Beamte des nichttechnischen gehobenen Dienstes, die für ihre gegenwärtige oder zukünftige Tätigkeit im Bereich der Justizverwaltung grundlegende und fundierte Kenntnisse der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der Entwicklung von Organisationen benötigen. Der Lehrgang wurde vom ZfB in den Räumen des Tagungshauses der Fachhochschule im Zeitraum vom 2. Juni 2014 bis 18. Juni 2014 durchgeführt. Leitung und Durchführung lagen, wie in den Vorjahren, bei Prof. Dr. André Tauberger. Dabei kamen die in der Vergangenheit erprobten und bewährten didaktischen Instrumente zum Einsatz. Die vom Dozenten angeleitete selbständige Bearbeitung von Übungsaufgaben und Fallstudien in Form von Einzel- und Gruppenübungen hat sich ebenso bewährt, wie die intensive Betreuung der Teilnehmer durch Lehrgespräche. Mit Hilfe von Kurzreferaten und Präsentationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde das Verständnis des vermittelten Lehrstoffs überprüft und seine Internalisierung verbessert. Darüber hinaus wurden wichtige kommunikative Fähigkeiten der Lehrgangsteilnehmerinnen und –teilnehmer geübt und erweitert.

Der Modullehrgang „Organisation und Organisationsentwicklung“ wurde durch eine Einführung in die Anwendung der Tabellenkalkulationssoftware Microsoft-Excel angereichert. Zielsetzung dieser Ergänzung ist die Vermittlung anwendungsspezifischer

schen Wissens über den Einsatz und die Handhabung von Software zur Lösungsunterstützung und Ergebnispräsentation, der im Modullehrgang behandelten betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.

Von den 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern kamen 73% aus Nordrhein-Westfalen und 27% aus anderen Bundesländern (Sachsen-Anhalt 9%, Mecklenburg-Vorpommern 9%, Hamburg 4,5 % und Niedersachsen 4,5%). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus dem Justizministerium NRW, aus den Generalstaatsanwaltschaften, aus Oberlandes-, Land- und Amtsgerichten, sowie aus Sozialgerichten und Arbeitsgerichten. Die abschließend durchgeführte Lehrgangsevaluation zeigte sehr gute Ergebnisse.

Zur Unterstützung der Reformprozesse im Haushalts- und Rechnungswesen in der Justizverwaltung des Landes NRW konzipierte das ZfB den dreiteiligen Modullehrgang EPOS.NRW. Der erste Teil basiert auf dem bisherigen Modullehrgang Haushalt und Budget. Er wurde, zielorientiert gekürzt und inhaltlich modifiziert, als EPOS.NRW I – Grundlagen des Haushaltsrechts – mit einer Dauer von 5 Fortbildungstagen und 2 zusätzlichen fakultativen Fortbildungstagen für die Grundlagen von MS-Excel angeboten. Der zweite Teil wurde auf der Grundlage des bisherigen Modullehrgangs KLR und Controlling entwickelt. EPOS.NRW II – Grundlagen der Kostenrechnung und des Controlling – stellt mit 15 Fortbildungstagen den Hauptteil der EPOS-Reihe dar. Der dritte Teil, EPOS.NRW III – Grundlagen der doppelten Buchführung und der handelsrechtlichen Bilanzierung – löst die bisherigen Fortbildungsveranstaltungen im externen Rechnungswesen „Bilanzen lesen und verstehen I und II“ ab, und wird erstmalig im Frühjahr 2015 angeboten.

Das ZfB führte den Modullehrgang EPOS.NRW II – Grundlagen der Kostenrechnung und des Controlling - für Beamte des nichttechnischen gehobenen Dienstes erstmalig im Zeitraum vom 1. September 2014 bis 19. September 2014 durch. Für den sachgerechten Umgang mit Produkthaushalten benötigen die Verwaltungsmitarbeiter elementare Kenntnisse der Methoden und Inhalte der Kostenrechnung sowie erste Grundlagen in den Instrumenten des Controllings. Ziel des Modullehrgangs EPOS.NRW II war daher die Vermittlung der Grundlagen und der Anwendung von Methoden der Voll- und der Teilkostenrechnung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen das Instrumentarium der Kostenrechnung sicher einsetzen können. Sie

kennen den Informationsgehalt von Kostenrechnungen sowie deren Grenzen und können diese Überlegungen auf die Justizverwaltung anwenden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen die Bedeutung des Controllings und seiner Aufgaben in der Verwaltung kennen. Sie können den Ablauf eines Controllingprozesses präzise beschreiben und haben ein grundlegendes Verständnis für die Phasen des Controlling. Darüber hinaus kennen sie die Einflussfaktoren auf die Controlling-Organisation, haben die Möglichkeiten für die organisatorische Anbindung einer Controllingstelle verstanden und überblicken die Anforderungen an einen Controller. Dabei flossen die Inhalte der Grundsatzentscheidungen zum Projekt EPOS und die bisherigen Erfahrungen aus der Umsetzung in der Justizverwaltung in die Wissensvermittlung ein, um die Verzahnung zur bevorstehenden EPOS-Implementierung sicherzustellen. Das betriebswirtschaftliche Know-how wurde durch Lehrgespräche und Vorträge in den Vormittagsstunden vermittelt. Diese Lehrinhalte wurden durch Einzel- und Gruppenübungen, Fallstudienbearbeitungen, Präsentationsvorbereitungen und selbständige Nachbearbeitungen in den Nachmittagsstunden internalisiert. Darüber hinaus wurde die Anwendung von MS-Excel zur Bearbeitung kostenrechnerischer Fragestellungen und zur Ergebnisdarstellung in Nachmittagsveranstaltungen gezeigt und trainiert. Der Modullehrgang wurde in den Räumen des Tagungshauses der Fachhochschule von Prof. Dr. André Tauberger und Oberregierungsrat Michael Birx durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zum größten Teil aus Nordrhein-Westfalen (75%) und zu 25% aus anderen Bundesländern (Sachsen-Anhalt 20% und Hamburg 5%). Sie kamen aus Ministerien, Oberlandesgerichten, Landgerichten, Amtsgerichten, Arbeits- und Verwaltungsgerichten sowie Generalstaatsanwaltschaften. Die abschließenden sehr guten Evaluationsergebnisse zeigten, dass das ZfB mit dem Modullehrgang einen Beitrag für das Gelingen der Reformvorhaben in der Justizverwaltung leistet und dies von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrgenommen wird.

Im Zeitraum vom 7. April 2014 bis 9. April 2014 und vom 14. Mai 2014 bis 16. Mai 2015 führte das ZfB die Tagungen „Bilanzen lesen und verstehen I und II“ durch. Die Aufteilung der Tagung auf zwei dreitägige Veranstaltungen wurde aufgrund der Stofffülle von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv beurteilt. Im vierwöchigen

Zeitraum zwischen den Veranstaltungen konnte sich das Wissen setzen, notwendige Reflektionen und Ergänzungsarbeiten durchgeführt werden.

Durch das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) vom 7. Dezember 2011 wurde das deutsche Insolvenzrecht reformiert. Es soll die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Sanierung Not leidender Unternehmen verbessern. Diese Reform hatte auch Auswirkungen auf das deutsche Rechtspflegergesetz, das daraufhin um die Anforderungen an Insolvenzrechtspfleger konkretisiert wurde. Nach § 18 Abs. 4 RPfIG n.F. hat der Rechtspfleger in Insolvenz-sachen u.a. über belegbare Kenntnisse des Rechnungswesens zu verfügen. Das ZfB hat die im Berichtszeitraum stattfindenden Fortbildungen für Insolvenzrechtspfleger (ESUG-Modul) durch zweitägige Veranstaltungen im externen Rechnungswesen unterstützt.

Über die genannten Fortbildungsveranstaltungen hinaus führte das Zentrum für Betriebswirtschaft diverse Lehrveranstaltungen in den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug durch.

Es unterrichtete insgesamt sieben Studiengruppen im Studium II des Fachbereichs Rechtspflege im Fach Wirtschafts- und Bilanzkunde. Diese Lehrtätigkeit erstreckte sich vom 30. September 2014 bis zum 05. Dezember 2014 und wurde am 10. Dezember 2014 durch einen vom ZfB erstellten Leistungstest abgeschlossen. Das Zentrum für Betriebswirtschaft hat derzeit die Fachleitung im Fach Wirtschafts- und Bilanzkunde. Den Lehrveranstaltungen im Fach Wirtschafts- und Bilanzkunde gingen umfangreiche Vorarbeiten durch eine Revision und Überarbeitung des Studienmaterials voraus.

Im Fachbereich Strafvollzug wurden die Lehrveranstaltungen im Fach Betriebswirtschaftslehre im fachwissenschaftlichen Studium I, II und III vom Zentrum für Betriebswirtschaft, im Wesentlichen von Prof. Dr. Frederik Roentgen und Oberregierungsrat Michael Birx, durchgeführt. Außerdem wurden praxisbegleitende Lehrveranstaltungen während des fachpraktischen Studienabschnitts I im Fachbereich Strafvollzug zum Thema „Produktionsmanagement“ und „Preisbildung in Eigenbetrieben“ durchgeführt. Das „Studienobjekt Organisation“ im Studium II wurde vom Zentrum für Betriebswirtschaft durch die Übernahme der Unterrichtseinheit „Controlling“ durch

Prof. Dr. André Tauberger unterstützt. Die Veranstaltungsevaluationen im Strafvollzug zeigten auch in dieser Berichtsperiode gute Ergebnisse. Im Rahmen seiner Lehrtätigkeit war Prof. Dr. Frederik Roentgen als Prüfer während der Laufbahnprüfung für den gVVD für das LJPA Düsseldorf tätig.

Das ZfB war im Berichtszeitraum im Senat der FHR NRW, in der Personalkommission des Senats der FHR NRW und in der Evaluierungskommission des Senats der FHR NRW vertreten und stellte mit Herrn Prof. Dr. Frederik Roentgen bis zur Neukonstituierung des Fachbereichsrats am 17. Dezember 2014 den Sprecher des Fachbereichs Strafvollzug.

Das Zentrum für Betriebswirtschaft veröffentlichte im letzten Jahr den ersten Teil einer dreiteiligen Reihe mit dem Titel „Bilanzen lesen und verstehen – Teil 1: Grundzüge der Finanzbuchhaltung“ in der hochschulinternen Schriftenreihe der FHR. Die Reihe wird von Prof. Dr. André Tauberger fortgesetzt. Die Fertigstellung des zweiten Teils „Bilanzen lesen und verstehen – Teil 2: Grundzüge der Bilanzierung nach HGB ist im Jahr 2015 geplant.

14.

Zentrum für Informationstechnik

14.1

IT und Lehre

An der Fachhochschule für Rechtspflege besteht unter Leitung von Regierungsrat Andreas Dormann ein Zentrum für Informationstechnik. Zu den Aufgaben dieses Zentrums gehören neben der Koordination der nachfolgend im Einzelnen dargestellten Bereiche und der Mitwirkung im IT-Ausschuss bei dem Justizministerium Nordrhein-Westfalen umfangreiche Aufgaben im Bereich „IT und Lehre“, nämlich

- die Integration von IT in den Lehrbetrieb
- die Berücksichtigung von Anforderungen der Lehre an die IT
- die Qualifizierung der Lehrenden im Bereich Mediendidaktik
- sowie die Pflege der „Neue Medien Reihe“ der Fachhochschule

Im Jahr 2014 ist als besondere Tätigkeit im Bereich der „Integration von IT in den Lehrbetrieb“ u.a. die Planung und Organisation von Begleitkursen zum IT- und Medieneinsatz.

Es wurde eine Arbeitsgruppe „Modernisierung der Lehrsäle“ gebildet, die unter Berücksichtigung aktueller (medien-)didaktischer Anforderungen ein zeitgemäßes Ausstattungs- und Betriebskonzept für IT im Lehrbetrieb erarbeitet. Als erstes Ergebnis wurde der Bedarf nach einem Wireless Local Area Network (WLAN) formuliert, das bestehende Nachteile der kabelbasierten IT-Infrastruktur beseitigen und neue flexible Nutzungsmöglichkeiten von IT in der Lehre erschließen helfen soll. Die Pilotierung eines WLAN mit Anbindung an das Landesverwaltungsnetz ist im kommenden Jahr in Kooperation mit dem Technischen Betriebszentrum beabsichtigt.

14.2

E-Learning

14.2.1

Bundesarbeitsgemeinschaft „E-Learning an den Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst“ in Deutschland

Die Fachhochschule ist Mitglied der „Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland“ (BAG E-Learning), einem Kooperationsverbund, der sich die Modernisierung und multimediale Erweiterung der Lehre zum Ziel gesetzt hat. Sprecher der BAG E-Learning ist Regierungsrat Andreas Dormann.

Die BAG betreibt eine gemeinsame Lernplattform und unterstützt verschiedenste Aktivitäten im Bereich des elektronisch gestützten Lernens an mehr als 20 Fachhochschulen der Länder und des Bundes. Dazu zählt mittlerweile auch eigenentwickelte Lernsoftware zu den Bereichen Finanzen, Polizei, Recht, Steuern und Verwaltung.

Ein von BAG-Mitgliedern mitentwickeltes Lernprogramm zur Mehrwertsteuer-Richtlinie wurde im Rahmen eines Projekts der EU-Kommission inzwischen in fünf Sprachen übersetzt und steht nicht nur allen europäischen Steuerverwaltungen, sondern jedem Bürger in der EU zur Verfügung.

Im Februar 2014 traf sich der Ständige Ausschuss der BAG E-Learning am Rande der Learntec, der internationalen Fachmesse für Lernen mit IT in Karlsruhe, zu einer Arbeitssitzung, bei der u.a. die Reorganisation des Finanzmanagements auf der Tagesordnung stand. Ab 2015 soll die Verwaltung der Finanzen von der Fachhochschule für Rechtspflege NRW – bedingt durch deren Umstieg auf EPOS.NRW – an die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Schleswig- Holstein abgegeben werden.

V.l.n.r.: BAG-Sprecher Andreas Dormann (FHR NRW), die weiteren Mitglieder: Prof. Dr. Werner Steffen (HFPV Hessen), Martin Teufel (FHVR Bayern) und Renate Meißner (StAk Niedersachsen) im Dialog mit Dr. Norbert Bromberger und Julia Probst, beide von der Qualitus GmbH, einer langjährigen Kooperationspartnerin der BAG E-Learning

Vom 2. bis 4. Juni 2014 fand in Rotenburg an der Fulda die 14. Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning statt. Auf dem Programm stand neben dem Erfahrungsaustausch die Produktion von eBooks, das Konferenzsystem VITERO, die Vorstellung neuer Autorentools sowie die Budget-, Fortbildungs- und weitere Terminplanung 2014.

Im Spätsommer hat die BAG – unterstützt von Mitarbeitern der Fachhochschule für Rechtspflege NRW – eine Umfrage zur IT- und Medienausstattung sowie zur Nut-

zung der Lehrsäle an den Fachhochschulen im öffentlichen Dienst durchgeführt. Teilgenommen haben 32 Fachhochschulen, deren Antworten derzeit ausgewertet werden. Das Ergebnis soll der Rektorenkonferenz im Frühjahr 2015 vorgestellt werden.

Weitere Informationen über die Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning finden Sie auf deren Homepage unter www.fhoed.de. ↗

14.2.2

E-Learning an der Fachhochschule

Die Lehrenden der Fachhochschule nutzen zunehmend die Lernplattform ILIAS zur Bereitstellung von Lehrmaterialien in elektronischer Form. Für die neuen Lehrkräfte wurden im Berichtsjahr eine Reihe von Schulungen zum Umgang mit der Lernplattform durchgeführt.

Umfangreichere E-Learning-Programme publiziert die Fachhochschule über die **Neue Medien Reihe** (www.fhr.nrw.de/neue-medien-reihe).

14.2.3

EU-Kooperation

Die Bundesarbeitsgemeinschaft pflegt seit 2004 eine Kooperation mit der Bundesfinanzakademie Österreichs, die sich seit vielen Jahren intensiv im Bereich E-Learning engagiert.

14.3

Homepages

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen unterhält eine Homepage unter der Adresse www.fhr.nrw.de. Für deren Aktualisierung und Pflege ist Justizamtman Kai Achenbach als Webmaster verantwortlich.

Der Bereich „Campusleben“ (www.fhr.nrw.de/behoerde/campusleben/index.php), in dem Studierende selbst Informationen für ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen sowie etwaige künftige Studierende bereitstellen, wird im ersten Halbjahr eines jeden Jahres regelmäßig von Studierenden der Fachhochschule für Rechtspflege im Rah-

men einer Arbeitsgemeinschaft gepflegt und aktualisiert. Durch die Teilnahme an dieser Arbeitsgemeinschaft erlangen die Studierenden zudem die Zusatzqualifikation „Webmaster Justiz Nordrhein-Westfalen“.

Ausweislich der Web-Statistik der Justiz Nordrhein-Westfalen wurde die Homepage der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 durchschnittlich über 15.000 Mal je Monat besucht; das sind fast 500 Besuche je Tag.

14.4

Websites der Gerichte und Behörden

Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Fachhochschule für Rechtspflege NRW im Rahmen des Projekts JUSTIZ-ONLINE mit der Durchführung des Teilprojekts "Websites der Gerichte und Behörden" beauftragt.

Inhalt dieses Auftrags ist die Erstellung von Internet- und Intranetauftritten für die ca. 300 Justizeinrichtungen des Landes. Hierzu gehören insbesondere die Koordination aller Entwicklungen sowie die Unterstützung der einzelnen Einrichtungen.

Leiter des Projekts ist Justizoberamtsrat Thomas Schmidt.

Umfasst werden insbesondere folgende Aufgaben:

- Aufstellung /Schulung eines Multiplikatorenteams (ca. 30 Webmultiplikatoren), dass die Behörden und Gerichte bei der Entwicklung eigener Auftritte betreut;
- Organisation und Durchführung der Schulungen für die Mitarbeitenden der Behörden (ca. 300 Webbetreuer);
- Umstellung der bestehenden Webauftritte auf ein zeitgemäßes, barrierefreies Webdesign mit einem Content-Management-System
- Koordination und Durchführung des Freigabeverfahrens für fertiggestellte Auftritte
- Koordination des Einsatzes der Multiplikatoren;
- Koordination der Fortentwicklung der Auftritte durch Erstellung von Pilotauftritten;
- Beratung der Multiplikatoren und Gerichte bei fachlichen Fragen;

- Unterstützung bei der Bereitstellung von IT-Schulungsräumen, in die sich die Behörden einbuchen können um die Webauftritte konzentriert erstellen. Hierzu gehört ggf. auch die vor Ort Betreuung dieser Behörden.
- Qualitätssicherung der bestehenden Web-Auftritte durch Aufbau und Koordination einer Qualitätssicherungsgruppe
- Pflege und Aktualisierung eines Wiedereinsteigerportals (Bez.: Justiz-Intern) zur Erleichterung des Wiedereinstiegs nach einer Freistellungsphase

Umstellungsanträge bestehender Websites (bzw. Neuanträge):

(Hinweis: in 2012 wurde mit der Umstellung aller vorhandenen Internetauftritte auf einen neuen Prototypen begonnen. Jede Einrichtung muss das Antragsverfahren daher erneut durchlaufen. Für die Intranetauftritte ergibt sich diese Änderung erst ab Ende 2014).

Auftritte insgesamt (beauftragt + fertiggestellt)

- Intranetauftritte: 2014 - 146 2013 - 146 2012 - 146
- Internetauftritte: 2014 - 285 2013 - 279 2012 - 159

Fertiggestellt sind davon:

- Intranetauftritte: 2014 – 79 2013 - 78 2012 - 75
- Internetauftritte: **2014 – 197** **2013 - 93** 2012 - 13

14.4.1

Webbetreuer-Schulungen

Webbetreuer-Grundlagen / Umstellung auf das CMS“ wurden nach Bedarf auf Wunsch der Mittelbehörden durchgeführt.

Hinzu kommen Aufbau-Workshops für fortgeschrittene Webbetreuer mit den Themenschwerpunkten Programmierung und Grafikbearbeitung.

14.4.2

Qualitätssicherung

Es wurde ein zweitägiger Qualitätssicherungsworkshop mit den Multiplikatoren organisiert und geleitet. Hierbei wurden die CMS-Internetauftritte der Justizeinrichtungen

überprüft. Hinzugetreten sind auch die Intranet-Auftritte der Verfahrenspflegestellen und der Bezirksinfodienste. Der Umfang der Prüfungen ist inzwischen soweit gestiegen, dass nur noch eine selektierte Prüfung durchgeführt werden kann.

14.4.3

Umsetzungsworkshop / Bereitschaft für Fragen

Die Behörden werden bei der Umstellung betreut. Derartige Workshops werden auf Anforderung durchgeführt und von der FH organisiert und ggf. auch durchgeführt.

14.4.4

Der neue Prototyp Haus-Internet

Inzwischen befinden sich alle betroffenen Einrichtungen NRW's in der Umstellungsphase. Die Umstellungsphase dauert derzeit durchschnittlich 13 Monate. Im Berichtszeitraum haben 103 weitere Behörden die Umstellung abgeschlossen. Diese Aufgabe soll in 2015 abgeschlossen werden. Es wird einen entsprechenden Erlass des JM hierzu geben. Damit wird diese Phase abgeschlossen sein.

14.4.5

Der neue Prototyp Haus-Intranet

Im Anschluss an den Prototypen für die Internets ist Ende 2014 das neue Hausintranet der Justizeinrichtungen fertiggestellt und pilotiert worden. Es wurde zum 31. Dezember 2014 bereits bei vier Einrichtungen eingesetzt. Die Einführungsphase hat bereits zu positiven Ergebnissen geführt. Das neue Hausintranet wird von den Benutzern erfreulich gut angenommen. Dies vor allem auch wegen der neuen Funktionalitäten und der optischen Integration in das Landesintranet. Auf Seiten der Webbetreuer bringt das neue Hausintranet durch zahlreiche Automatismen erhebliche Arbeitserleichterungen.

14.4.6

Studierende als Webmaster

Zum siebten Mal wurde für die Studierenden der FHR ein freiwilliger 24-stündiger Kurs „Webmaster der Justiz“ angeboten, der sich zunehmend großer Beliebtheit erfreut. 2014 opferten 34 Studierende ihre Freizeit für diese Fortbildungsmaßnahme.

Hierdurch haben sie die Befähigung zu einer Mitarbeit bei den diversen Projekten von Justiz-Online und zur Pflege der Webauftritte der Justiz Nordrhein-Westfalens erlangt. Vermittelt wurden Kenntnisse in HTML, CSS und vor allen Dingen die Handhabung der in der Justiz im Einsatz befindlichen Werkzeuge zur Erstellung und Pflege der Websites. Die Studierenden werden beispielsweise bei der Pflege des Wiedereinsteigerbereichs in Justiz-Intern ihre Kenntnisse für die Justiz einsetzen.

Studenten-Webmaster 2014 bei der Urkundenübergabe durch die stellvertr. Direktorin Frau Cürten

14.4.7

Freigabeverfahren Justiz-Online

Sämtliche Internet- und Intranetauftritte der Justiz werden vor ihrer Freigabe einer intensiven Prüfung unterzogen.

Hierbei ist sowohl die inhaltliche Korrektheit der Auftritte als auch die Einhaltung der umfangreichen Vorgaben des Web-Handbuchs der Justiz zu überwachen.

Besondere Schwerpunkte sind die Einhaltung der Vorgaben der Barrierefreiheit und der sprachlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau.

Da inzwischen die weit überwiegende Zahl der Auftritte auf das aktuelle System umgestellt ist und nur noch vergleichsweise wenige Auftritte zu prüfen sind, wird diese Aufgabe von der Projektleitung allein wahrgenommen. Hierdurch ist auch eine einheitliche Handhabung der Prüfung sichergestellt.

Aufgaben im Rahmen der Freigabeprüfung

- Freigabeprüfung von Internetauftritten
- Freigabeprüfung von Intranetauftritten
- Korrespondenz mit den Webbetreuern vor Ort
- Beratung der Webbetreuer bei Problemen
- Mitarbeit bei der Erstellung und Pflege des Web-Handbuchs
- Erstellung von Prüflisten und Handlungsanweisungen für die Webbetreuer
- Einarbeitung grundsätzlicher Verbesserungsvorschläge, zu Problemen, die im Rahmen der Prüfungen erkannt werden, in die Prototypen.

14.5

Bürgerservice

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen ist maßgeblich an dem Bereich „Bürger-Service“ im Web-Portal der Justiz-NRW (www.justiz.nrw.de) beteiligt. Zu den Aufgaben des Leiters, Professor Dr. Ingo Fritsche, gehören die Koordinierung der inhaltlichen Gestaltung des Bereichs Bürgerservice im Justizportal NRW (www.justiz.nrw.de)

- die fachliche Unterstützung der Autoren bei der Gestaltung der Beiträge
- die Einstellung der von den Autoren bereitgestellten Beiträge bzw. Änderungen sowie
- die ständige Aktualisierung des Auftritts.

In eigener Verantwortlichkeit erstellt und pflegt er

- das Glossar („Recht von A-Z“)
- die Beiträge zum Erbscheinverfahren und zur gewillkürten Erbfolge (Bereich Freiwillige Gerichtsbarkeit)
- die Beiträge zum Reiserecht, zu den Bankgeschäften und zu den Gewährleistungsrechten (Bereich Verbraucherschutz) sowie
- die Beiträge zu den Widerrufsrechten.

Im Januar/Februar wurden einige „Reparaturarbeiten“ an Dokumenten durchgeführt, u.a. wurde der Kostenrisiko-Rechner (Rubrik Hilfen) wegen der Änderungen im Kos-

tenrecht 2013 überarbeitet, so dass Berechnungen nach altem und neuem Recht möglich sind.

März, April 2014: Änderungen an der Seite zum Mahnverfahren (Kosten) und der Sozialgerichtsbarkeit.

Juni-Juli: Änderungen an den Dokumenten zum Erbrecht (Erbscheinverfahren, gewillkürte Erbfolge), Ergänzungen bzw. Berichtigungen der Dokumente im Glossar zu Investmentgesellschaften/Kapitalgesellschaften aufgrund des KAAGB.

August bis Dezember: grundlegende Überarbeitung aller Dokumente im Verbraucherschutz aufgrund der Gesetzeslage ab dem 13. Juni 2014 (Inkrafttreten der Verbraucherrechte - Richtlinie der EU 2011/83/EU im Schuldrecht des BGB), betreffend:

- Bankgeschäfte,
- Widerrufsrechte,
- Reiserecht,
- Gewährleistungsrechte beim Kauf.

14.6

Podcast

Das Projekt „Podcast“ wurde im Juli 2009 als Teil des Gesamtprojekts „Justiz-Online“ an der Fachhochschule für Rechtspflege eingerichtet. Sein Ziel besteht darin, Websites von Justiz-Online durch den Einsatz neuer Medien (Audio- und Video-Podcasts) zeitgemäß und lebendig zu gestalten. Leiter der Projektgruppe ist Herr Justizamtmann Kai Achenbach. Im Jahr 2014 wurde in diesem Projekt u.a. über mehrere Monate ein aufwändiger Podcast für die Organisationsberatung im OLG-Bezirk Hamm produziert. Mehrere Mitglieder der Projektgruppe nahmen an Fortbildungsmaßnahmen teil. Desweiteren unterstützte die Projektgruppe andere Behörden bei der Erstellung von Lehrvideos.

14.7

Justiz-intern

In einem passwortgeschützten Bereich stellt die Justiz Mitarbeitenden einen Zugriff auf Aus- und Fortbildungsmaterialien bereit. Interessierte Personen können sich daher gezielt auf den beruflichen Wiedereinstieg oder auch Wechsel vorbereiten.

Dieser Auftritt wird von der FHR betreut und grundsätzlich einmal jährlich überarbeitet. Im Jahr 2014 haben sich nur geringfügige inhaltliche Änderungen ergeben, die ohne eine gesonderte Veranstaltung im laufenden Betrieb ergänzt wurden.

14.8

Verfahrenspflegestelle IT-MobiV (Leitung der Verfahrenspflegestelle)

Die Verfahrenspflegestelle wurde im März 2003 als Nachfolgerin der Projektgruppe IT-MobiV eingerichtet. Aufgabe ist die Pflege des landesweit eingesetzten Programms IT-MobiV, mit dem die Arbeit der Mobiliarvollstreckungsabteilungen erleichtert werden soll. Die Leitung dieser Verfahrenspflegestelle obliegt Justizoberamtsrat Thomas Schmidt. Weiteres Mitglied von Seiten der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen ist Justizamtsrätin Barbara Dappozzo.

Der Leitung der Verfahrenspflegestelle IT-MobiV obliegen folgende Aufgaben:

- Gesamtprojektplanung
- Vorbereitung der VPS-Ausschusssitzungen
- Kommunikation mit dem OLG Hamm, den zentralen IT-Betriebseinrichtungen (BIT, TBZ, VZ, ZIP) sowie dem JM und den anderen VPS
- Organisation und Leitung der Mitarbeiterbesprechungen und Workshops
- Koordination der Mitarbeiteraktivitäten einschl. Schulungsplanung
- Fortschreibung des Verfahrenspflegeplans
- Programmierung

Seit 2012 ist die Version 3.4.0 im Einsatz. Diese neue Version beinhaltet zahlreiche Verbesserungen im Bereich des Service und der Bedienung. Die Online-Aktualisierung wurde weiter verbessert. So ist nunmehr für ein Update keine neue Version mehr notwendig.

Der „Wiki-Gedanke“ wurde konsequent weiterentwickelt. Jeder Anwender ist Bestandteil der „Mobiliarvollstreckungs-Community“ und kann aus dem Programm heraus Informationen in das MobiV-Wiki (<http://lv.mobivwissen.nrw.de>) einstellen, bearbeiten und ergänzen. Hierdurch soll ein sich ständig selbst aktualisierendes und verbesserndes Informationsmedium geschaffen werden, das dem Anwender an allen Stellen im Programm zur Verfügung steht.

Die Umstellung des bisherigen Programms auf die Programmiersprache dot.net ist erfolgt und das Ausrollen an die ca. 1.000 Benutzer steht bevor.

14.9

Verfahrenspflegestelle IT-ZVG

Hauptaufgabe der Verfahrenspflegestelle IT-ZVG unter Leitung von Herrn Regierungsrat Andreas Dormann ist die Weiterentwicklung und Distribution der eigenentwickelten Software IT-ZVG. Daneben leistet die Verfahrenspflegestelle den Second-Level-Support bei Anwenderanfragen.

14.9.1

Fortgeführt wurden die Arbeiten am Redesign des Fachverfahrens IT-ZVG. Nach den Arbeiten an der Datenbank lag die Hauptarbeit in der Entwicklung der Funktionen für die Datenbankzugriffe. Sehr umfangreich gestaltete sich die notwendige Entwicklung eines kompatiblen und onlinefähigen Textmoduls. Im letzten Vierteljahr wurden auch verstärkt die Arbeiten am Frontend fortgesetzt. Anfang 2015 soll mit einem Testein-satz der neuen Programmversion an ausgewählten Zwangsversteigerungsgerichten begonnen werden.

Das neue Frontend des Fachverfahrens IT-ZVG nach dem Redesign

14.9.2

Kostenmodul

Das Kostenmodul wurde weiter entwickelt. Dies war insbesondere durch die Änderungen des Kostenrechts notwendig geworden.

Das von der Verfahrenspflegestelle entwickelte Kostenmodul ist seit Anfang 2013 im landesweiten Einsatz. Inzwischen wurden mit dem Kostenmodul mehr als 68.000 Sollstellungen mit rund 31 Mio. Euro erstellt.

14.9.3

Pflege des Altverfahrens

Die Einführung des neuen Betriebssystem Windows 7 und die damit verbundene Installation und Konfiguration der Programme IT-ZVG (Altverfahren) konnte in 2014 abgeschlossen werden. Auf die VPS IT-ZVG kommt als neue Aufgabe die Anpassung der Programme an das einzuführende Office 2013 hinzu. Die Planungen und Vorbereitungen sind abgeschlossen, sodass eine Entwicklungs- und Testphase im 1. Quartal 2015 erfolgen kann.

14.9.4

XJustiz

Mitglieder der Verfahrenspflegestelle arbeiten unter Federführung von Herrn Regierungsrat Andreas Dormann in der Gruppe „XJustiz Fachdatensatz Zwangsversteigerungsverfahren“, einer Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „IT-Standards“, an der Entwicklung eines bundesweit verbindlichen XJustiz-Fachdatensatzes. Diesem wird bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zukünftig eine zentrale Rolle zukommen.

The screenshot displays the IT-ZVG software interface. On the left, there is a navigation menu with options like 'Aktuelle', 'Personen', 'Neu...', 'Rückgängig', and 'Speichern'. Below this are icons for 'Objekt', 'Kalender', 'Verfügungen', 'Dokumente', 'Kosten', 'GGTP', and 'Vorblatt'. The main area is divided into two panes. The left pane shows a 'Personenbaum' (person tree) with categories: 'Schuldner/Eigentümer' (Kunststoff Waise Ltd, Zustelladresse: Seemann, Detlev, White, Lilli), 'Berechtigter' (Hypo-Vereinsbank (H1), Sölner, Gabriel (H2), Schaller, Celine (H3)), 'Zwangsverwalter' (Gebert, Thies (Zwangsverwalter)), 'Sachverständiger' (Moritz, Helen), 'WEG-Verwalter' (Hilbert, Jacqueline (WEG-Verw.)), and 'Grundbuchamt' (Grundbuchamt). The right pane shows the details for 'White, Lilli', including personal information (Name, Address, PLZ, Country), role (Schuldner/Eigentümer), and other fields like 'Zustellung' (formlos) and 'Bemerkung' (Mischschuldnerin). The bottom right corner indicates 'Letzte Speicherung: 24.09.2014'.

Das neue Frontend des Fachverfahrens IT-ZVG nach dem Redesign

14.9.2

Kostenmodul

Das Kostenmodul wurde weiter entwickelt. Dies war insbesondere durch die Änderungen des Kostenrechts notwendig geworden.

Das von der Verfahrenspflegestelle entwickelte Kostenmodul ist seit Anfang 2013 im landesweiten Einsatz. Inzwischen wurden mit dem Kostenmodul mehr als 68.000 Sollstellungen mit rund 31 Mio. Euro erstellt.

14.9.3

Pflege des Altverfahrens

Die Einführung des neuen Betriebssystem Windows 7 und die damit verbundene Installation und Konfiguration der Programme IT-ZVG (Altverfahren) konnte in 2014 abgeschlossen werden. Auf die VPS IT-ZVG kommt als neue Aufgabe die Anpassung der Programme an das einzuführende Office 2013 hinzu. Die Planungen und Vorbereitungen sind abgeschlossen, sodass eine Entwicklungs- und Testphase im 1. Quartal 2015 erfolgen kann.

14.9.4

XJustiz

Mitglieder der Verfahrenspflegestelle arbeiten unter Federführung von Herrn Regierungsrat Andreas Dormann in der Gruppe „XJustiz Fachdatensatz Zwangsversteigerungsverfahren“, einer Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „IT-Standards“, an der Entwicklung eines bundesweit verbindlichen XJustiz-Fachdatensatzes. Diesem wird bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zukünftig eine zentrale Rolle zukommen.

14.10

Verfahrenspflegestelle RASYS

Die von der Fachhochschule betriebene Verfahrenspflegestelle RASYS engagiert sich unter der Leitung von Regierungsrat Dormann nach wie vor in den Bereichen Formularpflege und in der Aus- und Fortbildung.

Gruppenbild der VPS RASYS - Mitglieder v.h.l.: Uwe Klein (AG Bergheim), Christian Sczisló (AG Bochum), Stephan Grisail (AG Wuppertal), Andreas Dormann (FHR NRW), Tina Müller (AG Leverkusen), Stefan Ruben (AG Bochum), Dominik Hoffmann (OLG Düsseldorf), Marina Schlüter (AG Gütersloh), Antonio Carpitella (AG Schmallebenberg)

Das elektronische Formularsystem RASYS wurde Ende des Jahres unter Anpassung an das neue Beratungshilfegesetz auf die Formulareammlung 2014 aktualisiert. Ein Download ist von der Homepage der Fachhochschule unter <http://www.fhr.nrw.de/aufgaben/informationstechnik/rasys/download/index.php> möglich.

Der „Praxistag Rechtsantragstelle“ fand 2014 letztmalig im ersten Studienabschnitt des fachwissenschaftlichen Studiums an der Fachhochschule für Rechtspflege statt, da diese Veranstaltung durch die im vergangenen Jahr eingeführten Praxiswochen künftig entbehrlich werden wird. Das 2012 in allen drei Oberlandesgerichtsbezirken eingeführte "Praxistraining Rechtsantragstelle" für (Wieder-)Einsteiger auf der Rechtsantragstelle wurde aufgrund der weiterhin positiven Resonanz zum Jahresende 2014 erneut erfolgreich durchgeführt.

Die Fachfortbildung der Fachhochschule zum Thema Rechtsantragstelle wurde im Dezember 2014 von der VPS RASYS wieder maßgeblich mitgestaltet.

14.11

Betreuungsverbund

Der IT-Betreuungsverbund ist für den reibungslosen IT-Betrieb an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen und dem Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Er steht unter der Leitung von Justizamtsinspektor Heinz Heck sowie der technischen Koordination von Justizbeschäftigten Bernd Ullrich.

Neben dem Tagesgeschäft, der Systembetreuung hinsichtlich sämtlicher eingesetzter IT-Geräte (Server, aktive und passive Netzwerkkomponenten, Arbeitsplatz-PCs, Notebooks, Drucker und Scanner) und der Anwendungsbetreuung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen sowie des Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen unterstützt der IT-Betreuungsverbund das Zentrum für IT-Technik bei der Durchführung von IT-Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten. Dabei musste die ständige Verfügbarkeit der an drei Standorten vorhandenen IT-Schulungsräume gewährleistet sowie die Einrichtung von mobilen IT-Schulungsräumen mittels Notebooks sichergestellt werden.

Schwerpunkt der Arbeiten im Jahr 2014 waren die Migrationen

- sämtlicher PCs und Notebooks auf das Betriebssystem Windows 7 Professional
- mehrerer Server auf das Betriebssystem Windows Server 2008

sowie die Fortführung der Virtualisierung von Servern und die Implementierung eines weiteren ESX-Servers.

Des Weiteren arbeiten die Mitglieder des IT-Betreuungsverbundes in diversen Arbeitsgruppen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen mit.

15.

Forschungsprojekte, Veröffentlichungen

15.1

Forschungsprojekte

Die Arbeitsgruppe „*Qualitätssicherung in der Justizfachangestelltenausbildung im OLG-Bezirk Köln*“ hat im September 2013 mit einem Workshop ihre Arbeit begonnen. Dipl.Rpfl. Ralf Pannen M.A. ist als Vertreter der FHR und des AZJ weiterhin Mitglied der Arbeitsgruppe. Im Jahr 2014 stand die Entwicklung eines Handlungsleitfadens für die Ausbildungspraxis im Vordergrund. Dieser soll eine Grundlage für die Definition von Standards im Rahmen der Qualitätssicherung bilden.

Kapitel 1 bis 3 des Leitfadens sind inzwischen fertig gestellt:

Kapitel 1: Anbahnung von Ausbildungsverhältnissen

Kapitel 2: Ausbildung im Amtsgericht

Kapitel 3: Ausbildung im Berufskolleg.

Im nächsten Jahr steht die Ausarbeitung der Inhalte von Kapitel 4 bis 6 an:

Kapitel 4: Praktische Ausbildung außerhalb des Ausbildungsgerichts

Kapitel 5: Prüfungsverfahren

Kapitel 6: Organisation der Ausbildung.

Anschließend sollen die möglichen Problembereiche der JFA-Ausbildung thematisiert werden.

15.2

Veröffentlichungen

Die Professoren, Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule für Rechtspflege sind auch im Jahr 2014 mit zahlreichen Veröffentlichungen hervorgetreten.

15.2.1

Internet/Intranet

Dormann, Andreas

RASYS-Formularsammlung 2014 (Herausgeber)

Formularsammlung zum interaktiven Formularsystem RASYS,
November 2014

www.fhr.nrw.de/aufgaben/informationstechnik/rasys/download/index.php

User Experience und Usability

Dezember 2014

www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/userexperience-und-usability

Juristische Entdeckungen

Eine Lernbuchreihe für den Einstieg ins Jurastudium

Oktober 2014

www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/juristische-Entdeckungen-2

DS Strafzeit 2.0 für 64-Bit-Systeme

Software zur Strafzeit- und Unterbringungsberechnung

August 2014

www.ds-strafzeit.de/

Flash Player 13.0.0.214: Security Advise

Don't leave your Flash Player unattended!

www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/flash-player-13-0-0-214-security-advise

Juli 2014

FlexJS

Die nächste Generation des Flex SDK

www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/flexjs

April 2014

Prezi auf Deutsch

Das etwas andere Präsentationswerkzeug

www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/prezi-auf-deutsch

März 2014

Learntec 2014

Zur Internationalen Fachmesse für Lernen mit IT

www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/learntec-2014

Februar 2014

Identitätsdiebstahl im Internet

<http://www.andreas-dormann.de/wordpress/2014/identitaetsdiebstahl>

Januar 2014

Fritsche Prof. Dr., Ingo

Überarbeitung des Beitrages „**Widerruf und Rückgaberecht im Verbraucherrecht**“, „**Reiserecht**“, „**Gewährleistungsrechte beim Kauf**“ sowie „**Bankgeschäfte**“ im Verbraucherschutz, www.justiz.nrw.de, Rubrik Verbraucherschutz

Pannen, Ralf

Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach dem Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG)- Überblick über wesentliche Änderungen der Kostenberechnung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach GNotKG Januar 2014
www.shop.wolterskluwer.de/wkd/shop/shop,1/handbuch-fuer-justizfachangestellte,978-3-452-27759-6,carl-heymanns-verlag,54500/#attachments

Kostenrecht unter Berücksichtigung der Änderungen durch das 2. KostRMoG

Januar 2014

www.shop.wolterskluwer.de/wkd/shop/shop,1/handbuch-fuer-justizfachangestellte,978-3-452-27759-6,carl-heymanns-verlag,54500/#attachments

Zeugen, Sachverständige und ehrenamtliche Richter unter Berücksichtigung der Änderungen durch das 2. KostRMoG

Januar 2014

www.shop.wolterskluwer.de/wkd/shop/shop,1/handbuch-fuer-justizfachangestellte,978-3-452-27759-6,carl-heymanns-verlag,54500/#attachments

Einführung in die Grundlagen des Reisekostenrechts in Nordrhein-Westfalen

Mai 2014

www.lv.justiz.nrw.de/Justiz_NRW/personal/personalverwaltung/verwaltung_praxisinfos/dienstreise/index.php

TTIP - Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat? November 2014

www.fhr.nrw.de/infos/publikationen/fachbeitraege/aktuelle_beitraege/verfassung/index.php

Recht und Sozialpsychologie - Anregungen zur Erfassung von Recht als Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, zur Einführung in die Sozialpsychologie Erich Fromms und zum Lernen durch Reflexion von Erfahrungen

November 2014

www.fhr.nrw.de/infos/publikationen/fachbeitraege/aktuelle_beitraege/Allgemeines/index.php

(zusammen mit *Lamberz*) **Mündliche Prüfungen im Rechtspflegerstudium**

November 2014

www.fhr.nrw.de/infos/publikationen/fachbeitraege/aktuelle_beitraege/Allgemeines/index.php

15.2.2

Printmedien

*Becker Prof. Dr.,
Matthias*

Becker/Ott/Suilmann, Wohnungseigentum – Grundlagen, Systematik, Praxis, 3. Auflage, Köln 2015 (erschienen November 2014)

Wahrnehmung öffentlicher Abgabepflichten, ZWE 2014, 14 f.

Umschreibung des Hausgeldtitels gegen den Erwerber?, MietRB 2014, 282 f.

Kein zuschlagsbedingter Entzug schuldnerfremden Eigentums bei mangelnder Erkennbarkeit der Betroffenheit für den Eigentümer (hier: Grundstücksgrenzverlauf) – Anmerkung zu BGH, Ur. v.8.11.2013 – V ZR 155/12, ZfIR 2014, 159f.

Prozesskosten der Gemeinschaft – Kostenerstattung und Verteilung, Anmerkung zu LG Frankfurt a.M., Ur. v. 12.12.2013 – 13 S 75/13, ZWE 2014, 170 f.

Tragung der Prozesskosten der Gemeinschaft durch alle Wohnungseigentümer bei Anspruch gegen den einzelnen Wohnungseigentümer – Anmerkung zu BGH, Art. v. 4.4.2014 – V ZR 168/13, ZWE 2014, 264 f.

Gemeinschaft: Zurechnung von Verwalterwissen – Besprechung von BGH, Beschl. v. 23.1.2014 – III ZR 436/12, MietRB 2014, 174 f.

Els Prof. Dr., Frank

Anerkennung und Vollstreckung aus Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen in: Fischer (Hrsg.), Justiz und innere Sicherheit im EU-Recht: Die EU als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, S. 248-284, Köln 2014

Fritsche Prof. Dr., Ingo

NOMOS-Kommentar Bd. 4, Familienrecht, Kommentierung der Bestimmungen zum Vormundschaftsrecht (§§ 1773-1895 BGB), Überarbeitung der 3. Aufl., 2014

Nomos-Handkommentar Familienverfahrensrecht, Buch 2, Überarbeitung Abschnitt 4 (Abstammungssachen), Abschnitt 5 (Adoptionssachen), Abschnitt 6 (Ehewohnungs- und Haushaltssachen), 3. Auflage, 2015

Erbrechtliche Irrtümer, Erbrechts- und Sachenrechtsklausur, RPFStud 2014, 157 f

Pannen, Ralf

Kommentierung der §§ 19 – 23 JVEG in: *Schneider/Volpert/Fölsch* (Hrsg.): „Gesamtes Kostenrecht“, 2014

„Tagung zur rechtswissenschaftlichen Fachdidaktik `Selbstlernkompetenzen im Jurastudium´ am 20./21. Februar 2014“, RpfStud 2014, S.165 – 166

„Reisekosten und Trennungsschädigung – Skript“, Neufassung des Skriptes für die Ausbildung im mittleren Justizdienst aufgrund der Änderungen im LRKG NRW zum 01.01.2014, Februar 2014, Eigendruck des AZJ NRW

„Trennungsschädigung“, Neufassung des Skriptes für die Teilnehmer/innen am Modulstudiengang „Personalmanagement“, Neufassung 01.05.2014, Eigendruck der FHR NRW

„Überblick über die Grundzüge der Beschaffungsverfahren in NRW“, Neufassung des Skriptes für die Ausbildung im mittleren Justizdienst, November 2014, Eigendruck des AZJ NRW

Schmidt, Thomas

Burhoff/Schmidt/Volpert, RVG Straf- und Bußgeldsachen, 4. Aufl. 2014

Viefhues u.a. (Schmidt), juris PraxisKommentar BGB – Band 5 FamR, 7. Aufl. 2014

Artikel: „Nicht gelöste Anrechnungsprobleme des RVG“ in: Burhoff/Fölsch/Geißinger/Jungbauer/Kindermann/Schmidt/Schneider/Thiel/Volpert, 10 Jahre RVG, 2014

Simon, Stefanie

Kommentierung der §§ 15 – 18 JVEG in: *Schneider/Volpert/Fölsch* (Hrsg.): „Gesamtes Kostenrecht“, 2014

Schulte-Bunert Prof. Dr., Kai

Gewaltschutz (Kapitel 7, S. 741-767) in: Jüdt/Kleffmann/Weinreich, Formularbuch des Fachanwalts Familienrecht, 4. Aufl., Köln 2014

Rechtliche Betreuung deutscher Staatsangehöriger auf Mallorca – Teil 1, FuR 2014, 334-338

Rechtliche Betreuung deutscher Staatsangehöriger auf Mallorca – Teil 2, FuR 2014, 401-404

Einstweilige Anordnung nach § 1 GewSchG, FuR 2014, 566-572

Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung, FuR 2014, 677

Familienrecht Lehr- und Studienbuch, 2. Aufl., München 2014

„Betreuung for runaways“ – Klausur mit Schwerpunkten im Familien-, Nachlass- und Sachenrecht, RpflStud 2014, 189-196

Steffen, Manfred

Der Wegfall des rechtskräftigen Zuschlags wegen unzulässiger Bestellung eines Zustellungsvertreeters, ZfIR 2014, 757

Walter, Elfriede

Skriptum Nachlassrecht

Verfasser: Prof. B. Klüsener, E. Walter

Stand: August 2014

**Die nachlassrechtliche Bedeutung des
Personenstandsrechts-Änderungsgesetzes**, Rpfleger 2014,
175-178

Wiesel, Margret

Skriptum Kostenrecht

Verfasser: D. Klos, T. Schmidt, M. Wiesel

Stand: August 2014

15.2.3

Schriftenreihe

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen unterhält seit 1991 eine eigene Schriftenreihe. Ein Verzeichnis über die Werke, die über die Fachhochschule zu beziehen sind, ist als *Anlage 5* beigefügt.

16.

Fortbildung und Weiterbildung

Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags (§ 3 FHGöD) führt die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen fachspezifische Fortbildungsveranstaltungen für Rechtspfleger, Amtsanwälte und Beamte des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes durch. Trotz eingeschränkter Raumressourcen konnte auch im Jahr 2014 erfolgreich ein umfangreiches und differenziertes Fortbildungsangebot durchgeführt werden.

16.1

Arbeit der Fort- und Weiterbildungskommission

Die jährliche Festlegung des eigenen Fortbildungsprogramms erfolgt im Rahmen der zentralen Programmplanung unter Federführung der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Vorschläge der Fachhochschule werden in die Jahresversammlung der „Fachgruppe fachspezifische Fortbildung der Rechtspfleger des Landes Nordrhein-Westfalen“ eingebracht und dort mit erfahrenen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie Vertreterinnen und Vertreter des Justizministeriums und der Justizakademie diskutiert. Nach Verabschiedung des landesweiten Fortbildungsprogramms der Justiz folgt die differenzierte inhaltliche Ausgestaltung der Veranstaltungen (Themen, Referenten) im jeweiligen Fachbereich unter Federführung des jeweiligen Fach- bzw. Tagungsleiters.

16.2

Fort- und Weiterbildungstagungen

Die konkreten Fortbildungsveranstaltungen wurden von der Fachhochschule ausgeschrieben und sind über drei Tage und mit bis zu 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt worden. Die Veranstaltungen haben – je nach Bedarf und Auslastung – an den Standorten der Fachhochschule und des Ausbildungszentrums in Bad Münstereifel (Tagungshaus FH II), Langscheid (Nebenstelle) und Monschau (Nebenstelle) stattgefunden.

Das Zentrum für Betriebswirtschaft führte - wie im Vorjahr - zwei Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Finanzbuchhaltung und der Bilanzierung durch.

Die modulare Fortbildungsveranstaltung, die vor zwei Jahren anlässlich des Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) unter der Federführung von Prof. Dr. Els neu konzipiert worden ist, wurde weiterhin erfolgreich durchgeführt. Die Vorschaltung des Moduls A mit dem Schwerpunkt Einführung in das formelle und materielle Insolvenzrecht hat sich ebenso bewährt wie die zwei einwöchigen Blöcke, die weiterhin thematisch in Schwerpunkte unterteilt sind, wie Aufsichtsaufgaben, Vergütung und Schlussrechnungsprüfung, Rechnungswesen, Arbeits-, Sozial-, Handels-, Gesellschafts- und Steuerrecht.

Die Fortbildungstagungen und Modullehrgänge haben bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein sehr gutes Feedback erfahren. Auch im Jahr 2014 konnte eine kostengünstige Seminarabwicklung erreicht werden, indem die Fortbildungen in eigenen Räumen der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen stattfanden und Konzeption, Tagungsleitung und Vorträge überwiegend von ihren eigenen Lehrkräften übernommen worden sind.

Eine Gesamtübersicht aller Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Fachhochschule ergibt sich aus der *Anlage 7*.

17.

Internationale Kontakte

17.1

Studienfahrten

Der weit überwiegende Teil der Studierenden des Einstellungsjahrgangs 2013 hat im September 2014 gemeinsam mit den Studiengruppenleitern Studienreisen in das europäische Ausland, aber auch in ein anderes Bundesland unternommen. Ziele waren in diesem Jahr Florenz, Rom, Wien, Lissabon, Mailand, Barcelona und Hamburg.

Die gemeinsamen Studienreisen bedeuten für die Studierenden eine willkommene und zugleich lehrreiche Auflockerung ihrer dreijährigen Ausbildung und einen Blick über den Tellerrand der eigenen Ausbildung und des eigenen Landes. Drei bzw. fünf Monate nach Abschluss des ersten Studienabschnittes haben sie sich bei dieser Gelegenheit aber auch erstmals über ihre vielfältigen ersten Erfahrungen in der gerichtlichen bzw. vollzuglichen Praxis austauschen können.

Besucht wurden von den Studierenden u.a.

in Florenz:

- UNICEF
- eine Anwaltskanzlei
- ein Jugendstrafgericht

in Rom:

- die deutsche Botschaft bei der Republik Italien
- die Botschaft beim Heiligen Stuhl
- UNIDROIT (internationale Vereinigung zur Vereinheitlichung des Zivilrechts)

in Wien:

- der Justizpalast
- die UNO-City
- UNCITRAL (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)
- das österreichische Parlament
- die deutsche Botschaft
- das Haus der Europäischen Union
- das Bundesministerium der Justiz
- OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

in Lissabon:

- das portugiesische Parlament
- der oberste Gerichtshof
- die deutsche Botschaft

in Mailand:

- der Justizpalast
- das Goethe-Institut
- das deutsche Generalkonsulat
- die juristische Fakultät der Università del Sacro Cuore

in Barcelona:

- das Parlament von Katalonien
- die Universität Pompeu Fabra
- das deutsche Generalkonsulat
- die Rechtsanwaltskammer
- eine Rechtsanwaltskanzlei

in Hamburg:

- die Gedenkstätte des KZ Neuengamme
- das Oberverwaltungsgericht Hamburg
- das deutsche Zollmuseum
- die JVA Fuhlsbüttel

Wien

Lissabon

Wien

Florenz

Hamburg

Mailand

Barcelona

Rom

18.

Mitwirkung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Verbänden und Arbeitsgruppen

18.1

Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

Im Jahr 2014 nahm der Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, Dr. Benjamin Limbach, an einer Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst teil.

Auf ihrer Herbstsitzung vom 16. bis 17. Oktober 2014 in der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes in Saarbrücken befassten sich die Rektorinnen und Rektoren mit folgenden Themen:

- Forschungs- und Kooperationsnetzwerke für die öffentliche Verwaltung
- Anforderungen und Perspektiven des Hochschulmarketings.

18.2

Kanzlertagung der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

Vom 7. bis 9. Mai 2014 hat die 28. Dienstbesprechung der Kanzlerinnen und Kanzler, Ltd. Verwaltungsbeamtinnen und -beamten an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Gelsenkirchen stattgefunden, an der die Geschäftsleiterin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, Oberregierungsrätin Heike Romeike teilgenommen hat.

Neben einem Erfahrungsaustausch zur aktuellen Situation an den einzelnen Hochschulen wurden schwerpunktmäßig folgende Themen besprochen:

- Entwicklungen an den FHöD 2013/2014
- Reakkreditierungsverfahren
- Personalentwicklungskonzepte
- Aufstiegsqualifizierung
- Auswirkungen der Änderungen in der W-Besoldung
- Gesundheitsmanagement
- Qualitätsmanagement

- Forschungsförderung
- Aktivitäten in den sozialen Medien
- Prüfung durch Landesrechnungshöfe.

18.3

Fachausschuss Rechtspflegerausbildung

Im Jahresrhythmus und am jährlich wechselnden Ort einer Fachhochschule findet eine Sitzung von Vertreterinnen und Vertretern der Fachbereiche Rechtspflege aller deutschen Fachhochschulen für (Verwaltung und) Rechtspflege statt (Fachausschuss Rechtspflegerausbildung). Gastgeber der Tagung vom 26. bis 28. Mai 2014 war die Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege des Landes Baden-Württemberg. Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen wurde durch den Sprecher des Fachbereichs Rechtspflege, Prof. Dr. Kai Schulte-Bunert, vertreten.

Die Tagungsordnungspunkte sind unter 9.11 aufgeführt.

18.4

Sonstiges

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen ist Mitglied der „Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland“, einem Kooperationsverbund, der sich die Modernisierung und multimediale Erweiterung der Lehre zum Ziel gesetzt hat.

Des Weiteren ist die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, vertreten durch Regierungsdirektorin Diplom-Psychologin Nolte-Gehlen, Mitglied der Expertengruppe „Evaluation und Qualität“. Diese Expertengruppe ist im Jahr 2000 von dem Benchmarking-Club für die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst mit dem Ziel der Sicherung der Leistungsfähigkeit der Evaluation an den in ihm vertretenen Hochschulen gegründet worden. Seit der Auflösung des Benchmarking-Clubs erhält sie ihre Aufträge unmittelbar von der Fachhochschulrektorenkonferenz. Die Expertengruppe hat anhand vorliegender Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen verschiedene Instrumente der Evaluation entwickelt und im Rahmen einer

großangelegten Pilotstudie überprüft. Zudem erarbeitet und veröffentlicht sie regelmäßig ergänzende Empfehlungen für den Einsatz der Evaluation und die Nutzung der Befragungsergebnisse.

19.

Veranstaltungen in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

19.1

Plakatausstellung „Das Jahrhundert der Extreme“

Vom 6. März bis zum 13. Juni 2014 zeigte die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen die Plakatausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme – Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“. 26 großformatige Plakate erzählen die dramatische Geschichte Europas im 20. Jahrhundert zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Demokratie und Diktatur. 100 Jahre nach der "Urkatastrophe" des 1. Weltkriegs lädt die Ausstellung zu einer historischen Ortsbestimmung ein, zu der das Jahr 2014 herausfordert.

Die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konzipiert und produziert. Sie war außerdem vom 5. Mai bis zum 13. Juni 2014 im Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen – Nebenstelle Monschau – zu sehen.

19.2

Rechtsausschuss zu Besuch in Bad Münstereifel

Am 26. November 2014 hat der Rechtsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags die Fachhochschule für Rechtspflege und das Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen am Standort Bad Münstereifel besucht. Die Abgeordneten unter dem Vorsitz von Dr. Robert Orth MdL wollten sich einen Eindruck von beiden Institutionen sowie den dortigen Studien- und Arbeitsbedingungen verschaffen. Begleitet wurde der Rechtsausschuss von Justizminister Thomas Kutschaty, Staatssekretär Karl-Heinz Krems und weiteren Führungskräften des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Besuch begann mit einer Führung über das Gelände und durch die Gebäude des Stammhauses der Fachhochschule, in deren Rahmen die Abgeordneten die Aula, Studiengruppenräume, die Bibliothek, Unterkunftsräume der Studierenden sowie die Mensa besichtigten. Im Anschluss daran wurde den Mitgliedern des Rechtsausschusses in der Aula die Aufgabenbereiche, insbesondere die verschiedenen Studi-

en- und Ausbildungsgänge der Fachhochschule für Rechtspflege und des Ausbildungszentrums der Justiz vorgestellt. Die Abgeordneten konnten sich einen guten Eindruck von der Vielfalt des Bildungsangebotes, den Studienbedingungen und den unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten der Absolventen machen.

An die Vorstellung der beiden Einrichtungen schloss sich eine öffentliche Sitzung des Rechtsausschusses an, in der unterschiedliche Themen auf der Tagesordnung standen. An dieser Sitzung nahmen zahlreiche Studierende und Lehrende teil, die sich so unmittelbar einen Eindruck von der Arbeit des Rechtsausschusses machen konnten.

20.

Sport

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen konnte ihren Studierenden und Gästen unter Leitung von Justizoberamtsrat Thomas Schmidt auch im Jahr 2014 ein umfangreiches Sportprogramm anbieten. Es wurde in hohem Maße angenommen. Für die Studierenden stellt der Sport ein wichtiges Mittel zum Ausgleich der geistigen Belastungen dar. Mit den steigenden Anwärterzahlen nahmen auch die Teilnehmerzahlen bei den sportlichen Aktivitäten deutlich zu.

Sportprogramm 2014

Allen Studierenden und Gästen der FHR werden die folgenden Sportmöglichkeiten angeboten:

Sportart	Ort	Wochentag	Uhrzeit	Ansprechpartner	Stud.-Gr.
Fußball	Mimi-Reno-Halle	Montag	20.30 - 22.00	Frau Bedra	R 202
Volleyball / Basketball	Mimi-Reno-Halle	Mittwoch	16.30 - 18.00	Herr Borowski	R 102
Badminton	Mimi-Reno-Halle	Donnerstag	15.30 - 17:00	Herr Koloska	R 207
Yoga	Dachgeschossraum Treppe hinter der Aula hoch FHR 1	Donnerstag	19.30	Frau Buchholz Angebot nach Absprache	
Kraftraum	FH II, Haus 1, Unter- geschoss, Kraftraum	Ständiger Zugang (Schlüssel Verw. FH II)			
Lauftreff	Treffp.: Sportplatz	Donnerstag	16.00	Herr Pannen (Anfänger will- kommen)	Doz.
Offener Spiele- abend (Dart, Skat, Kicker, Poker ...)	Mensa FH II	Mittwoch	20.15		
Tischtennis	FHR II, Wohnheim 1 im Untergeschoss	Ständiger Zugang (Geräte und Schlüssel in d. Verw. FH II)			
Zumba	FHR 1 Mensa	Dienstag	16.00 – 17.00	Herr Seeland	R 206
Tennis-Treff FHR	Tennishalle BME - offen für jeden - 4 € für. 2 Std.	Montag	14.00 - 16.00	Terminabsprache in der Iliasgruppe: Tennistreff FHR	

Den Studierenden konnte erneut auch **Yoga** als interner Kurs angeboten, insbesondere mit dem Schwerpunkt auf Entspannung, Umgang mit Stresssituationen u.ä.. Dieses Angebot wurde wieder erfreulich gut angenommen. Es fanden ein Grundkurs und anschließend auch ein Fortgeschrittenenkurs statt.

Unter Leitung eines Studenten wurde auch ein **Zumba-Kurs** mit sehr starker Beteiligung der Studierenden durchgeführt.

Jubelnde Studierende der Gruppe R103

In Zusammenarbeit mit dem örtlichen **Tennishallenbetreiber** wurde eine Sonderzeit mit Studententarifen angeboten. Dieses Angebot wurde je nach Studienabschnitt unterschiedlich genutzt.

Beim alljährlichen **Sportfest im September 2014**, dem

Höhepunkt des Sportjahres, traten in zahlreichen Sportarten Studentenschaft, Professoren und Dozierende die Siegerinnen und Sieger unter sich. Im Vordergrund stand wie immer die Gruppenfindung der Studierenden untereinander und auch der Kontakt mit der Dozentenschaft auf einer anderen als der fachlichen Ebene.

Auch im letzten Jahr wurde ein Freundschaftsspiel gegen die Insassenmannschaft der **JVA Euskirchen** durchgeführt. Hierbei steht jedoch weniger das Ergebnis als die Aktion selbst im Vordergrund. Dies spiegelt auch das anschließende gemeinsame Essen in der JVA-Küche wieder.

Die Studierenden nahmen im Juli 2014 mit einer Mannschaft an den **inoffiziellen Deutschen Fußball-Meisterschaften** der Fachhochschulen für Rechtspflege - einem Einladungsturnier der **Fachhochschule für Rechtspflege in Schwetzingen** - teil. Die Herrenmannschaft konnte nicht ganz an die fußballerischen Erfolge der Vorjahre anknüpfen und unterlag im Endspiel.

Die Siegespreise für die internen Veranstaltungen stellte dankenswerterweise - wie auch in den Vorjahren - der **Förderverein der Fachhochschule für Rechtspflege**. Dessen Unterstützung ist in vielerlei Hinsicht für das Sportleben an der FHR unverzichtbar. Viele Aktivitäten könnten ohne den Förderverein nicht in dieser Form durchgeführt werden. Hierzu gehört vor allem auch die Beschaffung von Geräten und Trikots.

Mit den weiter steigenden Studierendenzahlen und dem hinzugetretenen Ausbildungszentrum nahmen auch die Teilnehmerzahlen bei den sportlichen Aktivitäten wieder deutlich zu. Die Fachhochschule ist damit dem Auftrag der Studienordnung, den Sport in ihrem Bereich zu fördern, erfolgreich nachgekommen.

21.

Verein der „Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.“

Der Verein der „Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.“ hat im Jahr 2014 unterschiedliche Veranstaltungen für die Studierenden gefördert bzw. organisiert.

So hat der Förderverein auch in diesem Jahr die bereits traditionellen Fahrten zum Weihnachtsmarkt in Bonn und ins Weinanbaugebiet der Ahr angeboten, die von den Studenten in großer Zahl wahrgenommen wurden.

Die Möglichkeit, Merchandising Artikel der Fachhochschule zu erwerben, die vom Förderverein zur Verfügung gestellt werden, erfreut sich wie in den Vorjahren großer Beliebtheit.

Verschiedene - vor allem sportliche - Freizeitaktivitäten der Studierenden wurden unterstützt (Startgebühren bei Turnieren, Preise, Ausstattung mit Sportgeräten und Trikots etc.).

Darüber hinaus wurden Abendveranstaltungen der Studierenden, z.B. die jährliche Karnevalsfeier, finanziell sowie durch die Bereitstellung eines DJs bzw. einer Band gefördert.

22.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

22.1

Pressemitteilungen

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen hat die Öffentlichkeit auch im Jahr 2014 mit Hilfe von Pressemitteilungen über ihre Tätigkeit informiert (http://www.fhr.nrw.de/beh_aktuelles/presse/index.php). Die Pressemitteilungen werden nachfolgend auszugsweise wiedergegeben.

5. Januar 2014

Studienbeginn im Amtsanwaltslehrgang 2013/14: 46 Anwältinnen und Anwälte aus acht Bundesländern

46 Anwältinnen und Anwälte aus acht Bundesländern haben am 2. Januar 2014 an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel das fachwissenschaftliche Studium für den Amtsanwaltsdienst aufgenommen. Sie wurden am selben Tag von ihren künftigen Dozenten und der ständigen Vertreterin der Direktorin/des Direktors der Fachhochschule begrüßt.

5. Februar 2014

"'Furchtbare Juristen' oder 'Das Strafvereitelungskartell'": Vortrag von Professor Dr. Ingo Müller in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Am Dienstag, dem 04.02.2014, hat Herr Professor Dr. Ingo Müller in der Aula der Fachhochschule einen Vortrag zum Thema "'Furchtbare Juristen' oder 'Das Strafvereitelungskartell'" gehalten. Darin führte er den zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörern eindrucksvoll vor Augen, dass im Nachkriegsdeutschland die Tendenz herrschte die Täter, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt hatten, zu verschonen. Sie wurden allenfalls als Gehilfen verurteilt oder durch Verjährungsvorschriften der Strafbarkeit entzogen.

9. Februar 2014

"Die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts unter besonderer Berücksichtigung des Strafvollzuges": Vortrag von RiOLG Dr. Martin Kessen in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Am Dienstag, dem 11. März 2014, um 10.30 Uhr wird Herr RiOLG Dr. Martin Kessen in der Aula der Fachhochschule einen Vortrag über die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts an sich, seine Tätigkeit als Mitglied des "dritten Senats" beim Bundesverfassungsgericht, aber auch über Verfassungsbeschwerden von Inhaftierten halten.

26. Februar 2014

Besuch des Büros für Euregionale Zusammenarbeit - Bureau Euregionale Samenwerking – BES: Amtsanwaltsanwärterinnen und -anwärter besuchen Maastricht

Im Rahmen ihres fachwissenschaftlichen Studiums II besuchten die Amtsanwaltsanwärterinnen und -anwärter am 18. Februar 2014 das bei der Staatsanwaltschaft in Maastricht angesiedelte Büro für Euregionale Zusammenarbeit (Bureau Euregionale Samenwerking - BES). Ziel des Büros für Euregionale Zusammenarbeit, das am 01. April 2004 seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist es die Strafverfolgung in der durch hohe Bevölkerungsdichte und große Wirtschaftskraft geprägten EUREGIO zu verbessern, zu erleichtern und zu beschleunigen sowie eine an gemeinsamen Zielen orientierte Strafverfolgung zu institutionalisieren.

3. März 2014

"Das Jahrhundert der Extreme": Plakatausstellung in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Vom 06.03. bis zum 13.06.2014 zeigt die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen die Plakatausstellung "Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme - Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert". 26 großformatige Plakate erzählen die dramatische Geschichte Europas im 20. Jahrhundert zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Demokratie und Diktatur. 100 Jahre nach der "Urkatastrophe" des 1. Weltkriegs lädt die Ausstellung zu einer historischen Ortsbestimmung ein, zu der das Jahr 2014 herausfordert.

21. März 2014

"Die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts unter besonderer Berücksichtigung des Strafvollzuges": Vortrag von RiOLG Dr. Martin Kessen in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Am Dienstag, dem 11. März 2014, hat Herr RiOLG Dr. Martin Kessen in der Aula der Fachhochschule einen Vortrag zum Thema "Die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts unter besonderer Berücksichtigung des Strafvollzuges" gehalten. Er ließ durch seine facettenreichen Schilderungen bei den zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörern ein plastisches Bild der Geschichte und Arbeitsstrukturen des Bundesverfassungsgerichtes unter besonderer Beachtung justizvollzugsrelevanter Entscheidungen entstehen.

27. März 2014

"Gewalt unter jungen Gefangenen" - Vortrag von Professor Dr. Frank Neubacher: Wesentlicher gewaltreduzierender Faktor: Erleben von Verfahrensgerechtigkeit

Am Mittwoch, dem 26. März 2014, hat Herr *Professor Dr. Frank Neubacher*, Direktor des Instituts für Kriminologie an der Universität zu Köln, in der Fachhochschule vor den Studierenden und Lehrenden des Studiengangs Strafvollzug einen Vortrag über "Gewalt unter jungen Gefangenen - Ergebnisse eines kriminologischen Forschungsprojekts in Nordrhein-Westfalen und Thüringen" gehalten.

26. April 2014

Freiwillig und erfolgreich: Neue Webmaster der Justiz 2014

Zum sechsten Mal in Folge haben Studierende der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen freiwillig und erfolgreich einen Kurs zum "Webbetreuer der Justiz" absolviert und sind nunmehr in der Lage, die Justiz Nordrhein-Westfalens bei ihren zahlreichen Internet- und Intranet-Auftritten zu unterstützen: sei es bei den verschiedenen Projekten von Justiz-Online - allen voran "Justiz intern" für den beruflichen Wiedereinstieg oder Wechsel - oder bei der Pflege der Homepages der rund 300 Justizeinrichtungen Nordrhein-Westfalens.

2. Mai 2014

Studentensprecherkonferenz: an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Zwischen dem 15. und dem 18.04.2014 hatte die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen die Ehre, Ausrichter der jährlichen Studentensprecherkonferenz zu sein.

In diesen Rahmen trafen am ersten Abend die Studentensprecher fast aller Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes in der BRD an der FHR NRW ein. Deutschlandweit wurden von den FH's Vertreter entsandt, aus diversen verschiedenen Fachbereichen, von der Rechtspflege, Polizei, sowie aus den Fachrichtungen Öffentliche-, Kommunal-, Wirtschafts- und Finanzverwaltung.

12. Juni 2014

Spezialisten für den Vollzug, Generalisten im Vollzug: Der Fachbereich Strafvollzug der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen stellt sich vor

Der Fachbereich Strafvollzug stellt sich im aktuellen Justiznewsletter der Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges vor.

Der Fachbereich Strafvollzug der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel ist bundesweit ein Unikat. Rund drei Viertel der Bundesländer lassen hier den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst für ihre Justizvollzugsanstalten ausbilden. Diese Bediensteten leiten beispielweise Vollzugsabteilungen, Wirtschaftsverwaltungen oder Abteilungen für die Sicherheit der Anstalten.

1. Juli 2014

Ankunft in Bad Münstereifel

Justizminister Thomas Kutschaty hat heute Ministerialrat Dr. Benjamin Limbach zum neuen Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen und zugleich zum neuen Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz ernannt.

18. Juli 2014

Besuch der École Nationale de la Magistrature: Ein internationaler Austausch mit Dozentinnen und Dozenten aus vier Kontinenten

Herr Richter am Amtsgericht Dr. Roland Schlüter, Dozent an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, hat im Rahmen des von der Europäischen Union unterstützten Austauschprogramms für Juristen (European Judicial Training Network - EJTN) an einem internationalen Seminar an der französischen Justizakademie (École Nationale de la Magistrature – ENM) teilgenommen. Das zweiwöchige Seminar hat sowohl an dem Standort in Paris als auch in Bordeaux stattgefunden.

4. August 2014

98 neue Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter haben ihr Studium an der Fachhochschule für Rechtspflege aufgenommen

Nachdem sie bereits am 1. August 2014 in den Oberlandesgerichten Düsseldorf, Hamm und Köln ihre Ernennungsurkunden erhalten hatten, haben am 4. August 2014 98 Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter das Studium an der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel begonnen.

3. September 2014

27. Deutsche Waldlaufmeisterschaften der Justiz: Dozentin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen erzielt 2. Gesamtplatz der Frauen

Marika Koep und Ralf Pannen, Dozenten der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, nahmen am 30.08.2014 an der 27. Deutschen Waldlaufmeisterschaft der Justiz in Siegburg teil. Die JVA Siegburg hatte in diesem Jahr die Organisation der Laufveranstaltung übernommen, an der über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Justizvollzugsanstalten und Gerichten aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen.

8. September 2014

Alle Jahre neu: Jahresbericht der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen 2013

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen hat ihren Jahresbericht für das Jahr 2013 vorgelegt. Ebenso wie die Vorjahre wurde auch dieses Jahr durch hohe Anwärterzahlen geprägt. In den verschiedenen Studiengängen und Studienabschnitte haben 845 Studierende in Bad Münstereifel sowie - unter dem Dach des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen - weitere 339 Anwärterinnen und Anwärter an den Standorten Bad Münstereifel und Monschau die Ausbildung durchlaufen.

17. September 2014

Studienbeginn im Fachbereich Strafvollzug: Anwärtinnen und Anwärter aus 7 Bundesländern

Am 01.09.2014 haben an der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel 37 Anwärtinnen und Anwärter das Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin (FH) bzw. zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) aufgenommen. Anders als ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen im Fachbereich Rechtspflege stammen sie nicht nur aus Nordrhein-Westfalen (11), sondern auch aus Hessen (5), Mecklenburg-Vorpommern (2), Rheinland-Pfalz (5), Sachsen (4), Sachsen-Anhalt (5) und Thüringen (5).

13. Oktober 2014

5. Kunst- und Handwerkermarkt an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen: ...und in der Mensa ein kleiner Genussmarkt

Am letzten Sonntag im Oktober, dem 26. Oktober 2014, von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr, findet zum 5. Mal ein Kunst- und Handwerkermarkt in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel statt. Zum 1. Mal wird in der Mensa ein kleiner Genussmarkt mit Produkten aus der Region, wie Honig, Marmeladen und Käse angeboten werden.

28. Oktober 2014

Minister Kutschaty besucht die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen und das Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen

Am 24. Oktober 2014 bekamen die Fachhochschule für Rechtspflege und das Ausbildungszentrum der Justiz in Bad Münstereifel hohen Besuch: Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kutschaty wollte sich persönlich einen Eindruck von den Arbeits- und Lernbedingungen an diesen beiden Einrichtungen verschaffen.

30. Oktober 2014

5. Kunst- und Handwerkermarkt an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen: 1500 zufriedene Gäste

Am Sonntag, dem 26. Oktober 2014, fand zum fünften Mal an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen der traditionelle Kunst- und Handwerkermarkt statt, der in diesem Jahr erstmals durch einen kleinen Genussmarkt ergänzt wurde.

19. November 2014

Studienfahrten 2014: Der Blick über den Tellerrand

Der weit überwiegende Teil der Studierenden des Einstellungsjahrgangs 2013 hat im September 2014 gemeinsam mit den Studiengruppenleitern Studienreisen in das europäische Ausland, aber auch in ein anderes Bundesland unternommen. Ziele waren in diesem Jahr Florenz, Rom, Wien, Lissabon, Mailand, Barcelona und Hamburg.

28. November 2014

Rechtsausschuss zu Besuch in Bad Münstereifel

Am 26. November 2014 hat der Rechtsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags die Fachhochschule für Rechtspflege und das Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen am Standort Bad Münstereifel besucht. Die Abgeordneten unter dem Vorsitz von Herrn

Dr. Robert Orth MdL wollten sich einen Eindruck von beiden Institutionen sowie den dortigen Studien- und Arbeitsbedingungen verschaffen. Begleitet wurde der Rechtsausschuss von Justizminister Thomas Kutschaty, Staatssekretär Karl-Heinz Krems und weiteren Führungskräften des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.

5. Dezember 2014

201 neue Diplomandinnen und Diplomanden: Diplomierungsfeier 2014

Am Donnerstag, dem 27. November 2014, fand in Bad Münstereifel die diesjährige Diplomierungsveranstaltung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen statt. Nach einer Begrüßung durch den Direktor der Fachhochschule, Herrn Dr. Benjamin Limbach, und einem Grußwort des Bürgermeisters, Herrn Alexander Büttner, hielt Herr Staatssekretär Karl-Heinz Krems die Festansprache zu Ehren der 201 Diplomandinnen und Diplomanden der Fachbereiche Rechtspflege und Strafvollzug.

Justizminister informierte sich

Thomas Kutschaty besuchte Münstereifeler Fachhochschule für Rechtspflege

Von JOHANNES MAGER

BAD MÜNSTEREIFEL. „Wirksamkeit und Widerruf einer Verfügung von Todes wegen“ stand bei den Studenten der Fachhochschule für Rechtspflege (FHR) NRW auf dem Stundenplan. „Ich weiß nicht, ob ich eine Klausur im Erbschaftsrecht so ohne weiteres bestehen würde“, gab NRW-Justizminister Thomas Kutschaty zu. Den Studenten aber bestätigte er, „fit“ zu sein.

» Die Justiz steht zum Standort Bad Münstereifel. «

THOMAS KUTSCHATY
über die Zukunft der FHR

Der Besuch des Unterrichts war für den Landesminister einer der Programmpunkte bei seinem Besuch in der FHR. „Die Justiz steht zum Standort Bad Münstereifel, denn es ist das Justizausbildungszentrum NRW“, so Kutschaty. Außerdem werde dort die Ausbildung für 12 Bundesländer durchgeführt. „Ein größeres Kompliment kann man der Einrichtung nicht machen“,

findet der Minister. Nach einem Rundgang führte Kutschaty zunächst Gespräche mit FHR-Direktor Dr. Benjamin Limbach, dessen Stellvertreterin Ulrike Cürten, dem Geschäftsführer der Monschauer Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz in NRW, Norbert Coenen, und einigen Dozenten.

„Ernsthafte Defizite gebe es nicht. Zur Debatte stehe zum Beispiel eine Verschiebung der Ausbildung vom praktischen zu mehr theoretischem Inhalt. „Da ist es gut, mal mit den Praktikern vor Ort zu sprechen“, erklärte der Justizminister. Das Gespräch suchte er auch mit den Studenten, nachdem sie den Erbschaftsfall gelöst hatten, den Dozentin Elfriede Walter ihnen gestellt hätte. Die Studienbedingungen seien optimal, so der Tenor der Studenten. Lernen könne man gut. „Es gibt wenig Ablenkung“, fand einer von ihnen, woraufhin sowohl die Studienkollegen als auch die Bediensteten in schallendes Gelächter ausbrachen. „Ich treffe gleich den Bürgermeister. Soll ich ihm das sagen?“, bot Kutschaty augenzwinkernd an.

Über das Essen könne sich niemand beklagen, das sei hervorragend, so einer der Studenten. Auch die Qualität des

Im Gespräch mit den Studenten bat NRW-Justizminister Thomas Kutschaty um deren Kritik. (Foto: Mager)

Unterrichts und die Größe des Klassenverbands empfinden die jungen Menschen gut. Sie sei optimal, um mitzubekommen, welcher Student in welchem Bereich Probleme habe, hieß es mehrfach. In Lerngruppen helfe man sich gegenseitig. Zu bemängeln sei höchstens der veraltete Stand der Unterlagen, doch daran werde ja bereits gearbeitet, erklärten die Studenten. Zudem regten sie an, eine zweite Person als Wachschutz einzustellen, da

der derzeitige Wachmann sowohl für das Gebäude an der Schleidtalstraße als auch jenes an der Hermann-Pünder-Straße zuständig sei.

Der Minister interessierte sich auch dafür, wieso die jungen Menschen sich für diesen Studiengang entschieden haben. Deutlich wurde dabei, dass die meisten erst im Laufe der intensiven Beschäftigung mit Ausbildung und Beruf auf den Studiengang stießen. „Auf den Internetseiten der Justiz-

ministerien stehen in jedem Bundesland Standardtexte“, so die Erfahrung einer Studentin. „Haben Sie denn schon die neuen Filme gesehen, die wir für das die Homepage gemacht haben? In einem habe ich sogar mitgespielt“, wollte Kutschaty wissen. „Ach so, ja, das war der beste Film“, so die spitzzüngige Antwort der Studentin. „Sie brauchen sich um Ihre Note keine Sorgen mehr zu machen“, feixte der Minister zurück.

Offenes Ohr für die Studenten

BESUCH Minister Kutschaty an der FHR

VON JOHANNES MAGER

Bad Münstereifel. „Wirksamkeit und Widerruf einer Verfügung von Todes wegen“ stand bei den Studenten der Fachhochschule für Rechtspflege (FHR) NRW auf dem Stundenplan. „Ich weiß nicht, ob ich eine Klausur im Erbschaftsrecht so ohne Weiteres bestehen würde“, gab NRW-Justizminister Thomas Kutschaty zu.

Der Blick in den Unterricht war einer der Programmpunkte beim Besuch des Ministers in der FHR. „Die Justiz steht zum Standort Bad Münstereifel, denn es ist das Justizausbildungszentrum NRW“, so Kutschaty. Außerdem werde dort die Ausbildung für zwölf Bundesländer durchgeführt. „Ein größeres Kompliment kann man der Einrichtung nicht machen“, findet der Minister. Nach einem Rundgang führte Kutschaty Gespräche mit FHR-Direktor Dr. Benjamin Limbach, dessen Stellvertreterin Ulrike Cürten, dem Geschäftsleiter der Monschauer Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz in NRW, Norbert Coenen, und einigen Dozenten.

Zur Debatte stehe zum Beispiel eine Verschiebung der Ausbildung vom praktischen zu mehr theoretischem Inhalt. „Da ist es gut, mal mit den Praktikern vor Ort zu sprechen“, sagte der Justizminister. Er suchte auch das Gespräch mit den Studenten. Die Studienbedingungen seien optimal, meinten sie. „Es gibt wenig Ablenkung“, fand einer von ihnen, woraufhin sowohl die Studienkollegen als auch die Bediensteten in schallendes Gelächter ausbrachen. „Ich treffe gleich den Bürgermeister. Soll ich ihm das sagen?“, bot Kutschaty augenzwinkernd an. Zu bemängeln sei höchstens der veraltete Stand der Unterkünfte, meinten die Studenten.

Der Minister interessierte sich auch dafür, warum die jungen Menschen sich gerade für diesen Studiengang entschieden haben. Deutlich wurde dabei, dass die meisten erst im Laufe der intensiven Beschäftigung mit Ausbildung und Beruf darauf gestoßen waren. „Auf den Internetseiten der Justizministerien stehen bei jedem Bundesland nur Standardtexte“, so die Erfahrung einer Studentin.

Im Gespräch mit den Studenten bat NRW-Justizminister Thomas Kutschaty um deren Kritik.

BILD: MAGER

SEN03V/1

Anlage 1:

Professoren, Dozentinnen und Dozenten (Stand: 31. Dezember 2014)

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Schwerpunkte der Lehrtätigkeit bzw. sonstigen Aufgaben
Achenbach	Kai	Justizamtmann	<u>FHR und/oder AZJ:</u> SVR, KOR, ZVR IT-Aufgaben
Bannert	Beate	Justizoberinspektorin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> SVR, GBR, ÖDR, StR, GSO
Dr. Bast	Klaus	Richter am Amtsgericht	<u>FHR:</u> BGB I–III, FAR, ZPR, VIR, StR
Dr. Becker	Matthias	Professor	<u>FHR:</u> BGB I–III, FAR, NLR, IPR, ZPR, VIR
Birx	Michael	Oberregierungsrat	<u>FHR:</u> BWL, KLR, Rechnungswesen, Investitionsrechnung, EPOS.NRW
Buttgereit	Elke	Justizamtsrätin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> FAR, HRR, NLR, ÖDR, ÖR
Dr. Cassone	Stefan	Oberregierungsrat	<u>FHR:</u> ZR, VR
Cürten	Ulrike	Leitende Regierungsdirektorin Ständige Vertreterin des Direktors der FHR und stellvertretende Leiterin des AZJ	<u>FHR:</u> VR, StVerwR, StR, BGB I, II <u>FHR und AZJ:</u> Leitungsaufgaben
Dappozzo	Barbara	Justizamtsrätin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> VWS, GBR, ZPR, InsO, ZVR, VIR Verfahrenspflegestelle Mobiliarvollstreckung
Dormann	Andreas	Regierungsrat	<u>FHR:</u> Leiter des IT-Zentrums Leitung der Verfahrenspflegestellen „IT-ZVG“ und „RASYS“, der Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland

Dr. Ehlers (bis 31.07.2014)	Thorsten	Richter am Amtsgericht	<u>FHR:</u> BGB I-IV, ZPR
Dr. Els	Frank	Professor	<u>FHR:</u> StR, StPO, BGB I-III, FAR, ZPR, VIR
Fischer	Dagmar	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ:</u> HRR, WBK, ZVR, NLR
Dr. Friedrich (seit dem 01.09.2014)	Maximilian	Richter	<u>FHR:</u> ABR, ZPR
Dr. Fritsche	Ingo	Professor	<u>FHR:</u> BGB II und III, NLR, WPR IT-Aufgaben
Dr. Fuhrmann	Sebastian	Richter am Landgericht	<u>FHR:</u> ABR, ZPR <u>AZJ:</u> FAR
Gutschmidt	Bernhard	Oberregierungsrat	<u>FHR:</u> HRR, ZPR, SVR
Henderson	Michael	Richter	<u>FHR und/oder AZJ:</u> BGB I, FAR, ZPR, VIR, ÖR, InsO
Dr. Jacobi	Knut	Professor	<u>FHR:</u> BGB I-V, IPR, WPR, StR,
Jenisch	Oliver	Staatsanwalt	<u>FHR:</u> StPO, StVR
Dr. Kathstede	Gerd	Richter am Amtsgericht	<u>FHR:</u> BGB I-II, ZPR I-II, FAR, BÜR II <u>AZJ:</u> FAR
Kerkmann	Astrid	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ:</u> KOR, ÖDR, ZPR, FAR, VWS
Kerkmann	Heinz-Georg	Amtsanwalt	<u>FHR und/oder AZJ:</u> StR, SVR, StVR, ÖDR
Klos	Hans Dieter	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ:</u> KOR, ZVR, InsO
Knabenschuh	Christiane	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ:</u> KOR, ÖDR, StR, GSO
Koep	Marika	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ:</u> KOR, ÖDR, VWS
Kremer	Ralf	Richter am Oberlandesgericht	<u>FHR:</u> BGB I-III, FAR, StR

Lechner-Jonas	Almut	Regierungsrätin	<u>FHR</u> : PSYCH, KOM
Lenze-Müller (bis 30.08.2014)	Stefanie	Justizoberinspektorin	<u>FHR und/oder AZJ</u> : GBR, KOR, ÖR, GSO
Dr. Münster	Peter	Professor	<u>FHR</u> : StVerwR, StR, VR
Nenn	Simone	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : SVR, VWS, KOR, InsO, ÖR, GSO
Dr. Neukirchen	Christoph	Professor	<u>FHR</u> : BGB I-III, FAR, NLR, IPR, StR, StPO, Leitung des fachwissenschaftlichen Studiums für den Amtsanwaltsdienst
Nolte-Gehlen	Beate	Regierungsdirektorin	<u>FHR</u> : PSYCH, KRIM, KOM Studienberatung Stellvertretende Sprecherin des Fachbereichsrats Strafvollzug
Pannen	Ralf	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ</u> : HRR, ÖR, ÖDR, VWS, WBK, Gerichts- organisation - Organisationsaufgaben AZJ - Beauftragter für pädagogisch- didaktische Angelegenheiten
Ramm	Robert	Oberregierungsrat	<u>FHR</u> : GBR, ZPR, VIR
Dr. Roentgen	Frederik	Professor	<u>FHR</u> : BWL, KLR, Rechnungswesen, Investiti- onsrechnung
Rokitta-Liedmann	Marlies	Oberregierungsrätin	<u>FHR</u> : ZVR, ZPR, NLR
Schäfersküpper	Michael	Regierungs- oberamtsrat	<u>FHR</u> : PV, AV, Soziale Sicherung, Vollstre- ckung, Datenschutz, Sicherungsverwah- rung, Gelder der Gefangenen
Dr. Schlüter	Roland	Richter am Amtsgericht	<u>FHR</u> : ABR, ZPR, FAR, ÖR <u>AZJ</u> : FAR

Schmidt	Thomas	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ:</u> KOR, HRR Leitung „Justiz-Online Webauftritte“ und „Justiz intern“, Leitung der Verfahrenspflegestelle Mobilarvollstreckung, Beauftragter für den Studierendensport
Schröder	Bernhard	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ:</u> VWS, GBR, ZVR
Dr. Schulte-Bunert	Kai	Professor	<u>FHR:</u> BGB I–V, ZPR, ÖR, IPR Sprecher des Fachbereichsrats Rechtspflege
Schweda	Holger	Richter am Landgericht	<u>FHR:</u> BGB I–V, ZPR, ÖR, ÖDR, WPR, StR, StPO, VIR
Simon	Stefanie	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ:</u> ÖDR, KOR, FAR, VWS, ZVR
Steffen	Manfred	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ:</u> GBR, ZVR, NLR, FAR
Stieve	Sonja	Justizoberinspektorin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> ZVR, NLR, KOR, HRR, StR
Dr. Tauberger	André	Professor	<u>FHR:</u> BWL, WBK, Strategisches und operati- ves Controlling, KLR, Investitions- rechnung, Organisation und Organisa- tionsentwicklung Leiter des Zentrums für Betriebswirt- schaft
Theißen-Fuß	Aloisia	Justizamtsrätin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> HRR
Thimm	Ulrich	Oberregierungsrat	<u>FHR:</u> PV, VV, HHR Sprecher des Fachbereichsrats Strafvollzug
Ulhaas (seit dem 01.09.2014)	Jennifer	Justizinspektorin	<u>FHR</u> SVR <u>AZJ</u> FAR, HRR, GBR, GSO, VWS

Walter	Elfriede	Oberregierungsrätin	<u>FHR:</u> NLR, VIR, KOR <u>FHR und AZJ:</u> Organisation der Lehre Stellvertretende Sprecherin des Fachbereichsrats Rechtspflege
Wiesel	Margret	Oberregierungsrätin	<u>FHR:</u> KOR, NLR Gleichstellungsbeauftragte
Zimmermann	Alexandra	Justizoberamtsrätin	<u>FHR und AZJ:</u> SVR, GBR
Zielezny	Christof	Regierungs- oberinspektor	<u>FHR:</u> PV, AV, VV

Abkürzungen:

ABR - Allgemeines Bürgerliches Recht

AV -Arbeitsverwaltung

BGB - Bürgerliches Gesetzbuch

BWL - Betriebswirtschaftslehre

FAR - Familienrecht

GBR - Grundbuchrecht

GSO - Geschäftsordnung

HR – Haushaltsrecht

HRR - Handelsregisterrecht

InsO - Insolvenzrecht

IPR - Internationales Privatrecht

KLR - Kosten- und Leistungsrechnung

KOM - Kommunikation

KOR - Kostenrecht

KRIM - Kriminologie

NLR - Nachlassrecht

ÖDR - Öffentliches Dienstrecht

ÖR - Öffentliches Recht

PSYCH - Psychologie

PV - Personalverwaltung

RASYS - Rechtsantragstellensystem

StPO - Strafprozessordnung

StR - Strafrecht

StVerwR - Staats- und Verwaltungsrecht

StVR - Straßenverkehrsrecht

StR – Strafrecht

SVR - Strafvollstreckungsrecht

VIR - Vollstreckungs- und Insolvenz-
recht

VR - Vollzugsrecht

VV - Vollzugsverwaltung

VWS - Verwaltungssachen

WBK - Wirtschafts- und Bilanzkunde

WPR - Wertpapierrecht

ZPR – Zivilprozessrecht

ZVG - Zwangsversteigerungsgesetz

ZVR – Zwangsversteigerungsrecht

Anlage 2:

Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: 31.12.2014)

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Aufgabenfeld
Romeike	Heike	Oberregierungsrätin	Geschäftsleiterin
Arends	Margret	Justizbeschäftigte	Kanzlei und Allg. Verwaltungsaufgaben
Cerniglia	Gina	Justizbeschäftigte	Geschäftsstellenverwaltung
Glos	Gabriele	Justizbeschäftigte	Allg. Verwaltungsaufgaben (insbes. IT-Bereich)
Groß	Elke	Justizamtsinspektorin	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Heck	Claudia	Justizbeschäftigte	Kanzlei
Heck	Heinz	Justizamtsinspektor	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung Koordinator IT- Betreuungsverbund
Hein	Angelika	Justizbeschäftigte	Vorzimmer
Jungmann	Marion	Justizbeschäftigte	Kanzlei
Krämer	Carmen	Justizbeschäftigte	Kanzlei und Allg. Verwaltungsaufgaben
Müller	Timo	Justizvollzugsoberssekretär	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Pape-Schlich	Roswitha	Justizbeschäftigte	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung (insbes. IT-Bereich)

Schmitz	Marlene	Justizbeschäftigte	Bücherei
Schneider	Ralf	Justizamtsinspektor	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Sigel	Astrid	Justizamtsinspektorin	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Stenshorn	Sonja	Justizamtsinspektorin	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Truckenbrodt	Michael	Justizamtman	Stellvertretender Geschäftsleiter
Ullrich	Bernd	Justizbeschäftigter	Koordinator Betreuungsverbund IT
Vogel	Margarete	Justizbeschäftigte	Allg. Verwaltungsaufgaben
Behrend	Rolf-Peter	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Lückerath	Walter	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Marschollek	Theo	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Mörsch	Karl-Heinz	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Barion	Brigitte	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Battaglioli	Stefanie	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Blindert	Waltraud	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Fass	Christel	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Gassen	Brigitte	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Hurtz	Josepha	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Matthiesen	Gisela	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Müller	Helene	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind teilweise nur mit einem Teil der vollen Arbeitszeit tätig.

Ein Mitarbeiter der Verwaltung sowie zwei Mitarbeiterinnen des Reinigungsdienstes befanden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit (Blockmodell).

Eine Mitarbeiterin des Reinigungsdienstes war zum 1. Juni 2014 infolge Rentenbezugs ausgeschieden.

Anlage 3:

Grußwort

**von Herrn Staatssekretär Karl-Heinz Krems
anlässlich der Diplomierungsveranstaltung
an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
in den Studiengängen Rechtspflege und Strafvollzug
am 27. November 2014**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Dr. Limbach,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Büttner,
sehr geehrte Damen und Herren,
vor allem: liebe Diplomandinnen und Diplomanden,

ich freue mich, heute den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2014 in den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug gratulieren zu können. Sehr gerne bin ich Ihrer Einladung, lieber Herr Dr. Limbach, gefolgt, um gemeinsam mit Ihnen hier in Bad Münstereifel zu feiern.

Liebe Diplomandinnen und Diplomanden,

das Studium, das Sie absolviert haben, ist wahrlich sehr anspruchsvoll. Sie haben in nur drei Jahren in theoretischer und praktischer Hinsicht sehr viel gelernt. Hierauf können Sie stolz sein. Diese kompakte Wissensvermittlung ist nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen optimal sind. Insofern bin ich froh, dass wir solche hervorragenden Lern- und Arbeitsbedingungen hier in Bad Münstereifel vorfinden. Das idyllische Städtchen bietet - Sie haben es ja gemerkt - dabei auch viel Raum und Ruhe zum Lernen, Studieren und Nachdenken. Eine wichtige Voraussetzung, um hier erfolgreich abschließen zu können - auch wenn der eine oder andere von Ihnen sich

vielleicht zu Beginn des Studiums etwas mehr Ablenkung gewünscht hätte. Jedenfalls höre ich in Gesprächen mit Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern oft, dass die Zeit in Bad Münstereifel trotz Lernstress und Leistungsdruck in guter Erinnerung geblieben ist.

Meine Damen und Herren,

vor allem bin ich stolz darauf, dass wir hier nach wie vor die Gelegenheit haben, trotz der großen Absolventenzahlen das Lehrgespräch in kleinen Gruppen anbieten zu können. Es ist selbstverständlich, dass dies die Lernintensität steigert. Ganz herzlich danken möchte ich in diesem Zusammenhang auch den überaus engagierten und kompetenten Lehrkräften. Die Dozentinnen und Dozenten haben einen sehr wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass so viele von Ihnen die Prüfung mit einem beachtlichen Erfolg bestanden haben.

Wenn Sie Ihre Ausbildung Revue passieren lassen, stellt sich insbesondere die Frage: Was ist eigentlich Aufgabe der fachwissenschaftlichen und fachpraktischen Studienzeiten? Ein wichtiges Ziel besteht sicherlich darin, aus den Studierenden möglichst viele gute Absolventinnen und Absolventen zu machen, die sich später in der Praxis bewähren.

Das schafft man nicht alleine dadurch, dass man versucht, Ihnen möglichst rasch viel Wissen in möglichst kurzer Zeit einzutrichern, und dann nachprüft, was davon hängen geblieben ist. Wann braucht man schon einen Höchstbetrags-sicherungshypothekenbestellungsverpflichtungsvertrag?

Die Komplexität des Prüfungsstoffs setzt vielmehr Verständnis von den rechtlichen Zusammenhängen voraus. Es geht also auch und vor allem darum, Ihnen, den Studierenden, die richtigen Fragen zu stellen, damit Sie sich Wissen so aneignen, dass Antworten eigenständig entwickelt werden können. Anders ausgedrückt: Man will Ihnen beibringen, selbstständig zu denken und zu entscheiden.

Dies und auch die erforderliche Persönlichkeitsentwicklung brauchen genügend Zeit, um zu reifen. Wenn ich mich hier so umschaue, bin ich davon überzeugt, dass dieses hochgesteckte Ziel erreicht worden ist. Dies freut mich sehr.

Liebe Diplomandinnen und Diplomanden,

das intensive gemeinsame Lernen und Arbeiten und die Unterkunft hier in Bad Müns-tereifel werden sicherlich dazu beigetragen haben, dass Sie sich auch persönlich näher kennengelernt haben. Vielleicht sind sogar Freundschaften fürs Leben entstanden, was mindestens ebenso wichtig ist, wie der berufliche Erfolg. Darüber hinaus haben Sie durch die gemeinsame Arbeit Kolleginnen und Kollegen hinzu gewonnen, mit denen Sie sich auch in Zukunft beruflich austauschen können. Dies erleichtert nicht zuletzt den beruflichen Einstieg. Nutzen Sie diese Kontakte. Hiervon profitieren nach meiner Erfahrung stets beide Seiten.

Vielleicht denken Sie zum Abschluss des Studiums auch noch einmal an den ersten Tag zurück, als Sie auf etwas ungewöhnliche Weise vom damaligen Studium II in Empfang genommen worden sind. Sie haben - wenn ich richtig informiert bin - zum Beispiel zeitnah am Ankunftstag einen Test mit Fragen geschrieben, die zu Beginn des Studiums wirklich nicht zu beantworten waren. Darüber hinaus berichtete man Ihnen von den vermeintlich „strengen Regeln“ an der Fachhochschule, zum Beispiel von einer „schwarz-weiß Kleiderordnung“, vom Fernsehverbot, vom Ablegen eines Sportabzeichens, um nur einiges zu erwähnen.

Am ersten Tag weiß man nicht so genau, was einen erwartet. Diese scherzhafte Begrüßung hat aber, nachdem der erste Schreck überwunden war, sicherlich zur Auflockerung beigetragen und zeigt zugleich, dass bei der Justiz Menschen arbeiten, mit denen man Spaß haben kann und die sich darauf freuen, dass Sie alle unser Team tatkräftig unterstützen und verstärken.

In Erinnerung werden auch viele persönliche Erlebnisse bleiben, wie zum Beispiel die Studiengruppenfahrten, die Studiengruppenabende und die Sportfeste und andere Feierlichkeiten. Diese haben den Zusammenhalt untereinander gefestigt und auch die Gelegenheit eröffnet, mit den Lehrkräften das eine oder andere persönliche Wort zu wechseln. Dies ist ein Vorteil der campusartigen Unterbringung.

Nun einige Worte speziell an Sie, liebe Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger:

Ihre neue Tätigkeit hat sich zu einem hoch anspruchsvollen, spezialisierten und eigenständigen Beruf entwickelt.

Dies wird gerade immer wieder deutlich bei dem Ereignis, das wir heute feiern, nämlich Ihre bestandene Prüfung: Wie mir Prüferinnen und Prüfer berichtet haben, ist es für einen sogenannten Volljuristen oftmals leichter, in den juristischen Staatsexamina zu prüfen, als bei Ihnen, den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern.

Dies vor allem auch deshalb, weil Ihre Themenbereiche so speziell und ausdifferenziert sind. Richterinnen und Richter, die auch über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Rechtspflegers zu befinden haben, berichten, dass es schon recht lange dauern kann, bis man sich in diese von Ihnen zu beherrschenden speziellen Themen eingearbeitet hat.

Und wie Ihnen natürlich bestens bekannt ist, sind die Einsatzbereiche des Rechtspflegers vielfältig und äußerst herausfordernd: Sie sind zuständig für die Bearbeitung von Grundbuch-, Nachlass-, Betreuungs-, Insolvenz-, Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs- und Registersachen bei den Gerichten oder auch für die Strafvollstreckung bei den Staatsanwaltschaften. Zudem gibt es Einsatzbereiche in der Fachgerichtsbarkeit, um nur einige Beispiele zu nennen. In Ihren Entscheidungen sind Sie, wie Sie es in § 9 des Rechtspflegergesetzes nachlesen können, weisungsfrei, also sachlich unabhängig und nur an Recht und Gesetz gebunden.

Sie werden in kurzer Zeit mit ganz verschiedenen Vorschriften vertraut gemacht. Zwar braucht man in vielen Gesetzen manchmal nur bestimmte Abschnitte. Trotzdem muss man in den Gesetzessammlungen ständig hin- und herblättern. Ich befürchte, dass selbst die Nutzung einer Gesetzes-App hier auch nicht viel weiter helfen wird. Die einzelnen maßgeblichen Abschnitte versteht man oft auch nur, wenn man zumindest einen Überblick über das große Ganze gewonnen hat. Es ist wichtig, die Methodik und die dahinterstehenden Strukturen und gesetzgeberischen Wertungen zu begreifen. Nur so ist es überhaupt möglich, die vielen Einzelprobleme, die sich isoliert betrachtet ohnehin kaum jemand erschöpfend merken kann, adäquat zu lösen. Umso mehr gilt dies im Umgang mit neu auftretenden Rechtsfragen oder sogar unbekanntem Gesetzen.

Darüber hinaus werden von Ihnen auch andere Eigenschaften verlangt, wie zum Beispiel Urteilskraft, Verantwortungsbewusstsein, Entschlussfähigkeit und Einfühlungsvermögen.

Sie müssen auch lernen und erfahren, wie man sich auf der Rechtsantragsstelle geschickt verhält. Hier trifft man oft auf Menschen, die sich in einer persönlichen Ausnahmesituation befinden. Die Anforderungen, in dieser schwierigen Situation zu einem angemessenen und praxisgerechten Ergebnis zu kommen und dabei auch mit Empathie auf die rechtsuchenden Menschen einzugehen, sind sicherlich andere, als wenn man alleine in seinem Büro eine schwierige Rechtsfrage zu lösen hat.

Und nun zu Ihnen, liebe Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs Strafvollzug:

Auch Ihnen möchte ich ganz herzlich zum bestandenen Examen gratulieren und alles Gute für die "ersten Schritte" im beruflichen Alltag wünschen.

Nachdem Sie sich in den vergangenen drei Jahren mindestens mit der Hälfte der Zeit vornehmlich dem Studium von Gesetzestexten und der Theorie des Strafvollzuges mit seinen Möglichkeiten und Grenzen gewidmet haben dürften, folgt nun der "Praxistest", den die Absolventen aus Nordrhein-Westfalen in einer unserer 37 Justizvollzugsanstalten zu bestehen haben.

Ich weiß, dass Sie in Ihren künftigen Stammanstalten bereits freudig erwartet werden. Die Personalsituation Ihrer Laufbahn ist - das werden Sie auch bereits während der Ausbildung mitbekommen haben - angespannt; ich könnte jeden von Ihnen mindestens zwei, vielleicht sogar drei Mal im Land verteilen, da bin ich mir sicher.

Daraus ergibt sich zwangsläufig auch, dass es vor Ort keine besondere Schonfrist mehr geben wird; eine unmittelbare Einbindung in den Vollzugsalltag mit all seinen Facetten garantiere ich Ihnen schon heute.

Ihre Voraussetzungen dafür sind günstig, liebe Absolventinnen und Absolventen: Ausgestattet mit einer fachlich fundierten, vielfältigen und vollzugsspezifischen Ausbildung, die neben den fachspezifischen Kenntnissen auch die Befähigung für Ihre

zukünftige Führungsverantwortung umfasst, sind Sie bestens präpariert, den "Praxistest" zu bestehen.

Dabei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es für die Fachhochschule eine besondere Herausforderung war, in der akademischen Lehre die vollzugsrechtlichen Fächer zu meistern. Durch die sog. Föderalismusreform (2006) erfolgte eine Übertragung der Gesetzgebungskompetenzen für den Vollzug der Freiheitsstrafe und der Untersuchungshaft auf die Länder. Dies generiert eine sukzessiv wachsende Zahl an unterschiedlichen Vollzugsgesetzen. Da die Studierenden des aktuellen Examensjahrgangs nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, sondern darüber hinaus aus den Ländern Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen stammen, mussten die Bestimmungen von insgesamt 15 unterschiedlichen Gesetzen in die Lehre integriert werden.

Konnte man sich im Kernfach des Strafvollzugsrechts noch auf drei Gesetze (Bundesstrafvollzugsgesetz, Niedersachsen, Hessen) beschränken, so waren im Bereich des Jugendvollzuges und der Untersuchungshaft jeweils sechs verschiedene Gesetzesgrundlagen zu vermitteln. Hierzu mussten neue Wege in Lehrplanung und Didaktik beschritten werden. Besondere Konzepte einer parallelen und synoptisch-vergleichenden Vermittlung des Lehrstoffs wurden entwickelt. Hierdurch konnte gewährleistet werden, dass trotz der bestehenden Gesetzesvielfalt jeder einzelne Studierende auf die spezifisch für sein Bundesland maßgebliche Rechtsgrundlage hin ausgebildet wurde. Auch in Zukunft wird ein immer bunter werdendes Spektrum an Vollzugsgesetzen eine zentrale und wachsende Herausforderung für die Fachhochschule bleiben.

Die sich Ihnen nunmehr bietenden Möglichkeiten sind auch im Übrigen so vielfältig, wie in kaum einer anderen Behörde der öffentlichen Verwaltung: alle 37 nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten haben sehr unterschiedliche Strukturen und Kulturen, die sich unter anderem unter Berücksichtigung der Vollzugsform, der Vollstreckungszuständigkeit und auch der Region, in der sie angesiedelt sind, entwickelt haben. Auch innerhalb der jeweiligen Justizvollzugsanstalt ist die Verwendungsmöglichkeit vielseitig - da gibt es die Sachbearbeitung für Sicherheit und Ordnung, die Leitung der Arbeits-, der Haushalts- oder der Bauverwaltung, die Personalsachbear-

beutung oder die Vollzugsabteilungsleitung und letztlich auch die Verwaltungsleitung. All' diese Funktionen stehen Ihnen offen. Natürlich wird nicht jede/jeder von Ihnen unmittelbar in der Anstalt erster Wahl, oder gar in der Abteilung erster Wahl eingesetzt werden können. Dies wäre wohl einem Sechser im Lotto gleichzusetzen, denn auch im Justizvollzug regelt sich die Verteilung der Nachwuchskräfte nach dem Bedarf.

Aber, liebe Absolventinnen und Absolventen, wir meißeln heute nichts in Stein. Insbesondere das Rahmenkonzept zur Personalentwicklung im Justizvollzug setzt die Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - auch über die Grenzen der eigenen Behörde hinaus - voraus. Nutzen Sie daher jeden Einsatzort und jeden Einsatzbereich zur Entwicklung Ihrer eigenen beruflichen Identität und verfolgen Sie gleichzeitig Ihr ganz persönliches berufliches Ziel weiter.

Ich jedenfalls freue mich auf Sie, auf Ihren Einsatz und auf Ihre tatkräftige Unterstützung bei der Fortentwicklung des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges.

Und wer weiß, vielleicht treffe ich ja den einen oder anderen von Ihnen anlässlich eines Besuchs bei Ihrer Behörde oder im Rahmen einer aufsichtsbehördlichen Tätigkeit im Justizministerium wieder - ich würde mich freuen!

Meine Damen und Herren Diplomanden, für Sie und Ihre Angehörigen ist heute ein Tag der Freude. Sie sowie Ihre Eltern, Geschwister, Freunde und Gäste, können auf das von Ihnen Erreichte sehr stolz sein und haben allen Anlass zu feiern.

Ich wünsche Ihnen für heute ein fröhliches Fest und für die Zukunft alles Gute, beruflichen Erfolg und natürlich Gesundheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 4:

IT-Ausbildung

im fachwissenschaftlichen Studium der Rechtspflege

Studium I

Monat(e)	Thema/ Fachverfahren	Inhalt	Stunden- zahl	Vermittlungs- methode
August	Lernplattform ILIAS	Allg. Bedienung, Evaluation, referatsbegleitende Nutzung	1	Selbststudium/ Informationsblatt
Januar - Mai	RASYS	Grundlagen, Antragsentwürfe zu ausgewählten Fällen in FAR und ZPR	2 4	Selbststudium/ Fallbearbeitung am (eigenen) PC
Februar	RegisSTAR	Grundlagen	4	Unterweisung in den IT-Räumen
März/April	IT- und Medieneinsatz	Intranet/Internet, Juristische Re- cherche, PowerPoint, Präsentati- onstechniken (Vorbereitung auf die Fachrefera- te)	6	Unterweisung in den IT-Räumen
Mai/Juni	IT-MobiV	Grundlagen	4	Unterweisung in den IT-Räumen
Mai/Juni	SolumSTAR	Grundlagen	4	Unterweisung in den IT-Räumen

Studium II

November	DS Strafzeit	Strafzeitberechnungen im Fach SVR	2	Selbststudium/ Fallbearbeitung am (eigenen) PC
----------	---------------------	--------------------------------------	---	--

Anlage 5:

Schriftenreihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Nachstehend sind die Werke der Schriftenreihe aufgeführt, die zur Zeit über die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen zu beziehen sind (Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, Schleidtalstraße 3, 53902 Bad Münstereifel, Tel. 02253 318-115, Fax 02253 318-146 oder per E-Mail poststelle@fhr.nrw.de)

Band 39

Torsten Dostal

Das Aufgebotsverfahren

56 Seiten, Preis 5,00 €

Band 38

André Tauberger

Bilanzen lesen und verstehen

Teil 1: Grundzüge der Finanzbuchhaltung

207 Seiten, Preis: 11,00 €

Band 37

Christian Dohmen/Hans-Jürgen Dohmen

Devianz, Delinquenz und Kriminalität im Jugendalter

245 Seiten, Preis: 12,00 €

Band 36

Manfred Steffen

Auslandsgesellschaften, Untersuchungsergebnisse des Forschungsprojekts

118 Seiten, kostenlos

Band 35

Ralf Pannen, Manfred Steffen

Evaluation der Justizfachangestelltenausbildung des Landes Nordrhein-Westfalen -EVA JFA-, Abschlussbericht

127 Seiten, kostenlos

Band 33

Peter Dyrchs/Jürgen Dohmen

ABC des Strafverfahrens - Ein Lehrbuch, 347 Seiten, 15,00 €

Band 31

André Tauberger

Controlling - Managementinstrument für die öffentliche Verwaltung

305 Seiten, 14,00 €

Band 28

Holger Schweda

Staats- und Verfassungsrecht (PDF-Datei zum Download)

6. Auflage, 2006

Band 27

Heribert Blum

Die Straftaten im Straßenverkehr

sowie ein Überblick über das Ordnungswidrigkeitenrecht

2. Auflage, 2009, 853 Seiten, 29,00 €

Band 26

Dieter Leesmeister

Grundbuchrecht „Keine Angst vor GBR-Klausuren!“, 11,00 €

Band 22

Ingo Fritsche

Einführung in das Wohnungsmietrecht, 2003, 10,00 €

Band 19

25 Jahre Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

mit 17 Beiträgen aus dem Fachbereich Rechtspflege, 2002

Redaktion: *Bernd Klüsener*, kostenlos

Band 13

Grundbuch- und Liegenschaftsrecht

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1996

Redaktion: *Dieter Leesmeister*, 6,20 €

Band 10

Kindschafts-, Vormundschafts- und Betreuungsrecht

**Entwicklungen, Tendenzen, Reformen, aktuelle Entwicklungen
der vormundschaftsgerichtlichen Praxis**

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1995

Redaktion: *Annette Rodehüser*, 6,20 €

Band 7

Neuere Entwicklungen aus dem Bereich „Handels- und Registerrecht“

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1994

Redaktion: *Kai Jaspersen, Bernd Gutschmidt, Alfons Triebenecker*, 8,20€

Band 6

Problemauswahl aus dem Bereich der Strafvollstreckung

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1993

Redaktion: *Peter Metzen, Bernd Gutschmidt*, 10,30 €

Band 4

**Aktuelle Probleme der Rechtsantragstelle und der Beratungshilfe
vor dem Hintergrund des Forschungsprojekts „Rechtsantragstelle“**

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1992

Redaktion: *Reiner Klinkenberg, Bernd Gutschmidt*, 8,20 €

Band 2

**Die Rechtsantragstelle aus Sicht des Bürgers
Erwartungen und Erfahrungen, 7,70 €**

Band 1

**Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1991
Schwerpunkt Betreuungsrecht. 7,70 €**

Anlage 6:

Neue Medien-Reihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Unter dem Titel "**Neue Medien Reihe**" publiziert die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen juristische Software, elektronische Skripten und E-Learning-Programme auf CD, DVD und USB-Stick.

Zu beziehen sind die Programme über die Fachhochschule für Rechtspflege NRW, Schleidtalstr. 3, 53902 Bad Münstereifel, Tel. 02253 318-120, Fax 02253 318-146 oder per E-Mail (über den jeweiligen Link "E-Mail-Bestellung").

[E-Learning Strafsachen](#)

USB-Stick mit Übungen zu den Tatbeständen Hausfriedensbruch, Beleidigung, Körperverletzung, Urkundenfälschung, Sachbeschädigung, Betrug und Diebstahl, sowie zur Rechtswidrigkeit und Schuld. Autorin: Yvonne Hoischen Co-Autoren: Heribert Blum, Stephan Weber, Produktion: Andreas Dormann

[Die Straftaten im Straßenverkehr 2012](#)

Elektronisches PDF-Skript auf USB-Stick mit über 1300 Seiten u.a. zu den Themen Alkohol, gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Nötigung, unerlaubtes Entfernen vom Unfallort, Pflichtversicherung, Kennzeichenmissbrauch, Fahren ohne Fahrerlaubnis sowie einem Überblick über das Ordnungswidrigkeitenrecht. Autor: Heribert Blum, Produktion: Kai Achenbach und Andreas Dormann, neue Auflage 2012

[E-Learning RVG](#)

70 interaktive Übungen zum neuen Rechtsanwaltsvergütungsgesetz - mit Lösungshinweisen, Auswertungsprotokoll und Verweis auf elektronische Gesetzsammlungen (FamGKG, GKG und RVG) sowie Gebührentabellen. Autoren: Andreas Dormann, 2010

[Auf der Rechtsantragstelle](#)

Video-DVD mit vier Fallbeispielen zu typischen Antragsituationen - Themen: Einstweilige Verfügung, Räumungsschutz, Schutzschrift, gesamtschuldnerische Haftung. Produktion: Andreas Dormann / Verfahrenspflegestelle RASYS, 2003

[RASYS \(/fhr/aufgaben/informationstechnik/rasys/index.php\)](http://fhr/aufgaben/informationstechnik/rasys/index.php)

Interaktives Formularsystem (nicht nur) für Rechtsantragstellen; mit aktualisierter Formularsammlung 2010. Autor: Andreas Dormann

[E-Learning ZVG](#) .zip 6.5 MB

Ein IDEA-Lernprogramm mit Übungen zu Rangveränderungen im Grundbuch

[E-Learning-Quiz für Justizfachangestellte](#)

Fast 280 Fragen aus den Themengebieten der Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten

Anlage 7:

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Eigene Veranstaltungen - 2014		
Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungsgäste
13.01. bis 17.01.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Überregionale Seminarreihe zum Insolvenzrecht (ESUG) - Teil III -“	21
07.04. bis 09.04.2014	Fortbildungsreihe „Buchführung und Bilanzen (Teil I)“	19
05.05. bis 07.05.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Personalführung – Führungsstile von Frauen“	14
12.05. bis 14.05.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Nachlassrecht“	20
14.05. bis 16.05.2014	Fortbildungsreihe „Buchführung und Bilanzen (Teil II)“	21
07.05. bis 09.05.2014	Seminar für Ausbilderinnen und Ausbilder der Justizfachangestellten mit dem Schwerpunkt „Insolvenzsachen“	14
21.05. bis 23.05.2014	Seminar für Ausbilderinnen und Ausbilder der Justizfachangestellten mit dem Schwerpunkt „Registerrecht einschließlich Kostenberechnung und Kommunikation“	10
02.06. bis 04.06.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Kostenfestsetzung in Familiensachen“	20
17.09. bis 19.09.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Insolvenzrecht“	13
23.06. bis 25.06.2014	Seminar für Ausbilderinnen und Ausbilder der Justizfachangestellten mit dem Schwerpunkt „Nachlassrecht einschließlich Kostenberechnung und Kommunikation“	13
01.10. bis 02.10.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Überregionale Seminarreihe zum Insolvenzrecht (ESUG) - Teil I -“	9
20.10. bis 22.10.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Grundbuch – Auswirkungen des Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrechts -; Insolvenzzrechtliche Verfügungs- und Vollstreckungsverbote im Insolvenzrecht“	14
22.10. bis 24.10.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Beamtenrecht: Aktuelles zum Beurteilungsverfahren, Besoldung, Freistellungen“	18
27.10. bis 31.10.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Überregionale Seminarreihe zum Insolvenzrecht (ESUG) - Teil II -“	16
03.11. bis 05.11.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Handels- und Registerrecht“	17
10.11. bis 12.11.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Jugendstrafvollstreckung“	19
17.11. bis 19.11.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Betreuungssachen“	22

19.11. bis 21.11.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Rechtsanwendung im Strafvollzug“	21
24.11. bis 26.11.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Die Kostenfestsetzung in Zivilsachen, auch unter Berücksichtigung der Prozesskostenhilfe“	17
01.12. bis 03.12.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Grundbuchrecht – Schwerpunkte Auslandsbezug, Eheverträge und Scheidungsvereinbarungen, Vertretungsausschlüsse und gerichtliche Genehmigungen“	21
03.12. bis 05.12.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Geschlechtsspezifische Kommunikation am Arbeitsplatz“	16
08.12. bis 10.12.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Immobilienzwangsvollstreckung“	20
10.12. bis 12.12.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Aktuelle praktische und rechtliche Probleme der Rechtsantragstelle“	20
17.12. bis 19.12.2014	Weiterbildungsveranstaltung „Aktuelle Probleme aus dem Arbeitsbereich der Amtsanwälte“	13

Modullehrgänge der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen 2014		
Zeitraum	Modullehrgang	Anzahl der Lehrgangsteilnehmer
06.05. bis 28.05.2014	Modullehrgang „Lerneinheit 4 - Personalmanagement“	25
02.06. bis 18.06.2014	Modullehrgang „Lerneinheit 3 - Organisation“	22
23.06. bis 27.06.2014 /01.07.2014	Modullehrgang „EPOS NRW I - Haushalt / Kameralistik“	24
01.09. bis 19.09.2014	Modullehrgang „EPOS NRW II – Controlling / KLR“	20

Anlage 8:

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen im Auftrag der Justizakademie Nordrhein-Westfalen im Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen - Nebenstelle Monschau - 2014		
Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungs- gäste
20.08.2014 – 22.08.2014	IT – Excel – Grundlagen (alle)	14
25.08.2014 – 27.08.2014	IT – Arbeitsplatz des Sozialdienstes (gD)	12
27.08.2014 – 29.08.2014	IT – Power-Point Präsentationstechniken – Erweiterung (MA)	12
03.09.2014 – 05.09.2014	IT – Justiz-Auktion: Einführung i.d. technischen und organisatorischen Abläufe (GV)	15
15.09.2014 – 17.09.2014	IT – Excel-Erweiterungen (alle)	18
22.09.2014 – 24.09.2014	IT – Justiz-Online: Webangebote für Geschäftsleitungen und Verwaltungssachbearbeitung (gD/mD)	14
29.09.2014 – 01.10.2014	IT – Arbeitsplatz in der Verwaltung (gD/mD)	14
06.10.2014 – 08.10.2014	IT – Arbeitsplatz des Rechtspflegers	11
08.10.2014 – 10.10.2014	IT – Access 2007: Erstellung von Datenbanken (alle)	14
13.10.2014 – 15.10.2014	IT – Methodik und Didaktik – Qualifizierung (Doz)	09
15.10.2014 – 17.10.2014	IT – Justiz-Online: Knastladen	17
20.10.2014 – 22.10.2014	IT – Justiz-Online: Erstellung bzw. Umstellung von Websites der NRW-Justizeinr. – GL (MA)	12
22.10.2014 – 24.10.2014	IT – Justiz-Online: Aufbauworkshop für Webbetreuer/-innen (gD/mD)	8
27.10.2014 – 29.10.2014	IT – Power-Point Präsentationstechniken – Grundlagen (MA)	14

**Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen
im Auftrag sonstiger Justizbehörden
im Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen
- Nebenstelle Monschau -
2014**

Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungs- gäste
06.01.2014 – 17.01.2014	Vorbereitender Kurzlehrgang für Anwärter aus Baden- Würtemberg	15
04.08.2014 - 31.10.2014	Lehrgang für Vollziehungsbeamte der Justiz	16
01.09.2014 – 03.09.2014	LAG der Pädagogischen Dienste im JV/NRW	28
11.09.2014 – 12.09.2014	Fuhrungsseminar für die Leitung des Amtsgerichts Köln	13
25.09.2014 – 26.09.2014	Workshop mit den Gerichtspräsidenten/Direktoren des OLG- Bezirks Köln	37
26.09.2014 – 28.09.2014	Seminar des Justizministeriums des Landes NRW - Abteilung Z -	24
08.12.2014 – 12.12.2014	Kurz-Repetitorium für GV-Anwärter aus Baden-Würtemberg	15

Anhang:

Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen

Organigramm

(Stand: 31. Dezember 2014)

Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen

Schleidtalstraße 3
53902 Bad Münstereifel
Telefon: 02253 / 318 – 0

Nebenstelle Monschau
Walter-Scheibler-Str. 4 – 8
52156 Monschau
Telefon: 02472 / 80911

1.

Organisation

Der Fachhochschule angegliedert ist seit dem 1. Dezember 2003 das Ausbildungszentrum der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen (Ausbildungszentrum). Das Ausbildungszentrum in Bad Münstereifel mit einer Nebenstelle in Monschau widmet sich der fachtheoretischen Schulung der Anwärtinnen und Anwärt des Gerichtsvollzieherdienstes, des mittleren Justizdienstes sowie des Justizwachtmeisterdienstes. Viele Lehrkräfte der Fachhochschule sind, soweit es sich nicht um Pro-

fessoren handelt, zu einem Teil ihrer Arbeitskraft an das Ausbildungszentrum der Justiz abgeordnet.

Im Berichtsjahr stellte sich die Ausbildungssituation wie folgt dar:

Mittlerer Justizdienst (Monschau)	64 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Fachlehrgang „Verkürzter Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes“ in der Zeit vom 1. November 2014 bis 19. Dezember 2014.
Gerichtsvollzieherdienst: (Monschau)	43 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar 2014 und weitere 65 Teilnehmer in der Zeit vom 1. März bis 31. Juli 2014. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen.
Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn: (Monschau)	17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Zeit vom 01.01.2014 bis 31.03.2014
Justizwachtmeisterdienst: (Monschau)	76 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für 8 Wochen in der 2. Jahreshälfte 2014.

Dem Personalrat des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen gehörten im Jahr 2014 Oberregierungsrat Bernhard Gutschmidt als Vorsitzender, Amtsanwalt Heinz Georg Kerkmann, Justizamtfrau Simone Nenn und Justizbeschäftigte Elisabeth Lennertz an. Schwerpunkte der Personalratsarbeit waren auch im Jahr 2014 die Personalsituation des Ausbildungszentrums bei konstant hohem Arbeitsanfall sowie Fragen der Auslastung durch schwankende Anwärterzahlen und hohe Tagungsbelegungen.

2.

Zuständigkeiten

Das Ausbildungszentrum der Justiz ist nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zuständig für die Gestaltung und Durchführung der jeweils vorgeschriebenen theoretischen Lehrgänge im Rahmen der Ausbildungsgänge für den Gerichtsvollzieherdienst, den mittleren Justizdienst und den Justizwachtmeisterdienst. Das Ausbildungszentrum der Justiz gestaltet die für den prüfungserleichterten Aufstieg in den mittleren und den gehobenen Justizdienst jeweils vorgeschriebenen Einführungs- und Aufstiegslehrgänge und führt sie durch. Es wirkt nach Weisung des Justizministeriums an der Ausbildung der Justizfachangestellten mit. Nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung sowie nach Weisung des Justizministeriums nimmt das Ausbildungszentrum der Justiz ferner Aufgaben im Zusammenhang mit der Gestaltung und Durchführung begleitender Lehrveranstaltungen zur praktischen Ausbildung (Begleitunterricht) wahr; dasselbe gilt für den planmäßigen Unterricht zu der für den prüfungserleichterten Aufstieg vorgeschriebenen praktischen Einweisung.

3.

Lehrgänge

Zu den Lehrgängen des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen werden typischerweise nur besonders befähigte Justizbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte zugelassen, die nach ihrer Persönlichkeit und ihren bisher im Justizdienst – oft über Jahre hinweg – gezeigten Leistungen für eine weitere Qualifizierung besonders geeignet erscheinen. Mit der strengen Vorauswahl gehen üblicherweise gute Prüfungsergebnisse einher. Im Einzelnen stellte sich die Ausbildungs- und Prüfungssituation im Jahr 2014 wie folgt dar:

3.1

Gemeinsamer Gerichtsvollzieherlehrgang 2013/2014

An dem Gemeinsamen fachtheoretischen Gerichtsvollzieherlehrgang, der in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums in Monschau durchgeführt wird, beteiligen sich regelmäßig außer Nordrhein-Westfalen die Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Vom 1. Januar 2014 bis zum 28. Februar 2014 absolvierten 43 Anwärtinnen und Anwärter aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen den zweiten und letzten Teil des Lehrgangs. Alle bestanden im Sommer des Jahres 2014 in ihrem jeweiligen Bundesland die Abschlussprüfung. 25,6 % von ihnen schlossen mit der Note „gut“, 60,5 % mit der Note „befriedigend“ und 14 % mit der Note „ausreichend“ ab.

Am 1. März 2014 begannen 65 Anwärtinnen und Anwärter aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Hessen, Saarland und Nordrhein-Westfalen in Monschau mit dem ersten Teil des neuen Lehrgangs, der bis zum 31. Juli 2014 dauerte. In diesem Lehrgang wurden die neu konzeptionierten 42 Unterrichtseinheiten zu den Themen „Eigensicherung“ und „Deeskalation/Umgang mit Personen aus unterschiedlichen Kulturkreisen“ zum zweiten Mal vermittelt und die fachpraktische Ausbildung um einen entsprechenden einwöchigen Lehrgang, der in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums durchgeführt wurde, erweitert.

3.1.1

Grundlagen des Lehrbetriebs

Gemäß der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Gerichtsvollzieherdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14. März 2005 - zuletzt geändert durch Artikel 19 der VO vom 8. Dezember 2009 ([GV. NRW. S.837](#)) - umfasst die nordrhein-westfälische Gerichtsvollzieherausbildung insgesamt 20 Monate. Hiervon entfallen 7 Monate auf die fachtheoretische Ausbildung, die in einen 5- und einen 2-monatigen Lehrgang aufgeteilt ist. Die Regelungen haben sich bisher bewährt. Wegen der Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollstreckungsdienst werden seit dem Jahr 2013 die fachtheoretische Ausbildung (Lehrgang I) um Ausbildungsangebote zu Themen „Eigensicherung“ und „Deeskalation“ im Um-

fang von 42 Unterrichtseinheiten und die fachpraktische Ausbildung um einen einwöchigen Lehrgang, der in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz durchgeführt werden soll, zu den genannten Themen erweitert. Die Konzeptionierung der Lehrinhalte obliegt ebenfalls der hiesigen Behörde.

3.1.2

Übungen

Wie in den Jahren zuvor wurden von den Lehrkräften wiederholende und vertiefende Übungen sowie Gruppen- und Einzelgespräche zu unterschiedlichen Themen angeboten.

3.1.3

Informationstechnik

Die Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer verfügen inzwischen durchweg über solide Grundkenntnisse in der Informationstechnik. Dieses Basiswissen wird in büroprogrammbezogenen Arbeitsgemeinschaften – auf freiwilliger Basis - ausgebaut und vertieft. In diesen IT-Lehrveranstaltungen werden die Anwärtlerinnen und Anwärtler an die unterschiedlichen Berührungspunkte der Informationstechnik mit der PC-Anwendungspraxis und den Fachanwendungsprogrammen der Gerichtsvollzieherpraxis herangeführt.

3.1.4

Lehrmaterial

Das Ausbildungszentrum der Justiz bietet den Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern seit Jahren auf die Ausbildung und die Aufgaben der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zugeschnittene Skripten der Lehrkräfte an. Diese alle Lehrbereiche abdeckenden Veröffentlichungen werden in Papierform kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Erstellung und Aktualisierung der Materialien erfolgt ehrenamtlich.

Über einen ständigen Intranet/Internet-Zugang können die Anwärtlerinnen und Anwärtler jederzeit die Möglichkeiten der juristischen Online-Recherche nutzen.

3.1.5

Abstimmung fachtheoretischer und fachpraktischer Ausbildungszeiten

Der Lehrgangsleiter des Gemeinsamen Gerichtsvollzieherlehrgangs steht im ständigen Kontakt und Erfahrungsaustausch mit der Ausbildungspraxis und den in den begleitenden Lehrveranstaltungen zur Praxisausbildung eingesetzten Lehrkräften sowie den zuständigen Justizbehörden.

3.2

Vorgeschalteter Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn

Vom 1. Januar 2014 bis 31. März 2014 absolvierten 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Oberlandesgerichtsbezirken Düsseldorf, Hamm und Köln den Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn. 5,9 % von ihnen schlossen den Lehrgang mit der Note „sehr gut“, 41,2 % mit der Note „vollbefriedigend“, 47 % mit der Note „befriedigend“ und 5,9 % mit der Note „ausreichend“ ab. Die Zeugnisse aller Teilnehmer enthielten die Empfehlung zur Zulassung für die Einführungszeit zum Gerichtsvollzieherdienst.

3.3

Qualifizierungslehrgang für Vollziehungsbeamte

In der Zeit vom 01. August 2014 bis 31. Oktober 2014 wurden in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen in Monschau 16 Vollziehungsbeamtinnen und -beamte der Justiz in einem Qualifizierungskurs fortgebildet.

14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Lehrgang erfolgreich abgeschlossen und sind damit befähigt, die Vermögensauskunft abzunehmen.

3.4

Justizwachtmeisterlehrgang

In der zweiten Jahreshälfte 2014 absolvierten insgesamt 76 Nachwuchskräfte des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen in Monschau einen achtwöchigen Fachlehrgang.

Lehrgang a) vom 18. August bis 10. Oktober 2014 mit 45 Teilnehmern, wurde zu 8,89 % mit der Note „gut“, zu 33,33 % mit der Note „vollbefriedigend“,

zu 48,89 % mit der Note „befriedigend“ und zu 8,89 % mit der Note „ausreichend“ abgeschlossen.

Lehrgang b) vom 13. Oktober bis 5. Dezember 2014 mit 31 Teilnehmern, wurde zu 6,45 % mit der Note „gut“, zu 45,16 % mit der Note „vollbefriedigend“, zu 38,71 % mit der Note „befriedigend“ und zu 9,68 % mit der Note „ausreichend“ abgeschlossen.

3.4.1

Grundlagen des Lehrbetriebs

Grundlage des Lehrbetriebs im Berichtszeitraum war die Verordnung über die Ausbildung für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen

3.5

Entwicklung der Anwärterzahlen 2014

	Lehrgang	Anzahl Anwärter	Gesamt Anwärter
Gerichtsvollzieher	2013/2014 II	43	108
	2014/2015 I	65	
Justizwachtmeister	2014	76	76

4.

Sonstiges

4.1

Reform der Sachaufklärung

Die Lehrkräfte des Gemeinsamen Gerichtsvollzieherlehrgangs am Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen haben sich seit dem Jahre 2011 fortgesetzt durch die Erstellung von Lehrunterlagen sowie die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie von Prüfungsbeamtinnen und Prüfungsbeamte der beteiligten sieben Bundesländer sowie Schleswig-Holsteins und Niedersachsens in erheblichem Umfang bei der Implementierung der „Sachaufklärung“ in die Mobiliarzwangsvollstreckung engagiert. Im Jahre 2014 wurden 8 Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Themenkreis durchgeführt.

4.2

Arbeitsgruppen

Dem Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen war auch im Jahre 2014 die Leitung von Arbeitsgruppen zur „Deregulierung der GVGA und der GVO“, Überarbeitung der nordrhein-westfälischen Ergänzungsbestimmungen zur GVGA und GVO sowie zur Erstellung eines Ausbildungsleitfadens für die fachpraktische Gerichtsvollzieherausbildung übertragen. Die übertragenen Arbeiten wurden erfolgreich abgeschlossen.

Darüber hinaus ist es weiterhin beteiligt an der Arbeitsgruppe „Sicherheit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher“.

4.3

Verein der Freunde und Förderer des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen - Nebenstelle Monschau

Im Berichtszeitraum hat der Förderverein – seinem Vereinszweck entsprechend – verschiedene Projekte für die Anwärtinnen und Anwärter organisiert bzw. gefördert.